

Die militärische Lage im Ukraine-Konflikt vs. geostrategischer Informationskrieg

Global Governance im Diskurs (VII)

Inhalt der Dokumentation

<u>Vorwort</u>	von Rainer Böhme & Wilfried Schreiber	
• Einordnende Vorbemerkungen über einen komplexen Krieg in globaler Dimension		3
<u>Meinung aus Paris und Chicago</u>		
Dokumentationsbulletin №27 der Cf2R	von Jacques Baud	
• Die militärische Lage in der Ukraine		9
Übers. a. d. Franz./Engl.: Rainer Böhme		
Dokumentationsbulletin №28 der Cf2R	von Jacques Baud	
• Aktuelle Information zur militärischen Lage in der Ukraine vom 25. März 2022		30
Übers. a. d. Franz./Russ.: Rainer Böhme		
<u>Meinung aus Moskau</u>	Redaktion der Zeitschrift „MOST“	
• Ein durchdachter 'Plan B' für den Ukraine-Krieg		42
Übers. a. d. Russ.: Rainer Böhme		
<u>Mitteilung der Präsidialverwaltung der Ukraine:</u> (Übersetzung a. d. Ukrainischen: Rainer Böhme)		
Erlass №117/2021 des Präsidenten der Ukraine		
• Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes und Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (2021)		49
<u>Textoriginale (russ., franz., ukr.)</u>		
1. Meinungsbeitrag J. Baud: Dok.-Bulletin №27 v. 14. März 2022		73
2. Meinungsbeitrag J. Baud: Dok.-Bulletin №28 v. 28. März 2022		88
3. Meinungsbeitrag Redaktion Zeitschrift „MOST“ vom 30. März 2022		96
4. Erlass №117 – Strategie zur Krim und Sewastopol, 24. März 2021		103–126

Anmerkungen zu den Übersetzungen

Die Übertragung ins Deutsche wurde von *msTranslate* und *deepl* unterstützt und mittels Vergleich der französischen, englischen, russischen Textoriginale bearbeitet. Die semantische Unterscheidung der Wörter „russisch“ (ru. „русский“ – sprachliche Ethnie) und „russländisch“ (ru. – „российский“ – Russland als Vielvölkerstaat) wurde in dieser Übersetzung zugunsten semantischer Klarheit in der politischen Aussage bei der Schreibweise berücksichtigt oder mit Genitiv umschrieben.

Dokumente und Institutionen sind in *kursiv* gesetzt und Namen in KAPITÄLCHEN ausgeführt. Häufig verwendete Begriffe sind in Versalien abgekürzt.

Erklärungen und Ergänzungen des Übersetzers sind in eckigen Klammern [...] und Fußnoten gezeigt. Militärische Fachbegriffe entsprechen den Empfehlungen aus dem *Militärwörterbuch Russisch–Deutsch* (Militärverlag der DDR, Berlin 1979).

Die deutsche Arbeitsübersetzung umfasst:

- [Meinungsbeitrag J. Baud](#) im Dokumentationsbulletin №27 der Cf2R vom 14. März 2022, franz., russ. Aus dem Online-Portal „Cf2R“, Paris;
- [Meinungsbeitrag J. Baud](#) im Dokumentationsbulletin №28 der Cf2R vom 28. März 2022, franz., russ. Aus dem Online-Portal „Cf2R“, Paris sowie vom 1. April 2022, engl. A. d. Online-Portal „The Postil Magazine“, Chicago;
- [Meinungsbeitrag der Redaktion „MOST“](#) vom 30. März 2022, russ. Aus dem Online-Portal der Zeitschrift „MOST“, Moskau;
- [Strategie Krim–Sewastopol-Wiedereingliederung](#) vom 24. März 2021, ukr. Erlass №117 aus dem Online-Portal der Präsidialverwaltung der Ukraine

Für Sprachkundige sind die Originaltexte (franz., russ., ukr.) über o.a. Weblinks, im Dokumentationsteil dieser Ausgabe sowie über Hinweise im Text abrufbar. •

Redaktionsschluss: 21. April 2022

ISSN 2627-3470

Herausgeber: Dr. Rainer Böhme, 01277 Dresden, Wiesenstraße 9. Reihe: Dresdener gesammelte Kommentare zur Sicherheitspolitik – dgksp-diskussionspapiere –
--

Vorwort

von Rainer Böhme und Wilfried Schreiber

Einordnende

Vorbemerkungen über einen komplexen Krieg in globaler Dimension

Was am 24. Februar 2022 im Verständnis Russlands als lokal begrenzte „Spezielle militärische Operation“ in der Ukraine begann, hat sich nach ca. sieben Wochen als ein handfester Krieg erwiesen, der von allen Beteiligten mit äußerster Verbissenheit geführt wird und dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Dabei scheint es für die Öffentlichkeit in der Welt keinen Zweifel zu geben, dass es sich seitens Russlands um einen überfallartigen Angriff unter grober Verletzung des Völkerrechts handelt. Klarer geworden ist die Haltung und strategische Zielstellung des Westens sowie die Rolle der Ukraine selbst in diesem Konflikt. Das soll auch im Mittelpunkt der hiermit vorliegenden Dokumentation *dgksp-diskussionspapiere* (April 2022) stehen. Die Motive Russlands haben wir in unserer Dokumentation vom März 2022¹ ausführlich dargestellt und analysiert. Demnach hatte Russland, vermittelt mehrerer Reden seines Präsidenten Wladimir PUTIN sowie durch einige offizielle Verlautbarungen, seinen Streitkräfteeinsatz damit begründet, dass es sich durch die NATO-Osterweiterung – und darunter besonders durch einige Aktivitäten der USA auf dem Territorium der Ukraine – bedroht fühlt. Dabei wurde vor allem auf die Stationierung US-amerikanischer nuklearer Trägersysteme unmittelbar in Grenznähe zu Russland verwiesen, die das Potenzial für einen Entwaffnungsschlag (nichtnuklear und/oder nuklear) haben. Russland hatte deshalb im November 2021 den USA und der NATO getrennte Vertragsentwürfe vorgelegt, die wechselseitige Sicherheitsgarantien festschreiben sollten.

Die formelle pauschale Ablehnung dieser Vorschläge im Januar 2022 – verbunden mit der Ankündigung des ukrainischen Präsidenten SELENSKIJ Mitte Februar 2022, die Kernwaffenfreiheit der Ukraine infrage zu stellen – erwies sich als unmittelbarer Auslöser der russländischen Invasion. Zur Eskalation der Lage hatte schon 2021 die **'Strategie zur Wiedereingliederung der Krim und Sewastopols'**², bestätigt von Präsident SELENSKIJ im März, beigetragen, die unten (dt. Übers.) angefügt ist. Zeitgleich wurde die **'Militärstrategie der Ukraine'**³ (2021) neu gefasst. Auf deren Umsetzungsabsicht deutete ab April 2021 die Schaffung einer starken

¹ *Russland im Ukraine-Konflikt (2022) um eine neue Weltordnung und die „Militärstrategie der Ukraine“ (März 2021)*. Global Governance im Diskurs (VI). In: *DGKSP-Diskussionspapiere*, Dresden 2022, März, ISSN 2627-3470, 151 S. <https://slub.gucosa.de/api/gucosa%3A78553/attachment/ATT-0/>

² *Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes u. Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol* (2021). S. 49.

³ *Strategie der militärischen Sicherheit der Ukraine* (2021). In: Ebenda, Ausg. März, S. 22–49.

Schlaggruppierung der Vereinten militärischen Kräfte⁴ der Ukraine im Südosten des Landes hin, die den Großteil der bewaffneten Kräfte der Ukraine umfasste.

Russland war offensichtlich darauf vorbereitet und hat den Angriff mit einem riesigen Truppenaufmarsch in Grenznähe geradezu angekündigt. Begonnen hatte diese massive Manövertätigkeit ab Herbst 2021 als Reaktion auf Nato-Aktivitäten in der Ukraine und im Schwarzen Meer.

Als offizielle (Kriegs-)Ziele Russlands formulierte Putin die „Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine“. Gemeint war damit die Sicherstellung eines Status der Neutralität für den ukrainischen Staat⁵ sowie die Überwindung rechtsnationaler Einflüsse auf die Politik der Ukraine und die anschwellende Ausübung bewaffneter Gewalt gegen die Donbass-Bevölkerung. An dieser Zielstellung hat sich bis Mitte April dieses Jahres (2022) nichts geändert. Die Erreichung dieses Zieles erscheint jedoch äußerst fraglich.

Die beiden Beiträge von **Jacques Baud** zur militärischen Lage in der Ukraine nehmen die Vorgeschichte dieses Krieges auf. Es wird erkennbar, dass sich alle an diesem Krieg beteiligten Gruppierungen langfristig darauf vorbereitet haben und dabei Interessen verfolgen, die geostrategischen Charakter besitzen. Die realen militärischen Aktionen sowie die Begleitung durch politische, ökonomische und informationell-mediale Aktivitäten lassen das deutlich erkennen. Binnen weniger Tage ist aus einem achtjährigen Bürgerkrieg in der Ostukraine ein komplexer, 'hybrider' Krieg mit globaler Dimension entstanden. Die Kräfte, die seit 2014 mehr oder weniger verdeckt agierten, werden nunmehr klar erkennbar. Der gesamte transatlantische Westen – z. T. sogar über die Mitgliedsländer von NATO und EU hinausgehend – tritt gegen Russland und mit voller moralischer Entrüstung als gemeinsame Kriegspartei auf. Dabei hat es in den vergangenen mehr als 30 Jahren genug Kriege seitens des Westens mit Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte gegeben, ohne dass nach dem internationalen Strafgerichtshof gerufen wurde.

Es scheint, als habe der 'kollektive' Westen geradezu auf den russischen Angriff gewartet: Russland wird mit ökonomischen Sanktionen überzogen, die auf einen Totalabbruch aller ökonomischen Beziehungen mit den Ländern der NATO und der EU abzielen. Die Schäden für die Bürger in den Ländern der Kriegsparteien – aber auch für die Weltwirtschaft insgesamt – sind beträchtlich. Für die Mainstream-

⁴ Dazu gehören die Verteidigungstreitkräfte der Ukraine (VSKU), die Territorialverteidigungskräfte (TVK), darunter die die Nationalgarde und die Freiwilligenbataillone, sowie die Komponenten der militärischen Reserven (Operative und Mobilmachungsreserve) und die Komponenten des Sicherheitssektors.

⁵ Das in westlichen und ukrainischen Kommentaren benannte Kriegsziel 'Gesamtbesetzung der Ukraine' ist eine durch Nichts bewiesene Unterstellung.

Medien gibt es nur einen Schuldigen an dem damit verbundenen Chaos. Und das sind Russland und sein Präsident PUTIN persönlich. Eine beispiellose Russophobie hat die westliche Welt ergriffen, die geradezu rassistische Züge trägt.

Seinen militärischen Niederschlag findet die Russophobie in einer weitestgehenden Unterstützung und praktischen Hilfe für die Ukraine mit den modernsten konventionellen Waffen und Ausrüstungsgütern, mit Munition, Ausbildung, voller logistischer Unterstützung bis hin zur direkten Übergabe von militärischen Lage- und Zieldaten und dem Einsatz von freiwilligem Kampfpersonal. Die letzte Grenze vor einer vollumfänglichen Kriegsteilnahme ist lediglich die Verweigerung des Einsatzes offizieller eigener Kampftruppen des Westens vor Ort.

Das strategische Ziel, das der Westen in diesem Krieg verfolgt, ist keineswegs die Einstellung der Kampfhandlungen, sondern – explizit formuliert von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula v. d. Leyen und ihrem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell – der „Sieg auf dem Schlachtfeld“. Die mit den USA vergleichbar stärkste Nuklearmacht der Welt soll also militärisch in die Knie gezwungen werden. Das ist ein Spiel mit dem Feuer! Ein Feuer, das die ganze Welt verzehren könnte.

Man muss kein Sicherheitsspezialist sein, um zu begreifen, dass es sich bei diesem Krieg nicht um ein nur lokales Ereignis, sondern in erster Linie um einen geostrategischen Konflikt handelt. Es geht um die Frage der Weltordnung. Und diese Frage hat ihren Ausgangspunkt keineswegs im Überfall Russlands vom 24. Februar 2022 auf die Ukraine, sondern in der schon langfristig anstehenden Frage, nach welchen Regeln die Ordnung dieser Welt funktionieren soll.

Genau diese Fragestellung eskalierte mit dem Amtsantritt des neuen US-amerikanischen Präsidenten Joe BIDEN Anfang 2022, der die Weltsicht einer auf den Regeln des Westens basierenden Ordnung zum Maßstab für die gesamte Weltzivilisation erklärte und den 'Kampf zwischen Demokratien und Autokratien' in den Vordergrund amerikanischer Außenpolitik rückte. Russland und China hatten den amerikanischen Hegemonialanspruch erstmals im Frühjahr 2021 öffentlich zurückgewiesen und diese Zurückweisung seitdem in mehreren Schritten untermauert.⁶

Ausgangspunkt war das Treffen der Außenminister von China und der USA im März 2021 in Anchorage (Alaska), das quasi mit einem Eklat endete, nachdem die Amerikaner ihren Führungsanspruch den Chinesen gegenüber vortrugen. Wenige Tage später fand bereits ein erstes Außenministertreffen Chinas mit Russland im chinesischen Guilin statt, bei dem die 'regelbasierte Ordnung' des Westens gemeinsam abgelehnt und der Aufbau einer neuen multipolaren Ordnung der

⁶ *Global Governance im Diskurs – China und Russland positionieren sich.*
In: *DGKSP-Diskussionspapiere*, Dresden 2021, April, ISSN 2627-3470, 44 S.
<https://slub.qucosa.de/api/qucosa%3A74426/attachment/ATT-0/>

Gleichberechtigung und des Völkerrechts gefordert wurde. Seitdem haben Russland und China ihre strategische Partnerschaft in mehreren Schritten weiter ausgebaut und präzisiert. Diesen Annäherungsprozess haben wir in bisher sechs Ausgaben [dgksp-diskussionspapiere](#) (Dresdner Gesammelten Kommentare Sicherheitspolitik – DGKSP) zum Thema „[Global Governance im Diskurs](#)“ dokumentiert. Höhepunkt dieses Prozesses war die Gipfelerklärung des Präsidenten Russlands Wladimir PUTIN und des Präsidenten Chinas XI JINPING vom 2. Februar 2022 in Peking. Das war am Vortag des Beginns der Olympischen Winterspiele in Peking. Unmittelbar nach Beendigung dieser Spiele begann Russland seinen Krieg in der Ukraine – und brach damit das Völkerrecht.

Beginn oder Stopp einer 'Zeitenwende'?

Nichtsdestotrotz ist und bleibt die dezidierte Ablehnung der regelbasierten Ordnung des Westens durch Russland und China eine gewaltige Herausforderung für die USA, die NATO und auch die EU. Kein Wunder, dass vom vereinigten Westen der Ukrainekrieg als Chance verstanden wird, die Frage der Weltordnung endgültig zu klären und Russland als einen der Hauptrivalen zu eliminieren. Der Völkerrechtsverstoß ermöglicht es dem Westen, Russland langfristig als „Schurkenstaat“ zu stigmatisieren und als geopolitischen Konkurrenten zumindest zu schwächen. Insofern wird der Ukrainekrieg von der übergeordneten Frage nach einer Weltordnung für das 21. Jahrhundert überlagert: Fortsetzung der Hegemonialrolle der USA und des Westens oder multipolare Welt der Gleichberechtigung aller Staaten der internationalen Gemeinschaft?

Die Frage hatte sich definitiv **vor** dem Ukrainekrieg zugespitzt. Der Außenminister-Gipfel Russland–China vom März 2021 in Guilin war gewissermaßen das erste Signal für die Einleitung eines Wandels der real bestehenden Weltordnung. Wir sind uns bewusst, dass das ein völlig anderes Verständnis des Begriffs der „Zeitenwende“ ist, als dieser vom deutschen Bundeskanzler Olaf SCHOLZ gemeint war. Nämlich: Die von Russland und China real eingeleitete „Zeitenwende“ soll faktisch um jeden Preis gestoppt werden.

Zweifelloos hat der von Russland geführte Ukrainekrieg die Chance für einen solchen qualitativen Wandels der bestehenden Weltordnung komplizierter gemacht. Im Kern geht es aber bei allen Kriegsparteien genau um diese Frage. Nur wer mit und nach diesem Krieg seinem Ziel näherkommen wird, ist keineswegs entschieden.

Die **Zeitschrift MOST** betont in ihrem redaktionellen Artikel⁷, dass der Ukraine-Krieg – trotz eines gewissen Zeitverzugs – für Russland erfolgreich und planmäßig verlaufe, da Russland einen „durchdachten 'Plan B' habe“. Das mag für den bisherigen Verlauf der realen Kampfhandlungen sogar zutreffen. Angesichts der

⁷ Redaktion MOST: *Ein durchdachter 'Plan B' für den Ukraine-Krieg*. Siehe unten, S. 42.

gravierenden politischen Dimension und vor allem der Konsequenzen, die dieser Krieg für Russland hat, stellt sich jedoch die Frage, ob der 'Plan A' – also ein relativ kurzer militärischer Schlag – wirklich durchdacht war. Historische Vergleiche mit den völkerrechtswidrigen Kriegen der USA nach 1945 lassen da prinzipielle Zweifel aufkommen. Den USA sind mit keinem dieser Kriege die angestrebten politischen Veränderungen tatsächlich gelungen: Nicht in Korea, nicht in Vietnam, nicht im Irak, nicht in Libyen, nicht in Syrien und gleich gar nicht in Afghanistan. Warum sollte dies ausgerechnet Russland gelingen – einem Land, dessen BIP sich noch unterhalb des Niveaus von Italien befindet?

Vom ökonomischen Potential her scheint eine Niederlage Russlands möglich bis unausweichlich. Politisch ist aber die Frage über Sieg oder Niederlage für Russland von existenzieller Bedeutung. Frieden wird es daher erst dann geben können, wenn – bei einem Minimum an politischer Vernunft – ein Kompromiss über wechselseitige Sicherheitsgarantien gefunden sein wird. Dieser ist aber noch nicht erkennbar. Insofern ist auch ein zeitliches Ende des Gesamtkonflikts nicht in Sicht. Eher ist mit langfristiger Dauer von konfrontativen Beziehungen zwischen neuen Machtblöcken zu rechnen, bei denen sich die globalen Probleme dieser Welt insgesamt weiter verschärfen und alle Länder dieser Erde darunter leiden werden.

Die Weltgemeinschaft ist und bleibt auch in der Stellung zum Ukrainekrieg tief gespalten. Davon zeugt die Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 2. März 2022 über eine Verurteilung des Überfalls Russland auf die Ukraine. Es zeigt sich jedoch auch, dass die bevölkerungsreichsten Staaten dieser Erde einer anhaltenden Dominanz der USA eher skeptisch gegenüberstehen und sich [der Stimme enthalten](#) haben. ⁸ China und Indien allein verfügen mit jeweils rund 1,4 Milliarden Menschen von ca. 8 Milliarden Gesamtbevölkerung über ein Potential von etwa 35 %. Demgegenüber ist der gesamte transatlantische Westen mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 11 % eine Minderheitsgesellschaft. In der Tat empfindet es eine Mehrheit der Weltbevölkerung als ungerecht, von einer Minderheit technologisch führender Staaten in ihrer Souveränität eingeschränkt zu werden. Insofern haben sich diese aufstrebenden Staaten bereits einen eigenen Mechanismus geschaffen, wie sie ihre Finanz- und Währungsbeziehungen gegen den Willen des transatlantischen Westens auch realisieren können. China hat inzwischen mit 45 Ländern [SWAP-Abkommen](#) abgeschlossen; treibt Handel mit ihnen also nicht mehr auf Dollar-Basis. Die Position des Dollars als globale Leitwährung ist damit geschwächt. Russland hat den größten Teil seiner Gold- und Devisenreserven gerettet und agiert mit einem relativ starken Rubel. Dazu kommt,

⁸ Hier sollte genau hingeschaut werden, wer zu den 35 Staaten gehört, die sich der Stimme enthalten haben und wer die 12 Staaten sind, die der Abstimmung ferngeblieben sind.

dass die [BRIC-Länder](#) und die Teilnehmerstaaten der [Shanghai-Organisation](#) (SHO) mehr als 50 % der Weltbevölkerung umfassen und über ein eigenes Instrumentarium finanz- und währungspolitischer Aktivitäten verfügen, das eine relative Unabhängigkeit vom Westen ermöglichen kann.

Viel wird von den nächsten innenpolitischen Entwicklungen in den Ländern der Europäischen Union, in den USA, in Russland – aber auch in Ländern wie der Türkei, Israel, dem Iran, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) sowie Entwicklungsländern der sog. „Dritten Welt“ – abhängen, insbesondere wie sie auf die Folgen des Ukraine-Krieges reagieren. Es steht die Frage, wer ist leidensfähiger, um mit diesen Folgen umzugehen? Vor allem ist es zur Zeit noch offen, welche Rolle die bevölkerungsreichen Staaten im globalen Süden beim Ringen um die Weltordnung des 21. Jahrhunderts spielen werden. Die Gesamtsituation einer 'Zeitenwende' ist also doch wesentlich komplexer und differenzierter als es zunächst scheint und dürfte durchaus noch einige Überraschungen bringen. Das lässt zumindest auf Spielraum für eine kooperativere, friedfertiger Weltordnung und friedliche Zukunft hoffen. ●

21. April 2022

Rainer Böhme

Oberst a. D.

Dr. rer. mil.

Mitglied des wissenschaftlichen Beirats

WeltTrends – das außenpolitische Journal

Wilfried Schreiber

Oberst a. D.

Prof. Dr. sc. oec. et Dr. phil.

Senior Research Fellow

des *WeltTrends-Instituts*

für Internationale Politik, Potsdam

DOKUMENTATION

Online-Portal des Französisches Nachrichtendienst-Forschungszentrum Cf2R:⁹



Centre Français de Recherche sur le Renseignement

DOKUMENTATIONSBULLETIN NR. 27 / MÄRZ 2022

Die militärische Lage in der Ukraine

JAQUES BAUD

Ehemaliger Oberst des Generalstabs, ehemaliges Mitglied des strategischen Nachrichtendienstes der Schweiz, Spezialist für osteuropäische Länder.

14. März 2022

Erster Teil: Der Weg in den Krieg

Jahrelang habe ich mich von Mali bis Afghanistan für den Frieden eingesetzt und dafür mein Leben riskiert. Es geht also nicht darum, den Krieg zu rechtfertigen, sondern zu verstehen, was uns dazu geführt hat. Ich stelle fest, dass die „Experten“, die sich im Fernsehen abwechseln, die Situation auf der Grundlage zweifelhafter Informationen analysieren, meistens Hypothesen, die als Fakten aufgestellt werden – und dann schaffen wir es nicht mehr zu verstehen, was passiert. So entsteht Panik.

Das Problem besteht nicht so sehr darin, zu wissen, wer in diesem Konflikt Recht hat, sondern darin, Art und Weise in Frage zu stellen, wie unsere Führer ihre Entscheidungen treffen.

Versuchen wir, die Konfliktwurzeln zu untersuchen. Es beginnt mit denen, die in den letzten acht Jahren über „Separatisten“ oder „Independentisten“ aus dem Donbass gesprochen haben. Das stimmt nicht. Die Referenden, die von den beiden selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk im Mai 2014 durchgeführt wurden, waren, wie einige skrupellose Journalisten behauptet haben, keine Referenden der „Unabhängigkeit“ (независимость), sondern Referenden der „Selbstbestimmung“ oder „Autonomie“ (самостоятельность). Die Kennzeichnung mit/als „pro-russisch“ [‘Pro-Russland’, en. – ‘pro-Russian’] deutet

⁹ Erstveröff.: Jacques Baud: *La Situation Militaire en Ukraine*. (fr) In: Bulletin de Documentation N°27, Paris 2022, März. <https://cf2r.org/documentation/la-situation-militaire-en-ukraine/>

Zweitveröffentl.: Jacques Baud: *The Military Situation In The Ukraine*. (en.) In: *The Postille Magazin*, Chicago, Online-Ausgabe, 1. April 2022. <https://www.thepostil.com/the-military-situation-in-the-ukraine/> Abruf am 16. April 2022.

darauf hin, dass Russland eine Konfliktpartei war. Das war aber nicht der Fall und der Begriff „russischsprachig“ [‘Russian Speakers’] wäre doch ehrlicher gewesen. Darüber hinaus wurden diese Referenden entgegen dem Rat von Wladimir PUTIN durchgeführt.

Tatsächlich strebten diese Republiken nicht danach, sich von der Ukraine zu trennen, sondern einen Status der Autonomie zu haben, der ihnen den Gebrauch der russischen Sprache als Amtssprache garantierte. Im Resultat des Sturzes von Präsident Janukowitsch wurde am 23. Februar 2014 als erster Gesetzgebungsakt der neuen Regierung die Aufhebung des Gesetzes „Kiwalowa-Kolesnitschenko“ (aus 2012), das Russisch zur Amtssprache machte, bewirkt. Ein bisschen so, als würden Putschisten entscheiden, dass Französisch und Italienisch in der Schweiz keine Amtssprachen mehr sein würden.

Diese Entscheidung verursachte einen Sturm unter der russisch-sprachigen Bevölkerung. Die Folge war eine heftige Repression gegen russisch-sprachige Gebiete (Odessa, Dnepropetrowsk, Charkow, Lugansk und Donezk), die ab Februar 2014 begannen und zu einer Militarisierung der Situation und einigen Massakern (die in Odessa und Mariopol stehen für die bedeutendsten) führte. Am Ende des Sommers 2014 blieben nur noch die selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk übrig.

In diesem Stadium, einfach zu starr und zu erfüllt von doktrinärem Herangehen an die Operative Kunst, unterwarf der ukrainische Generalstab den Gegner, ohne den Sieg zu erringen. Die Untersuchung des Verlaufs der Kämpfe in den Jahren 2014–2016 im Donbass zeigt, dass der ukrainische Generalstab systematisch und mechanisch die gleichen operativen Schemata anwandte. Der Krieg, den die Autonomisten führten, war jedoch dem, was wir in der Sahelzone beobachteten, sehr ähnlich: hochmobile Operationen, die mit leichten Mitteln durchgeführt wurden. Mit einem flexibleren und weniger doktrinären Ansatz waren die Rebellen [Aufständischen] in der Lage, die Trägheit der ukrainischen Streitkräfte auszunutzen, um ihnen wiederholt „eine Falle zu stellen“.

Im Jahr 2014, als ich bei der NATO arbeitete, war ich für den Kampf gegen die Verbreitung von Kleinwaffen verantwortlich. Wir versuchten, die Waffenlieferungen Russlands an die Rebellen aufzudecken, um zu sehen, ob Moskau daran beteiligt war. Die Informationen, die wir damals erhielten, kamen fast ausschließlich von polnischen Geheimdiensten und „passten“ nicht zu den

Informationen der OSZE – trotz ziemlich grober Anschuldigungen gab es keine Lieferungen von Waffen und militärischer Ausrüstung aus Russland.

Die Rebellen waren nur dank des Übertritts russisch-sprachiger ukrainischer Einheiten auf die Rebellenseite bewaffnet. Als die ukrainischen Misserfolge anhielten, wurden die Reihen der Autonomisten durch Panzer-, Artillerie- und Flugabwehrbataillone aufgefüllt. Gerade dies hat die Ukrainer dazu veranlasst, sich zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zu bekennen.

Aber kurz nach der Unterzeichnung der Minsk-1-Vereinbarungen [September 2014] startete der ukrainische Präsident Petro POROSCHENKO eine massive Anti-Terror-Operation (ukr. – АТО/Антитерористична операція) gegen den Donbass. *Bis repetita placent* [Zweimal Wiederholtes gefällt]: Die Ukrainer, die von Nato-Offizieren schlecht beraten wurden, erlitten in Debaltsewo eine vernichtende Niederlage, die sie zwang, sich an den Minsk-2-Abkommen [im Februar 2015] zu beteiligen.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass die Minsk-1 (September 2014) und Minsk 2 (Februar 2015) Abkommen nicht die Abtrennung oder Unabhängigkeit der Republiken vorsahen, sondern ihre Autonomie im Rahmen der Ukraine. Diejenigen, die die Abkommen gelesen haben (es gibt sehr, sehr, sehr wenige von denen, die es tatsächlich getan haben), werden feststellen, dass in allen Papieren geschrieben steht, dass der Status der Republiken zwischen Kiew und den Vertretern der Republiken für eine interne Ukraine-Lösung ausgehandelt werden sollte.

Aus diesem Grund hat Russland seit 2014 systematisch ihre Umsetzung gefordert, während es sich weigert, an den Verhandlungen teilzunehmen, weil es eine interne Angelegenheit der Ukraine war. Auf der anderen Seite versuchte der Westen – angeführt von Frankreich – systematisch, die Minsker Vereinbarungen durch das „Normandie-Format“ zu ersetzen, das Russen und Ukrainer von Angesicht zu Angesicht gegenüberstellte. Erinnern wir uns jedoch daran, dass es vor dem 23. und 24. Februar 2022 nie russländische Truppen in dem Donbass gab. Darüber hinaus haben OSZE-Beobachter nie die geringste Spur russländischer Einheiten beobachtet, die im Donbass operieren. Zum Beispiel zeigt die von der Washington Post am 3. Dezember 2021 veröffentlichte US-Geheimdienstkarte keine russländischen Truppen im Donbass.

Im Oktober 2015 gestand Vasyl HRYTSAK, Direktor des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU), dass nur 56 russländische Kämpfer im Donbass beobachtet

worden seien. Das war genau vergleichbar mit den Schweizern, die in den 1990er Jahren an Wochenenden zum Kämpfen nach Bosnien gingen, oder den Franzosen, die heute in der Ukraine kämpfen gehen.

Die ukrainische Armee befand sich damals in einem beklagenswerten Zustand. Im Oktober 2018, nach vier Jahren Krieg, erklärte der oberste ukrainische Militärstaatsanwalt Anatoly Matios, dass die Ukraine im Donbass 2.700 Männer verloren habe: 891 durch Krankheiten, 318 durch Verkehrsunfälle, 177 durch andere Unfälle, 175 durch Vergiftungen (Alkohol, Drogen), 172 durch den unvorsichtigen Umgang mit Waffen, 101 durch Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften, 228 durch Morde und 615 durch Selbstmorde.

Tatsächlich wurde die Armee durch die Korruption ihrer Kader untergraben und genoss nicht mehr die Unterstützung der Bevölkerung. Laut einem Bericht des britischen Innenministeriums erschienen im März/April 2014 bei Reservisten-Einberufungen 70 Prozent nicht zum ersten Termin, 80 Prozent nicht zum zweiten, 90 Prozent nicht zum dritten und 95 Prozent nicht zum vierten Termin. Im Oktober/November 2017 erschienen 70% der Wehrpflichtigen nicht zur Einberufungsaktion „Herbst 2017“. Nicht mitgerechnet sind Selbstmorde und Desertionen (oft zu den Autonomisten), die im ATO-Territorium bis zu 30 Prozent des Personals anstiegen. Junge Ukrainer weigerten sich, im Donbass zu kämpfen und bevorzugten die Auswanderung, was zumindest teilweise auch das demografische Defizit des Landes erklärt.

Das ukrainische Verteidigungsministerium wandte sich daraufhin an die NATO, um seine Streitkräfte „attraktiver“ zu machen. Nachdem ich bereits an ähnlichen Projekten im Rahmen der Vereinten Nationen gearbeitet hatte, wurde ich von der NATO gebeten, an einem Programm zur Wiederherstellung des Images der ukrainischen Streitkräfte teilzunehmen. Aber das ist ein langfristiger Prozess und die Ukrainer wollten schnell vorankommen.

Um den Mangel an Soldaten auszugleichen, griff die ukrainische Regierung auf paramilitärische Milizen zurück. Sie bestehen im Wesentlichen aus ausländischen Söldnern, oft rechtsextremen Militanten. Im Jahr 2020 machten sie etwa 40 Prozent der ukrainischen Streitkräfte aus und hatten laut Reuters etwa 102.000 im Personalbestand. Sie wurden von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kanada und Frankreich bewaffnet, finanziert und ausgebildet. Es gab mehr als 19 Nationalitäten – darunter auch Schweizer.

Westliche Länder haben damit eindeutig ukrainische rechtsextreme Milizen geschaffen und unterstützt. Im Oktober 2021 schlug die *Jerusalem Post* Alarm, indem sie das Centuria-Projekt anprangerte. Diese Milizen waren seit 2014 mit westlicher Unterstützung im Donbass tätig. Auch wenn man über den Begriff „Nazi“ streiten kann, bleibt die Tatsache, dass diese Milizen gewalttätig sind, eine ekelhafte Ideologie vermitteln und virulent antisemitisch sind. Ihr Antisemitismus ist eher kulturell als politisch, weshalb der Begriff „Nazi“ nicht wirklich passend ist. Ihr Hass auf den Juden rührt von den großen Hungersnöten der 1920er und 1930er Jahre in der Ukraine her, die aus Stalins Konfiszierung von Ernten resultierten, um die Modernisierung der Roten Armee zu finanzieren. Dieser Genocid – in der Ukraine als ‘Holodomor’ bekannt – wurde vom NKWD (dem Vorläufer des KGB) verübt, dessen oberste Führungsringe hauptsächlich aus Juden bestanden. Aus dem Grund fordern ukrainische Extremisten heute Israel auf, sich für die Verbrechen des Kommunismus zu entschuldigen, wie die *Jerusalem Post* feststellt. Dies ist weit entfernt von Wladimir PUTINS „Umschreibung der Geschichte“.

Diese Milizen, die aus den rechtsextremen Gruppen stammen, die 2014 die Euromaidan-Revolution befeuerten, bestehen aus fanatischen und brutalen Individuen. Die bekannteste davon ist das Asow-Regiment, dessen Emblem an die 2. SS-Panzer-Division ‘Das Reich’ erinnert, die für die Befreiung Charkows von den Sowjets im Jahr 1943 in der Ukraine verehrt wird, bevor sie 1944 das Massaker von Oradour-sur-Glane in Frankreich ausführte.

Zu den berühmten Persönlichkeiten des Asow-Regiments gehörte der Oppositionelle Roman PROTASSEWITSCH, der 2021 von den belarussischen Behörden in Sachen RyanAir-Flug FR4978 verhaftet wurde. Am 23. Mai 2021 wurde die vorsätzliche Entführung eines Verkehrsflugzeugs durch eine MiG-29 – angeblich mit Putins Zustimmung – als Grund für die Verhaftung von PROTASSEWITSCH genannt, obwohl die damals verfügbaren Informationen dieses Szenario überhaupt nicht bestätigten.

Aber dann war es notwendig zu zeigen, dass Präsident LUKASCHENKO ein Schurke und Protassewitsch ein „Journalist“ war, der die Demokratie liebte. Eine ziemlich aufschlussreiche Untersuchung, die 2020 erstellt wurde von einer amerikanischen NGO, hob jedoch PROTASSEWITSCHS rechtsextreme militante Aktivitäten hervor. Dann begann die westliche Verschwörungsbewegung, und skrupellose Medien „übertünchten“ seine Biografie. Schließlich wurde im

Januar 2022 der ICAO-Bericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass Belarus trotz einiger Verfahrensfehler in Übereinstimmung mit den geltenden Regeln gehandelt hat und dass die MiG-29 erst 15 Minuten nach der Entscheidung des RyanAir-Piloten, in Minsk zu landen, gestartet ist. Also keine belarussische Verschwörung und noch weniger PUTINS. Ah! ... Ein weiteres Detail: PROTASSEVITCH, grausam von der belarussischen Polizei gefoltert, war nun frei. Wer mit ihm korrespondieren möchte, kann auf seinen Twitter-Account gehen.

Die Charakterisierung ukrainischer Paramilitärs als „Nazis“ oder „Neonazis“ gilt als russische Propaganda. Vielleicht. Aber das ist nicht der Standpunkt der Times of Israel, des Simon Wiesenthal Center oder Center for Counterterrorism der West Point Academy. Aber das ist immer noch fraglich, denn 2014 schien das *Newsweek-Magazin* sie mehr mit ... dem *Islamischen Staat* zu assoziieren. Treffen Sie Ihre Wahl!

So unterstützte und bewaffnete der Westen weiterhin Milizen, die sich seit 2014 zahlreicher Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung schuldig gemacht haben: Vergewaltigung, Folter und Massaker. Aber während die Schweizer Regierung sehr schnell Sanktionen gegen Russland ergriffen hat, hat sie keine gegen die Ukraine verhängt, die seit 2014 ihre eigene Bevölkerung massakriert. Tatsächlich werden seit langem die Aktionen dieser Gruppen von jenen verurteilt, die die Menschenrechte in der Ukraine verteidigen – aber dabei nicht von unseren Regierungen unterstützt wurden. Denn in Wirklichkeit versuchen wir nicht, der Ukraine zu helfen, sondern Russland zu bekämpfen.

Die Integration dieser paramilitärischen Kräfte in die *Nationalgarde* ging keineswegs mit einer „Entnazifizierung“ einher, wie manche behaupten. Unter den vielen Beispielen sind die Insignien des Asow-Regiments aufschlussreich:



Im Jahr 2022 waren die ukrainischen Streitkräfte, die die russländische Offensive abwehrten, nach folgendem Schema organisiert:

- Die Armee ist dem Verteidigungsministerium unterstellt. Sie ist gegliedert in drei Armeekorps und besteht aus beweglichen Verbänden (Panzer, schwere Artillerie, Raketen usw.).
- Die Nationalgarde ist dem Innenministerium unterstellt und organisiert in fünf Territorialkommandos.

Die Nationalgarde gehört daher zu den territorialen Verteidigungskräften, die nicht Teil der ukrainischen Armee sind. Sie umfasst paramilitärische Milizen, die „Freiwilligenbataillone“ (ukr. – добровольчі батальйони) genannt werden, auch bekannt unter dem suggestiven Namen „Vergeltungsbataillone“ und bestehen aus Infanterie. In erster Linie für Ortskampf ausgebildet, verteidigen sie jetzt Städte wie Charkow, Mariupol, Odessa, Kiew usw.

Zweiter Teil: Der Krieg

Als ehemaliger Chef im Strategischen Nachrichtendienst der Schweiz, verantwortlich für die Streitkräfte des Warschauer Paktes, beobachte ich mit Trauer – aber nicht mit Erstaunen –, dass unsere Dienste nicht mehr in der Lage sind, die militärische Lage in der Ukraine zu verstehen. Die selbsternannten „Experten“, die auf unseren Bildschirmen paradieren, geben unermüdlich die gleichen Informationen weiter, die durch die Behauptung moduliert werden, dass Russland – und Wladimir PUTIN – irrational sind. Gehen wir einen Schritt zurück.

1. Der Ausbruch des Krieges

Seit November 2021 drohen die Amerikaner ständig mit einem russländischen Überfall auf die Ukraine. Die Ukrainer schienen jedoch nicht einverstanden zu sein. Warum nicht?

Wir müssen bis zum 24. März 2021 zurückgehen. An diesem Tag bestätigte Wolodymyr SELENSKYJ den Erlass zur Rückeroberung¹⁰ der Krim [und von Sewastopol] und begann, seine Truppen in den Süden des Landes zu verlegen. Gleichzeitig wurden mehrere Nato-Übungen zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee durchgeführt, begleitet von einer deutlichen Zunahme der

¹⁰ *ERLASS des Präsidenten der Ukraine № 117/2021 zum Beschluss des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine vom 11. März 2021 „Über die Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes und zur Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“.* Siehe unten.

Aufklärungsflüge entlang der russländischen Grenze. Russland führte dann mehrere Übungen durch, um die operative Bereitschaft seiner Truppen zu testen und zu zeigen, dass es die Entwicklung der Situation verfolgte.

Die Lage beruhigte sich bis Oktober–November [2021] mit dem Ende der ZAPAD-21-Übungen, deren Truppenbewegungen als Verstärkung für eine Offensive gegen die Ukraine interpretiert wurden. Doch selbst die ukrainischen Behörden widerlegten die Idee der Vorbereitung Russlands auf einen Krieg, und Oleksiy REZNIKOW, der ukrainische Verteidigungsminister, erklärt, dass es seit dem Frühjahr keine Veränderung an der Grenze gegeben habe.

Unter Verletzung der Minsker Vereinbarungen führte die Ukraine Luftoperationen im Donbass mit Drohnen durch, darunter mindestens einen Angriff im Oktober 2021 auf ein Treibstoffdepot in Donezk. Die amerikanische Presse merkte dies an, aber nicht die Europäer; und niemand verurteilte diese Verstöße.

Im Februar 2022 wurden die Ereignisse ausgelöst. Am 7. Februar bekräftigte Emmanuel MACRON während seines Besuchs in Moskau gegenüber Wladimir PUTIN sein Bekenntnis zu den Minsker Vereinbarungen, eine Verpflichtung, die er nach seinem Treffen mit Wolodymyr SELENSKYJ am nächsten Tag wiederholen wird. Aber am 11. Februar endete nach neun Stunden Arbeit in Berlin das Treffen der politischen Berater der Führer des „Normandie-Formats“ ohne konkretes Ergebnis: Die Ukrainer weigerten sich immer noch, die Minsker Vereinbarungen anzuwenden, offenbar unter dem Druck durch die Vereinigten Staaten. Wladimir PUTIN stellte fest, dass MACRON leere Versprechungen gemacht habe und dass der Westen nicht bereit sei, die Vereinbarungen durchzusetzen, wie das seit acht Jahren andauerte.

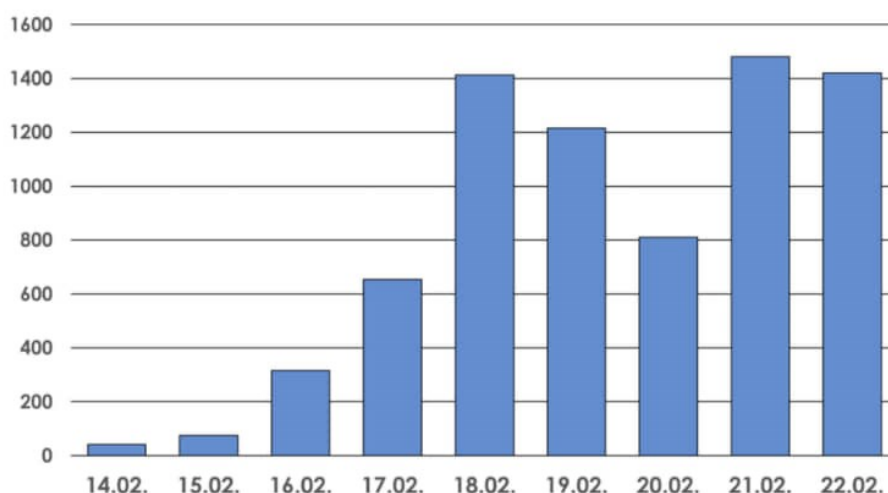
Die ukrainischen Vorbereitungen in der Kontaktzone [entlang der Berührungslinie im Donbass] wurden fortgesetzt. Das russländische Parlament wurde alarmiert; und am 15. Februar [2022] bat es Wladimir PUTIN, die Unabhängigkeit der Republiken anzuerkennen, was er ablehnte.

Am 17. Februar [2022] kündigte Präsident Joe BIDEN an, dass Russland die Ukraine in den nächsten Tagen angreifen werde. Woher wusste er das? Es ist ein Mysterium. Doch seit dem 16. [Februar 2022] hat der Artilleriebeschuss der Bevölkerung im Donbass dramatisch zugenommen, wie die täglichen Berichte der OSZE-Beobachter zeigen. Natürlich reagieren weder die Medien, noch die Europäische Union, noch die NATO, noch irgendeine westliche Regierung oder intervenieren. Es wird später gesagt werden, dass dies russländische Desinfor-

mation ist. Tatsächlich scheint es, dass Europäische Union und einige Länder absichtlich über das Massaker an der Donbass-Bevölkerung geschwiegen haben, da sie wussten, dass dies eine russländische Intervention provozieren würde.

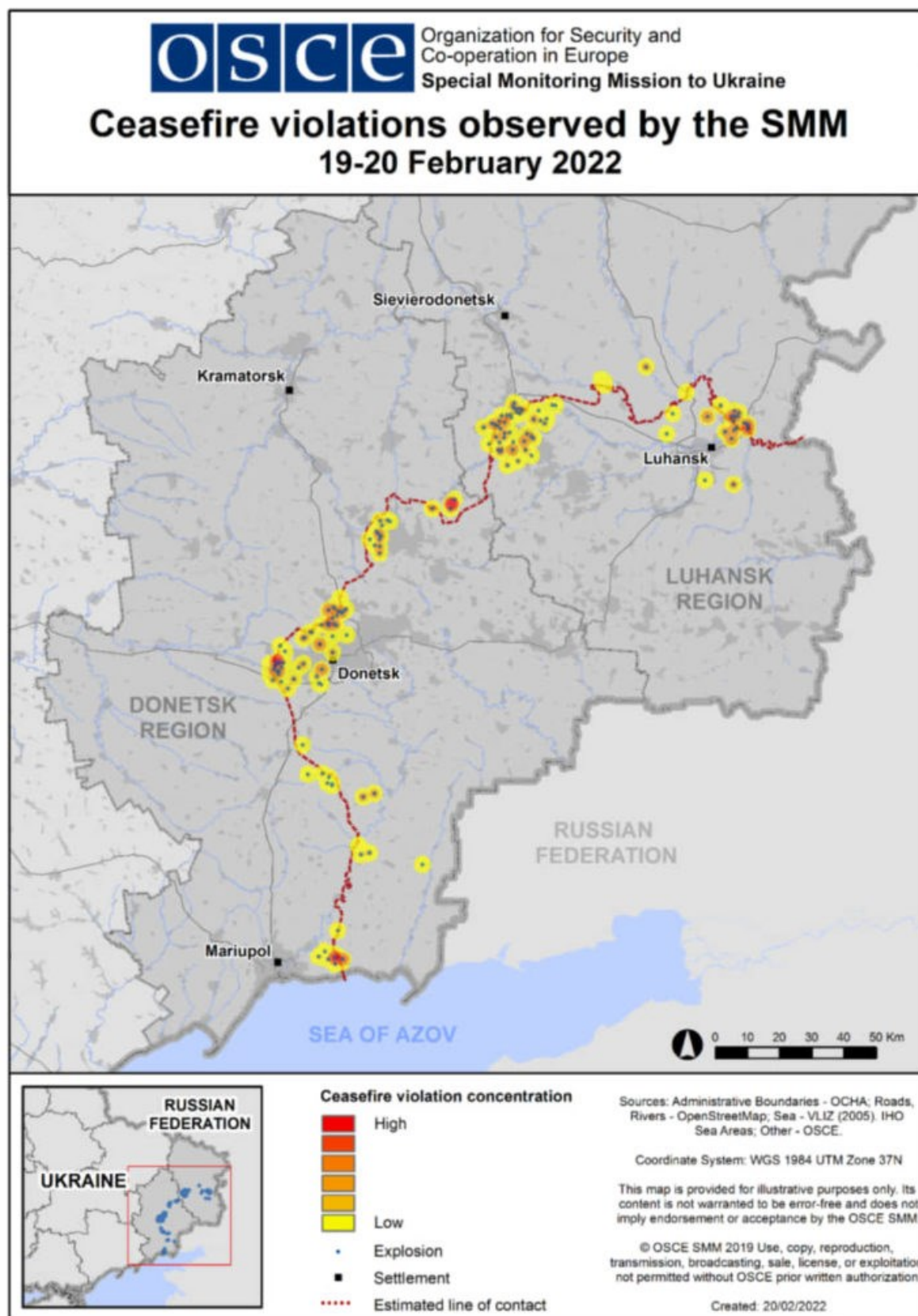
Gleichzeitig gab es Berichte über Sabotage im Donbass. Am 18. Januar [2022] fingen Donbass-Kämpfer Saboteure ab, die Polnisch sprachen, mit westlicher Ausrüstung ausgestattet waren und die versuchten, chemische Zwischenfälle in Gorliwka zu verursachen. Sie könnten CIA-Söldner gewesen sein, die von Amerikanern geführt oder „beraten“ wurden und sich aus ukrainischen oder europäischen Kämpfern zusammensetzten, um Sabotageaktionen in Donbass-Republiken durchzuführen.

Number of Explosions in Donbass (19-20 February 2022)



The massive increase in shelling against the population of Donbass on February 16 told the Russians that a major offensive was imminent. This is what led Putin to recognize the independence of the Republics and to consider an intervention under Article 51 of the UN Charter.

(Source: OSCE SMM Daily Reports)



Tatsächlich wusste Joe BIDEN bereits am 16. Februar [2022], dass die Ukrainer begonnen hatten, die Zivilbevölkerung des Donbass zu beschießen, was Wladimir PUTIN vor eine schwierige Wahl stellte: dem Donbass militärisch zu

helfen und ein internationales Problem zu schaffen, oder zuzusehen, wie das russisch-sprachige Volk des Donbass zerschlagen wurde.

Wenn er sich entscheiden würde, einzugreifen, könnte sich PUTIN auf die internationale Verpflichtung der „Responsibility To Protect“ (R2P) berufen. Aber er wusste, dass die Intervention, unabhängig von ihrer Art oder ihrem Ausmaß, einen Sturm von Sanktionen auslösen würde. Unabhängig davon, ob die russische Intervention auf den Donbass beschränkt wäre oder weiter ginge, um Druck auf den Westen für den Status der Ukraine auszuüben, wäre der zu zahlende Preis derselbe. Das erklärte er in seiner Rede am 21. Februar [2022].¹¹

An diesem Tag stimmte er der Bitte der Duma zu, erkannte die Unabhängigkeit der beiden Donbass-Republiken an und signierte gleichzeitig Freundschafts- und Unterstützungsverträge mit ihnen.

Der ukrainische Artilleriebeschuss der Donbass-Bevölkerung wurde fortgesetzt, und am 23. Februar baten die beiden Republiken Russland um militärische Unterstützung. Am 24. Februar berief sich Wladimir Putin auf Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, der gegenseitige militärische Unterstützung im Rahmen eines Verteidigungsbündnisses vorsieht.

Um die russländische Intervention in den Augen der Öffentlichkeit als völlig rechtswidrig [illegal] darzustellen, haben wir absichtlich den Fakt verheimlicht, dass der Krieg tatsächlich am 16. Februar begann.

Die ukrainische Armee bereitete sich bereits 2021 auf einen Angriff auf den Donbass vor, wie einige russländische und europäische Geheimdienste sehr wohl wussten ... Juristen werden urteilen.

In seiner Rede¹² v. 24. Februar [2022] erklärte Wladimir PUTIN die beiden Ziele seiner Operation: „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine. Es geht also nicht darum, die Ukraine zu übernehmen, noch vermutlich, sie zu besetzen; und schon gar nicht, sie zu zerstören.

¹¹ Präsident der Russischen Föderation – *Ansprache an die Nation am 21. Februar 2022*. Übers. a. d. Russ. von Rainer Böhme. In: *DGKSP-Diskussionspapiere*, Dresden 2020, März, ISSN 2627-3470. S. 49–71 (de), 117–139 (ru.)
<https://slub.qucosa.de/api/qucosa%3A78553/attachment/ATT-0/>

¹² Präsident der Russischen Föderation – *Ansprache an die Nation am 24. Februar 2022*. Übers. a. d. Russ. von Rainer Böhme. In: *DGKSP-Diskussionspapiere*, Dresden 2020, März, ISSN 2627-3470. S. 72–83 (de), 140–150 (ru.).
<https://slub.qucosa.de/api/qucosa%3A78553/attachment/ATT-0/>

Von da an ist unsere Sicht auf den Verlauf der Operation eingeschränkt: Die Russen haben ein ausgezeichnetes Regime der operativen Geheimhaltung¹³ (en. – OPSEC) und die Details ihrer Planung sind nicht bekannt. Aber ziemlich schnell erlaubt uns der Verlauf der Operation zu verstehen, wie die strategischen Ziele auf operativer Ebene umgesetzt wurden.

Entmilitarisierung bedeutet:

- Vernichtung am Boden – für die ukrainischen Fliegerkräfte, Luftverteidigungssysteme und Aufklärungsmittel;
- Neutralisierung – für Kommando-/Führungs-/Aufklärungsstrukturen (C3I) sowie die wichtigsten logistischen Routen in der Tiefe des Territoriums;
- Einkreisung – für den Großteil der ukrainischen Armee, die im Südosten des Landes konzentriert war.

Entnazifizierung heißt:

- Vernichtung oder Neutralisierung – für die Freiwilligenbataillone, die in den Städten Odessa, Charkow und Mariupol sowie in verschiedenen Einrichtungen des Territoriums operieren.

2. Entmilitarisierung

Die russische Offensive wurde auf sehr „klassische“ Weise durchgeführt. Anfangs, in den allerersten Stunden – wie es die Israelis 1967 getan hatten – mit der Vernichtung der Luftstreitkräfte [Luftwaffe] am Boden. Dann erlebten wir ein gleichzeitiges Vorrücken entlang mehrerer Achsen nach dem Prinzip des „fließenden Wassers“ – überall dorthin, wo der Widerstand schwach war. Die Städte (sehr anspruchsvoll in Bezug auf Truppen) für später gelassen. Im Norden wurde das Kraftwerk Tschernobyl sofort besetzt, um Sabotageakte zu verhindern. Die Bilder von ukrainischen und russischen Soldaten, die diese Anlage gemeinsam bewachen, werden natürlich nicht gezeigt.

Die Idee, dass Russland versucht, die Hauptstadt Kiew einzunehmen, um SELENSKYJ zu eliminieren, kommt typischerweise aus dem Westen – das ist es, was sie in Afghanistan, im Irak, in Libyen getan haben und was sie in Syrien mit Hilfe des Islamischen Staates tun wollten. Aber Wladimir PUTIN hatte nie die Absicht, SELENSKYJ zu erschießen oder zu stürzen. Stattdessen versucht Russland, ihn an der Macht zu halten, indem es ihn zu Verhandlungen drängt, und Kiew umfasst. Bisher hatte er sich geweigert, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Aber jetzt wollen die Russen die Neutralität der Ukraine erreichen.

¹³ Regime der operativen Geheimhaltung – (ru.) режим оперативной секретности.

Viele westliche Kommentatoren waren überrascht, dass die Russen weiterhin nach einer Verhandlungslösung suchten, während sie militärische Operationen durchführten. Die Erklärung liegt in der russländischen strategischen Perspektive seit der Sowjetzeit. Für den Westen beginnt der Krieg, wenn die Politik endet. Der russische Ansatz folgt jedoch einer Clausewitz'schen Inspiration: Krieg ist die Kontinuität der Politik und man kann sich fließend von einem zum anderen bewegen, auch während des Kampfes. Dies ermöglicht Einem, Druck auf den Gegner auszuüben und ihn zu Verhandlungen zu drängen.

Aus operativer Sicht war die russländische Offensive ein klassisches Beispiel: In sechs Tagen eroberten die Russen ein so großes Gebiet wie das Vereinigte Königreich, mit einer Geschwindigkeit des Vormarsches, die größer war als das, was die Wehrmacht 1940 erreicht hatte.

Der Großteil der ukrainischen Armee war in Vorbereitung auf eine große Operation gegen den Donbass im Süden des Landes entfaltet. Aus diesem Grund konnten die russländischen Truppen diese Kräfte ab Anfang März im „Kessel“ zwischen Slawjansk, Kramatorsk und Sewerodonetsk einkreisen, und zwar mit einem Schlag von Osten über Charkow und einem weiteren Schlag aus dem Süden von der Krim. Truppen aus den Republiken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) ergänzen die russländischen Streitkräfte mit einem Schlag aus dem Osten.

Zu diesem Zeitpunkt ziehen russländische Streitkräfte langsam die Schlinge zusammen, stehen aber nicht mehr unter Zeitdruck. Ihr Entmilitarisierungsziel ist so gut wie erreicht und die verbleibenden ukrainischen Streitkräfte haben keine operativ-strategische Kommandostruktur mehr.

Die „Verlangsamung“, die unsere „Experten“ schlechter Logistik zuschreiben, ist nur die Folge davon, dass sie ihre Ziele erreicht haben. Russland scheint sich nicht an einer Besetzung des gesamten ukrainischen Territoriums beteiligen zu wollen. Tatsächlich scheint es, dass Russland versucht, sein Vorrücken auf die Sprachgrenze des Landes zu beschränken.

Unsere Medien sprechen von wahllosen Bombardierungen der Zivilbevölkerung, insbesondere in Charkow, und Dantes-Inferno-Bilder werden in Schleife ausgestrahlt. Gonzalo LIRA, ein Lateinamerikaner, der dort lebt, präsentiert uns jedoch am 10. und 11. März eine ruhige Stadt. Es ist wahr, dass es eine große Stadt ist und wir nicht alles sehen – aber das scheint darauf hinzudeuten, dass

wir uns nicht in dem totalen Krieg befinden, mit dem wir ständig auf unseren Bildschirmen bedient werden.

Was die Donbass-Republiken betrifft, so haben sie ihre eigenen Territorien „befreit“ und kämpfen in der Stadt Mariupol.

3. Entnazifizierung

In Städten wie Charkow, Mariupol und Odessa wird die Verteidigung von paramilitärischen Milizen übernommen. Sie wissen, das Ziel „Entnazifizierung“ ist in erster Linie auf sie gerichtet.

Für einen Angreifer in einem urbanisierten Gebiet sind Zivilisten ein Problem. Aus diesem Grund versucht Russland, humanitäre Korridore zu schaffen, um Städte von Zivilisten zu leeren und nur die Milizen zurückzuhalten, um sie leichter zu bekämpfen.

Umgekehrt versuchen diese Milizen, Zivilisten in den Städten zu halten, um die russländische Armee davon abzuhalten, dort zu kämpfen. Aus diesem Grund zögern sie, diese Korridore zu einzurichten und tun alles, um sicherzustellen, dass die Bemühungen Russlands erfolglos sind – sie können die Zivilbevölkerung als „menschliche Schutzschilde“ benutzen. Videos, die Zivilisten zeigen, die versuchen, Mariupol zu verlassen und von Kämpfern des Asow-Regiments verprügelt werden, werden hier natürlich sorgfältig zensiert.

Auf Facebook wurde die Asow-Gruppierung in der gleichen Kategorie wie der *Islamische Staat* betrachtet und war ein benanntes Subjekt in der Plattform „Politik von gefährlichen Personen und Organisationen“. Daher war verboten, sie zu verherrlichen, und „Beiträge“ [posts], die für sie günstig waren, wurden systematisch verboten. Aber am 24. Februar [2022] änderte Facebook seine Politik und erlaubte Beiträge, die für die Miliz günstig waren. In diesem Sinne ruft die in den ehemaligen östlichen Ländern genehmigte Plattform im März zur Ermordung russländischer Soldaten und Führer auf. So viel zu den Werten, die unsere Führungskräfte inspirieren, wie wir sehen werden.

Unsere Medien propagieren ein romantisches Bild des Volkswiderstands. Es ist dieses Bild, das die Europäische Union dazu bewogen hat, die Verteilung von Waffen an die Zivilbevölkerung zu finanzieren. Dies ist kriminelles Handeln. In der Eigenschaft als Leiter der Friedenssicherungsdoktrin bei den Vereinten Nationen habe ich an der Frage des Zivilschutzes gearbeitet. Wir fanden heraus, dass die Gewalt gegen Zivilisten in sehr spezifischen Kontexten stattfand.

Insbesondere, wenn Waffen im Überfluss vorhanden sind und es keine Befehlsstrukturen gibt.

Diese Befehlsstrukturen gehören zum Wesen von Armeen: Ihre Funktion besteht darin, die Anwendung von Gewalt auf ein Ziel auszurichten. Indem die EU die Bürger willkürlich bewaffnet, wie es derzeit der Fall ist, macht sie sie zu Kombattanten, was zur Folge hat, dass sie zu potenziellen Zielen werden. Darüber hinaus führt die Verteilung von Waffen ohne Befehl, ohne operative Ziele unweigerlich zum Begleichen von Rechnungen, zu Banditentum und Aktionen, die mehr tödlich als effektiv sind. Der Krieg wird zur Sache von Emotionen. Die Kräfte wandeln sich in Gewalt. So geschah es vom 11. bis 13. August 2011 in [Tawurga](#) [West-Libyen], wo 30.000 Schwarzafrikaner mit den Waffen massakriert wurden, die von Frankreich (illegal) mit dem Fallschirm abgeworfen waren. Das britische Royal Institute for Strategic Studies (RUSI) sieht in diesen Waffenlieferungen übrigens keinen Zusatznutzen.

Indem man Waffen an ein Land liefert, das sich im Krieg befindet, setzt man sich außerdem der Tatsache aus, als Kriegsteilnehmer betrachtet zu werden. Die russländischen Angriffe vom 13. März 2022 auf den Luftwaffenstützpunkt Mykolayev folgten den Warnungen Russlands, dass Waffenlieferungen als feindliche Ziele behandelt würden.

Die EU wiederholt die katastrophale Erfahrung des Dritten Reiches in den letzten Stunden der Schlacht um Berlin. Der Krieg muss dem Militär überlassen werden, und wenn eine Seite verloren hat, muss das zugegeben werden. Und wenn es Widerstand geben soll, muss er geführt und strukturiert werden. Aber wir tun genau das Gegenteil – wir drängen die Bürger, hinzugehen und zu kämpfen, und gleichzeitig genehmigt Facebook Aufrufe zur Ermordung russländischer Soldaten und Führungskräfte. So viel zu den Werten, die uns inspirieren.

Einige Geheimdienste sehen in dieser unverantwortlichen Entscheidung eine Möglichkeit, die ukrainische Bevölkerung als Kanonenfutter für den Kampf gegen Putins Russland zu nutzen. Diese Art mörderische Entscheidung hätte den Kollegen von Ursula von der Leyens Großvater überlassen werden müssen. Es wäre besser gewesen, Verhandlungen zu führen und damit Garantien für die Zivilbevölkerung zu erhalten, als Öl ins Feuer zu gießen. Es ist leicht, mit dem Blut anderer kämpferisch zu sein.

4. Die Entbindungsklinik in Mariupol

Zunächst ist es wichtig, zu verstehen, dass Marioupol nicht die ukrainische Armee verteidigt, sondern die Asow-Miliz, die sich aus ausländischen Söldnern zusammensetzt.

In ihrem *Zusammenfassenden Lagebericht* vom 7. März 2022 erklärte die rusländische UN-Mission in New York: „Einwohner berichten, dass die ukrainische Armee das Mitarbeiterpersonal aus der Geburtsklinik Nr. 1 der Stadt Mariupol verwiesen hat und ein Feuernest (einen Feuerpunkt) in den Gebäuden eingerichtet hat.“

Am 8. März 2022 veröffentlichte das unabhängige russländische Medienportal Lenta.ru die Zeugenaussagen von Zivilisten aus Marioupol, die berichteten, dass die Entbindungsklinik von Milizen des Asow-Regiments besetzt worden war und diese die zivilen Insassen mit vorgehaltenen Waffen vertrieben hatten. Sie bestätigten die Darstellungen des Botschafter Russlands wenige Stunden zuvor.

Das Krankenhaus in Mariupol nimmt eine beherrschende Geländelage ein, die sich perfekt für den Einbau [das Aufstellen] von Panzerabwehrwaffen und für die Beobachtung eignet. Am 9. März [2022] griffen russländische Truppen das Gebäude an. Laut CNN wurden 17 Menschen verletzt, aber die Bilder zeigen keine Opfer im Gebäude und es gibt keine Beweise dafür, dass die genannten Opfer mit diesem Angriff zusammenhängen. Es ist die Rede von Kindern, aber in Wirklichkeit gibt es nichts. Dies mag wahr sein oder aber nicht wahr sein. Das hindert die Führungskräfte der EU nicht daran, dies als Kriegsverbrechen zu betrachten. Und dies ermöglicht es SELENSKYJ, eine Flugverbotszone über der Ukraine zu fordern.

In Wirklichkeit wissen wir nicht genau, was passiert ist. Aber die Abfolge der Ereignisse bestätigt tendenziell, dass russländische Streitkräfte eine Stellung des Asow-Regiments angegriffen haben und dass die Entbindungsklinik damals frei von Zivilisten war.

Das Problem ist, dass die paramilitärischen Milizen, die die Städte verteidigen, durch die internationale Gemeinschaft ermutigt werden, Kriegsbräuche nicht zu respektieren. Es scheint, dass die Ukrainer das Szenario der Entbindungsklinik in Kuwait-Stadt aus dem Jahr 1990 nachgespielt haben, das von der Firma Hill & Knowlton für 10,7 Millionen Dollar vollständig inszeniert wurde, um den

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen davon zu überzeugen, im Irak für die Operation „Desert Shield/Storm“ zu intervenieren.

Westliche Politiker haben acht Jahre lang Angriffe auf zivile Ziele im Donbass akzeptiert, ohne Sanktionen gegen die ukrainische Regierung zu verhängen. Wir sind längst in einer Dynamik, in der westliche Politiker zugestimmt haben, das Völkerrecht für ihr Ziel zu opfern, Russland zu schwächen.

Dritter Teil: Schlussfolgerungen

Als ehemaliger Geheimdienstler fällt mir als Erstes das völlige Fehlen westlicher Geheimdienste bei der Darstellung der Situation im vergangenen Jahr auf. In der Schweiz wurden die Dienste dafür kritisiert, dass sie kein korrektes Lagebild geliefert haben. Tatsächlich scheint es, dass die Geheimdienste in der gesamten westlichen Welt von den Politikern überwältigt wurden. Das Problem ist, dass es die Politiker sind, die entscheiden – der beste Geheimdienst der Welt nützt nichts, wenn der Entscheidungsträger nicht zuhört. Das ist es, was auch während dieser Krise passiert ist.

Das heißt, während einige Geheimdienste ein sehr genaues und rationales Bild der Situation erarbeiteten, hatten andere eindeutig das gleiche Bild wie das von unseren Massenmedien verbreitete. In dieser Krise spielten die Dienste der Länder des „neuen Europas“ eine wichtige Rolle. Das Problem ist, dass ich aus Erfahrung festgestellt habe, dass sie auf analytischer Ebene extrem schlecht sind – doktrinär, ihnen fehlt die intellektuelle und politische Unabhängigkeit, die notwendig ist, um eine Situation in militärischer „Qualität“ zu beurteilen. Es ist besser, sie als Feinde zu haben als als Freunde.

Zweitens scheint es, dass in einigen europäischen Ländern Politiker ihre Nachrichtendienste absichtlich ignoriert haben, um ideologisch auf die Situation zu reagieren. Daher war diese Krise von Anfang an irrational. Es sei darauf hingewiesen, dass alle Dokumente, die während dieser Krise der Öffentlichkeit präsentiert wurden, von Politikern auf der Grundlage kommerzieller Quellen vorgelegt wurden.

Einige westliche Politiker wollten offensichtlich, dass es einen Konflikt gibt. In den Vereinigten Staaten waren die Angriffsszenarien, die Anthony Blinken dem Sicherheitsrat vorlegte, nur das Fantasieprodukt eines Tiger-Teams, das für ihn arbeitete – er handelte genau wie Donald Rumsfeld im Jahr 2002, der damit die CIA und andere Geheimdienste „umgangen“ hatte, die in Bezug auf irakische Chemiewaffen viel weniger durchsetzungsfähig waren.

Die dramatischen Entwicklungen, die wir heute erleben, haben Ursachen, von denen wir wussten, die wir aber nicht sehen wollten:

- auf strategischer Ebene – die Erweiterung der NATO (mit der wir uns hier nicht befasst haben);
- auf politischer Ebene – die Weigerung des Westens, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen und
- auf operationeller Ebene – die pausenlosen und wiederholten Angriffe auf die Zivilbevölkerung des Donbass in den letzten Jahren und der dramatische Anstieg Ende Februar 2022.

Zivile Opfer durch aktive Feindseligkeiten in den Jahren 2018–2021 pro Gebiet

	In Gebieten unter Kontrolle der selbsternannten 'Republiken'	In Gebieten unter Kontrolle der Regierung	'Im Niemands-land'	Gesamt	Rückgang gegenüber Vorjahr, Prozent
2018	128	27	7	162	41.9
2019	85	18	2	105	35.2
2020	61	9	0	70	33.3
2021	36	8	0	44	37.1
Gesamt	310	62	9	381	
Prozent	81.4	16.3	2.3	100.0	

Wie wir sehen können, waren mehr als 80% der Opfer im Donbass das Ergebnis des Beschusses der ukrainischen Armee. Jahrelang schwieg der Westen über das Massaker an russischsprachigen Ukrainern durch die Regierung von Kiew, ohne jemals zu versuchen, Druck auf Kiew auszuüben. Es ist dieses Schweigen, das die russländische Seite zum Handeln zwang. [Quelle: „Konfliktbedingte zivile Opfer“, *Monitoring-Mission des Kommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen in der Ukraine.*]

Mit anderen Worten, wir können natürlich den russländischen Angriff bedauern und verurteilen. Aber WIR (das heißt: die Vereinigten Staaten, Frankreich und

die Europäische Union an der Spitze) haben die Bedingungen für den Ausbruch eines Konflikts geschaffen. Wir zeigen Mitgefühl für das ukrainische Volk und die zwei Millionen Flüchtlinge. Das ist in Ordnung. Aber wenn wir ein Mindestmaß an Mitgefühl für die gleiche Anzahl von Flüchtlingen aus der ukrainischen Bevölkerung des Donbass gehabt hätten, die von ihrer eigenen Regierung massakriert wurden und über acht Jahre lang in Russland Zuflucht gesucht haben, wäre wahrscheinlich nichts davon passiert.

Ob der Begriff „Genocid“ [„Völkermord“] auf den fortdauernden Missbrauch der Menschen im Donbass zutrifft, ist eine offene Frage. Der Begriff ist im Allgemeinen für Fälle größeren Ausmaßes (Holocaust usw.) reserviert. Aber die Definition der Völkermordkonvention ist wahrscheinlich weit genug, um auf diesen Fall anwendbar zu sein. Rechtswissenschaftler werden das verstehen. Dieser Konflikt hat uns eindeutig in eine Hysterie geführt. Sanktionen scheinen zum bevorzugten Instrument unserer Außenpolitik geworden zu sein. Wenn wir darauf bestanden hätten, dass sich die Ukraine an die Minsker Vereinbarungen hält, die wir ausgehandelt und gebilligt hatten, wäre nichts davon passiert. Wladimir PUTINS Verurteilung ist auch unsere. Es hat keinen Sinn, hinterher zu jammern – wir hätten früher handeln sollen. Doch weder Emmanuel MACRON (als Garant und Mitglied des UN-Sicherheitsrates) noch Olaf SCHOLZ noch Wolodymyr SELENSKYJ haben ihre Verpflichtungen eingehalten. Am Ende ist die wirkliche Niederlage die Jener, die keine Stimme haben.

Die Europäische Union war nicht in der Lage, die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu fördern – im Gegenteil, sie reagierte nicht, als die Ukraine ihre eigene Bevölkerung im Donbass beschoss und bombardierte. Hätte sie das getan, hätte Wladimir PUTIN nicht reagieren müssen. Mit Ausnahme der diplomatischen Phase zeichnete sich die EU dadurch aus, dass sie den Konflikt schürte. Am 27. Februar [2022] stimmte die ukrainische Regierung der Aufnahme von Verhandlungen mit Russland zu. Aber ein paar Stunden später stimmte die Europäische Union für ein Budget von 450 Millionen Euro für Waffenlieferungen an die Ukraine und goss Öl ins Feuer. Von da an hatten die Ukrainer das Gefühl, dass sie keine Einigung erzielen mussten. Der Widerstand der Asow-Miliz in Mariupol führte sogar zu einem weiteren 500 Millionen Euro Aufschlag für Waffen.

In der Ukraine wurden mit dem Segen der westlichen Länder diejenigen, die für eine Verhandlung sind, eliminiert. Dies ist der Fall von Denis KIREJEV, einem

der ukrainischen Unterhändler, der am 5. März [2022] vom ukrainischen Geheimdienst (SBU) ermordet wurde, weil er zu günstig für Russland war und als Verräter galt. Das gleiche Schicksal ereilte Dmitri DEMJANENKO, den ehemaligen stellvertretenden Leiter der Hauptdirektion des SBU für Stadt und Region Kiew, der am 10. März [2022] ermordet wurde, weil er ein Abkommen mit Russland zu sehr befürwortete – er wurde von der Miliz „Mirotvorets“ („Friedensstifter“) erschossen. Diese Miliz ist mit der Mirotvorets-Website verbunden, auf der die „Feinde der Ukraine“ mit ihren persönlichen Daten, Adressen und Telefonnummern aufgeführt sind, damit sie belästigt oder sogar eliminiert werden können; eine Praxis, die in vielen Ländern strafbar ist, aber nicht in der Ukraine. Die UN und einige europäische Länder haben die Schließung dieser Webseite gefordert – aber, wurde abgelehnt von der Rada.

Am Ende wird der Preis hoch sein, aber Wladimir PUTIN wird wahrscheinlich die Ziele erreichen, die er sich selbst gesetzt hat. Seine Beziehungen zu Peking haben sich verfestigt. China entwickelt sich zu einem Vermittler in dem Konflikt, während sich die Schweiz der Liste der Feinde Russlands anschließt. Die Amerikaner müssen Venezuela und den Iran um Öl bitten, um aus der Energiesackgasse herauszukommen, in die sie sich selbst gebracht haben – der [Juan Guaidó](#) verlässt die Bühne für immer und die Vereinigten Staaten müssen die gegen ihre Feinde verhängten Sanktionen erbärmlich zurücknehmen.

Westliche Minister, die versuchen, die russländische Wirtschaft zusammenbrechen und das russische Volk leiden zu lassen, oder sogar zur Ermordung PUTINS aufrufen, zeigen (auch wenn sie die Form ihrer Worte teilweise umgekehrt haben, aber nicht deren Substanz!), dass unsere Führer nicht besser sind als diejenigen, die wir hassen – denn Sanktionierung russischer Athleten bei den Paraolympischen Spielen oder russländischer Künstler hat nichts mit dem Kampf gegen PUTIN zu tun.

Wir erkennen also an, da wir der Meinung sind, dass das russländische Volk für den Krieg verantwortlich ist, dass Russland eine Demokratie ist. Wenn dies nicht der Fall ist, warum versuchen wir dann, eine ganze Bevölkerung für die Schuld [den Fehler] eines Einzelnen zu bestrafen? Erinnern wir uns daran, dass die kollektive Bestrafung durch die Genfer Konventionen verboten ist.

Die Lehre, die aus diesem Konflikt zu ziehen ist, ist unser Empfinden für variable geometrische Menschlichkeit. Wenn uns der Frieden und die Ukraine so am Herzen lagen, warum haben wir dann die Ukraine nicht ermutigt, die

Vereinbarungen einzuhalten, die sie unterzeichnet hatte und die die Mitglieder des Sicherheitsrats gebilligt hatten?

Die Integrität der Medien bemisst sich an ihrer Bereitschaft, im Sinne der Münchner Charta zu arbeiten. Es gelang ihnen, während der Covid-Krise Hass auf die Chinesen zu propagieren und ihre polarisierte Botschaft führt zu den gleichen Effekten gegen die Russen. Der Journalismus wird immer unprofessioneller und militanter.

Wie Goethe sagte: „Je größer das Licht, desto dunkler der Schatten.“ Und je unverhältnismäßiger die Sanktionen gegen Russland sind, desto mehr zeigen die Fälle, in denen wir nichts unternommen haben, unseren Rassismus und unsere Unterwürfigkeit. Warum haben über acht Jahre lang keine westlichen Politiker auf die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung des Donbass reagiert?

Denn schließlich, was macht den Konflikt in der Ukraine tadelnswerter als den Krieg im Irak, in Afghanistan oder Libyen? Welche Sanktionen haben wir gegen diejenigen ergriffen, die die internationale Gemeinschaft absichtlich belogen haben, um ungerechte, ungerechtfertigte und mörderische Kriege zu führen? Haben wir versucht, „das amerikanische Volk leiden zu lassen“, weil es uns vor dem Krieg im Irak belogen hat (weil es eine Demokratie ist!)? Haben wir eine einzige Sanktion gegen die Länder, Unternehmen oder Politiker verabschiedet, die Waffen für den Konflikt im Jemen liefern, der als die „schlimmste humanitäre Katastrophe der Welt“ gilt? Haben wir die Länder der Europäischen Union sanktioniert, die auf ihrem Territorium die erbärmlichste Folter zum Wohle der Vereinigten Staaten praktizieren?

Die Frage zu stellen bedeutet, sie zu beantworten ... Und die Antwort ist nicht schön. ●

Autor: JACQUES BAUD

Er ist ehemaliger Oberst des Generalstabs, ehemaliges Mitglied des strategischen Nachrichtendienstes der Schweiz und Spezialist für die östlichen Länder. Er wurde in den amerikanischen und britischen Geheimdiensten ausgebildet. Er war Leiter für die Friedensoperationen der VN. Als UN-Experte für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen konzipierte und leitete er die erste multidimensionale UN-Nachrichteneinheit im Sudan. Er hat für die Afrikanische Union gearbeitet und war fünf Jahre lang bei der NATO für den Kampf gegen die Verbreitung von Kleinwaffen zuständig. Kurz nach dem Zusammenbruch der UdSSR war er an Gesprächen mit den höchsten russischen Militär- und Geheimdienstvertretern beteiligt.

Er ist Autor mehrerer Bücher über Geheimdienste, Krieg und Terrorismus.

* * *

Übersetzung a. d. Französischen/Englischen/Russischen: Rainer Böhme 18. April 2022

DOKUMENTATION

Online-Portal des Französisches Nachrichtendienst-Forschungszentrum Cf2R:¹⁴



Centre Français de Recherche sur le Renseignement

DOKUMENTATIONSBULLETIN NR. 28 / MÄRZ 2022

Aktuelle Information zur militärischen Lage in der Ukraine vom 25. März 2022

JAQUES BAUD

Ehemaliger Oberst des Generalstabs, ehemaliges Mitglied des strategischen Nachrichtendienstes der Schweiz, Spezialist für osteuropäische Länder.

28. März 2022

Die Operative Lage

Zum 25. März 2022 bestätigt unsere Lageanalyse die Beobachtungen und Schlussfolgerungen von Mitte März.



Die am 24. Februar [2022] begonnene Offensive entwickelt entsprechend der russländischen Operationsplanung sich in zwei Handlungsrichtungen:

- eine Hauptrichtung, die sich im Süden des Landes auf die Donbass-Region und entlang der Küste des Asowschen Meeres erstreckt. Wie die Planung erkennen lässt, sind die Hauptziele in dieser Richtung: die Neutralisierung der Streitkräfte der Ukraine (Ziel „Entmilitarisierung“) und Neutralisierung der ultra-nationalistischen paramilitärischen Milizen in den Städten Charkow und Mariupol (Ziel „Entnazifizierung“). Dieser Hauptvorstoß wird von einer Kräftegruppierung geführt: russländische Kräfte aus dem südlichen Militärbezirk, die über Charkow und die Krim handeln, sowie – im Zentrum – mit den Milizkräften der Republiken Donezk und Luhansk sowie Teilkraften der tschetschenischen Nationalgarde für die Gefechtshandlungen im Stadtgebiet von Mariupol.
- eine andere Richtung zeigt auf Kiew, deren Ziel es ist, die ukrainischen Kräfte (und die Westlichen) zu „fixieren“ [zu binden], um zu verhindern, dass

¹⁴ Quelle: [French Intelligence Research CenterPoint zur militärischen Situation in der Ukraine vom 25. März 2022 » Französisches Nachrichtendienst-Forschungszentrum \(cf2r.org\)](https://cf2r.org/documentation/le-point-sur-la-situation-militaire-en-ukraine-au-25-mars-2022/).
<https://cf2r.org/documentation/le-point-sur-la-situation-militaire-en-ukraine-au-25-mars-2022/> Abruf am 13. April 2022. Übertragung ins Deutsche mit Unterstützung durch *msTranslate*, unter Vergleich der englischen und russischen Textoriginale.

sie Operationen gegen den Hauptstoß durchführen, oder sogar in den Rücken der russländischen Koalitionsgruppierung gelangen.

Diese Offensive folgt buchstabengetreu den Zielen, die Wladimir PUTIN am 24. Februar [2022] festgelegt hat. Aber wenn man nur auf vorgefassten Bewertungen der westlichen „Experten“ und Politiker hört, kann in den Sinn kommen, dass Russlands Ziel darin bestehe, die Ukraine zu erobern und ihre Regierung zu stürzen. In Anlehnung an eine sehr westliche Logik sahen sie Kiew als *Schwerpunkt* [« centre de gravité »] für die ukrainischen Streitkräfte. Nach CLAUSEWITZ ist der „Schwerpunkt“ das Element, aus dem ein Krieg Führender seine Stärke und Handlungsfähigkeit bezieht, also das primäre Ziel der Strategie bei einem Gegner. Deshalb haben die Westler systematisch versucht, in den Kriegen, die sie geführt haben, die Kontrolle über die Hauptstädte zu übernehmen. Der ukrainische Generalstab, der von Nato-Experten ausgebildet und beraten wurde, hat erwartungsgemäß eine gleiche Logik angewendet, um die Verteidigung in Kiew und dessen Umgebung zu stärken, so dass seine Truppen im Donbass entlang der Hauptrichtung der Handlungen Russlands ohne Verstärkungsmittel blieben.

Wenn wir Wladimir PUTIN aufmerksam zugehört hätten, hätten wir erkannt, dass das strategische Ziel der russländischen Koalition nicht darin besteht, die Ukraine zu erobern, sondern jede Bedrohung für die russisch-sprachige Bevölkerung des Donbass zu beseitigen. Basierend auf diesem allgemeinen Ziel ist der „wahre“ Schwerpunkt, den die russländische Koalition zu bekämpfen versucht, der Hauptteil der ukrainischen Streitkräfte, die seit Ende 2021 im Südosten des Landes stationiert sind – und nicht Kiew.

Erfolg oder Misserfolg Russlands?

Überzeugt davon, dass die russländische Offensive auf Kiew abzielt, sind westliche Experten ganz logisch zu dem Schluss gekommen, dass 1) die Russen auf der Stelle treten und 2) ihre Offensive zum Scheitern verurteilt ist, weil sie das Land nicht auf lange Sicht halten können. Die Generäle, die sich gegenseitig auf den TV-Podien in Frankreich ablösten, scheinen vergessen zu haben, was ein Unterleutnant wissen sollte: „Kenne deinen Feind!“ ... Und zwar nicht so, wie wir es gerne hätten, sondern so, wie es ist! Mit solchen Generalen brauchst du keinen Feind mehr!

Davon abgesehen ist auch der westliche Diskurs über eine russländische Offensive, die festgefahren ist und deren Erfolge mager sind, Teil des Propaganda-

krieges zwischen beiden Seiten. So zeigt die Abfolge der von [Libération](#) seit Ende Februar veröffentlichten Karten der Operationen praktisch keinen Unterschied von einem Tag zum nächsten bis zum 18. März (dem Datum, an dem die Medien ihre Aktualisierungen eingestellt haben). So bewertet die Journalistin Élise VINCENT am 23. Februar [2022] auf [France 5](#) das von der russländischen Koalition eroberte Gebiet als vergleichbar mit dem Flächenäquivalent der Schweiz oder den Niederlanden. In Wirklichkeit befinden wir uns eher bei der Oberflächengröße Großbritanniens.

Schauen wir uns als Beispiel den Unterschied gegenüber der von *Ouest-France* veröffentlichten Lagekarte vom 25. März 2022 an:



La situation en Ukraine ce vendredi 25 mars 2022. | INFOGRAPHIE OUEST-FRANCE

... und die [vom französischen Ministerium der Streitkräfte veröffentlichte](#):



Situation Ukraine au 25 mars - © Ministère des armées

Tatsächlich sollte die operative Lagekarte vom 25. März eher so aussehen:



Stand 25. März 2022: Die rote Linie stellt den maximalen Vorstoß der russländischen Koalitionsstreitkräfte dar, und der blaue Sack zeigt den Standort des Großteils der ukrainischen Armee an. In Wirklichkeit ist dieser Sack in einige kleinere Kessel aufgespalten, die die russische Armee zu dezimieren versucht.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass die ukrainischen Kräfte auf *keiner* der in unseren Massenmedien präsentierten Lagekarten erscheinen. Wenn also die Karte des Ministeriums der Streitkräfte ein etwas ehrlicheres Bild der Realität vermittelt, vermeidet sie sorgfältig die Erwähnung der ukrainischen Kräfte, die im Kessel von Kramatorsk eingekreist sind.

Tatsächlich werden ukrainische Kräfte nie auf unseren Karten angezeigt, da dies zeigen würde, dass sie im Februar 2022 nicht entlang der Grenze zu Russland stationiert waren, sondern dass sie im Süden des Landes für die Offensive gruppiert wurden, deren Vorbereitungsphase am 16. Februar [2022] begann. Dies bestätigt, wie wir noch sehen werden, dass Russland lediglich auf eine Situation reagiert hat, die vom Westen – über die Ukraine – initiiert wurde. Heute sind es diese Kräfte, die im Kramatorsk-Kessel eingekreist und von der russländischen Koalition methodisch aufgespalten und nach und nach neutralisiert werden.

Die erzeugte Unschärfe im Westen über die Lage der ukrainischen Kräfte hat noch andere Auswirkungen. Erstens hält sie die Illusion eines möglichen Sieges der Ukraine aufrecht. Anstatt also einen Verhandlungsprozess zu fördern, versucht der Westen, den Krieg zu verlängern. Aus diesem Grund haben die Europäische Union und einige ihrer Mitgliedstaaten Waffen geschickt und ermutigen so die Zivilbevölkerung und Freiwillige aller Art, zu kommen und zu kämpfen, oft ohne Ausbildung und ohne eine echte Kommandostruktur zu kämpfen, mit tödlichen Folgen.

Wir wissen, dass in einem Konflikt jede Seite dazu neigt, so zu informieren, dass sie ein günstiges Bild ihres Handelns vermittelt. Das Bild, das wir von der Lage in der Ukraine und den ukrainischen Kräften haben, basiert jedoch ausschließlich auf Daten, die von Kiew zur Verfügung gestellt wurden. Es verschleiert die tiefgreifenden Mängel im Verhalten der Ukrainer, die von Nato-Militärs ausgebildet und beraten werden.

So hätte die militärische Logik verlangt, dass die im Kessel von Kramatorsk eingekreisten Kräfte sich auf eine Linie entlang des Dnjepr zurückgezogen hätten, um sich beispielsweise neu zu gruppieren und eine Gegenoffensive durchzuführen; aber von Präsident SELENSKYJ wurde ihnen der Rückzug verboten. Eine sorgfältige Untersuchung zu den Operationen der Jahre 2014 und 2015 zeigte bereits, dass die Ukrainer gegen einen einfallsreicheren, flexibleren Gegner (mit seinen schlankeren Führungsstrukturen) „westliche“

Schemata anwandten, die völlig ungeeignet für die Lagebedingungen waren. Es ist das gleiche Phänomen heute.

Am Ende hat uns die partielle Sicht auf das Schlachtfeld, die uns von unseren Massenmedien vermittelt wurde, doch unfähig gemacht, dem ukrainischen Generalstab zu helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Es führte uns zu der Annahme, dass das offensichtliche strategische Ziel [Russlands] Kiew war, dass die „Entmilitarisierung“ auf den Beitritt der Ukraine zur NATO abzielte und dass die „Entnazifizierung“ darauf abzielte, SELENSKYJ zu stürzen. Diese Legende wurde von Wladimir PUTIN durch den Aufruf an das ukrainische Militär zum Ungehorsam angeheizt, der (mittels großer Phantasie und vorgefasster Meinung) als Aufruf zum Sturz der Regierung interpretiert wurde. Dieser Aufruf richtete sich jedoch an die im Donbass stationierten ukrainischen Kräfte, sich kampfflos zu ergeben. Die westliche Interpretation hat die Regierung der Ukraine dazu gedrängt, die Ziele Russlands falsch einzuschätzen und ihr Potenzial schlecht zu nutzen, um zu gewinnen.

Man gewinnt keinen Krieg mit vorgefassten Meinungen: Man verliert ihn, und das ist es, was passiert. So wurde die russländische Koalition nie „in die Enge getrieben“ oder durch heldenhaften Widerstand „gestoppt“: Sie hat einfach nicht dort angegriffen, wo sie erwartet wurde! Wir wollten nicht hören, was Wladimir PUTIN uns sehr deutlich erklärt hat. Deshalb sind wir so – nolens volens [notgedrungen] – zu Hauptarchitekten einer ukrainischen Niederlage geworden, die Gestalt annimmt. Paradoxerweise ist es wahr-scheinlich unseren selbsternannten „Experten“ und gelegentlichen Strategen auf unseren TV-Podien zu verdanken, dass sich die Ukraine heute in dieser Lage befindet!

Verlauf der Kampfhandlungen

Was die Durchführung der Operationen angeht, so stammen die in unseren Medien präsentierten Analysen meistens von Politikern oder sogenannten Militärexperten, die ukrainische Propaganda verbreiten.

Um es klar zu sagen: Jeder Krieg ist eine Tragödie. Das Problem dabei ist, dass unsere Strategen eindeutig versuchen, [die Situation zu überdramatisieren](#), um jede Verhandlungslösung auszuschließen. Diese Entwicklung drängt jedoch einige westliche Militärs dazu, sich zu äußern und nuanciertere Urteile zu fällen. So stellt ein Analyst der *Defense Intelligence Agency* (DIA), des US-Äquivalents zur *Direction du Renseignement Militaire* (DRM) in Frankreich, in [Newsweek](#) fest, dass „Russland in 24 Tagen des Konflikts etwa 1400 Schläge

durchgeführt und fast 1000 Raketen gestartet hat (nur zum Vergleich: Die Vereinigten Staaten haben am ersten Tag des Irakkriegs im Jahr 2003 mehr Schläge durchgeführt und mehr Raketen abgefeuert).“

Während die Westler das Schlachtfeld mit intensiven und langwierigen Schlägen „vorbereiten“, bevor sie ihre Bodentruppen vorschicken, bevor-zugen die Russen einen weniger zerstörerischen, aber intensiveren Ansatz mit Truppen. In France 5 [präsentiert die Journalistin Mélanie TARVANT](#) den Tod von Generälen auf dem Schlachtfeld als Beweis für eine Instabilität der russischen Armee. Aber das ist eine tiefe Unkenntnis über Traditionen und Funktionsweisen dieser Armee. Während im Westen die Kommandeure dazu neigen, von hinten zu führen, neigen ihre russländischen Kollegen dazu, an der Spitze ihrer Leute zu führen: Im Westen sagen sie „Vorwärts!“, aber in Russland rufen sie „Folge mir!“ [von vorne führen]. Dies erklärt die hohen Verluste in den oberen Kommandorängen, die bereits in Afghanistan zu beobachten waren, aber auch eine viel strengere Auswahl der Kader als im Westen.

Außerdem stellt der [DIA-Analyst](#) fest, dass „die überwiegende Mehrheit der Schläge aus der Luft über dem Gefechtsfeld stattfindet, wobei russländische Flugzeuge den Bodentruppen ‘Luftnahunterstützung’ bieten. Die Übrigen – laut US-Experten weniger als 20 Prozent – befinden sich auf Militär-flugplätzen, in Kasernen und Unterstützungsdepots.“ So scheint die Phrase „wahllose Bombenschläge, die die Stadt verwüsten und alle töten“, die von den westlichen Medien wiederholt werden, dem US-Geheimdienstexperten zu widersprechen. Der stellt fest: „Nun, wenn wir uns einreden, dass Russland wahllose Bombardements ausführt oder dass es mehr Schaden anrichtet, weil sein Personal der Aufgabe nicht gewachsen ist oder weil es technisch unfähig ist, dann sehen wir den Konflikt nicht so, wie er ist.“

Tatsächlich unterscheiden sich Operationen der Russen grundlegend vom westlichen Konzept. Die Besessenheit der Westler, keine Todesfälle in ihren eigenen Streitkräften zu haben, führt sie zu Operationen, die im Wesentlichen zu sehr tödlichen Luftangriffen führen. Bodentruppen greifen erst ein, wenn alles zerstört ist. Deshalb [töten Westler in Afghanistan](#) oder der [Sahelzone](#) mehr Zivilisten als Terroristen. Infolgedessen veröffentlichen die westlichen Länder, die sich in Afghanistan, im Nahen Osten, in Nordafrika engagieren, nicht mehr die zivilen Opfer, die durch ihre Angriffe verursacht wurden. Denn tatsächlich

gehen die Europäer, die sich in Regionen engagieren, die ihre nationale Sicherheit nur am Rande beeinträchtigen, wie die Esten in der Sahelzone, dorthin, um „sich selbst zu helfen, sich die Hände zu reiben“.

In der Ukraine ist die Lage ganz anders. Man muss sich nur eine Karte der Sprachgebiete ansehen, um zu sehen, dass die russländische Koalition fast ausschließlich in der russisch-sprachigen Zone operiert, also inmitten von Bevölkerungsgruppen, die ihr im Allgemeinen wohlgesonnen sind. Dies erklärt auch die Aussagen eines [Offiziers der US-Luftwaffe](#): „Ich weiß, dass die Massenmedien ständig wiederholen, dass PUTIN Zivilisten ins Visier nimmt, aber es gibt keine Beweise dafür, dass Russland es absichtlich tut.“

Umgekehrt hat die Ukraine aus demselben Grund – wenn auch hintergründig – die ultranationalistischen paramilitärischen Kämpfer [Kombattanten] in Großstädten wie [Mariupol](#) oder [Charkow](#) stationiert: Ohne emotionale oder kulturelle Verbindungen zur lokalen Bevölkerung können diese Milizen sogar um den Preis schwerer ziviler Opfer kämpfen. Die Gräueltaten, die wir [derzeit entdecken](#), werden immer noch von französisch-sprachigen Massenmedien versteckt, aus Angst, die Unterstützung für die Ukraine zu verlieren, wie Massenmedien [berichten, die den Republikanern](#) in den Vereinigten Staaten nahe stehen.

Nach „[Enthauptungs](#)“-Schlägen in den ersten Minuten der Offensive bestand Russlands operative Strategie darin, städtische Zentren zu umgehen, um die ukrainische Armee, die von Kräften der Donbass-Republiken „gebunden“ wurde, einzuschließen. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass der Zweck der „Enthauptung“ nicht darin besteht, den Generalstab oder die Regierung zu vernichten (wie unsere „Experten“ zu verstehen geben), sondern darin, die Führungs- und Kommando-Strukturen zu unterbrechen, um das koordinierte Manöver der Kräfte zu verhindern. Stattdessen wird versucht, Führungsorgane zu erhalten, um einen Ausweg aus der Krise aushandeln zu können.

Am 25. März 2022, nach Schließung des Kramatorsk-Kessels, nach dem Ausschluss jeder Möglichkeit des Rückzugs für die Ukrainer und Einnahme des größten Teils der Städte Charkow und Mariupol, hat Russland praktisch seine Ziele erreicht: Alles, was es tun muss, ist, seine Bemühungen darauf zu konzentrieren, Widerstandsherde zu dezimieren. Im Gegensatz zu dem, was die westliche Presse behauptet hat, handelt es sich dabei also nicht um eine

Neuausrichtung oder Änderung des Ausmaßes ihrer Offensive, sondern um die planmäßige Umsetzung der am 24. Februar [2022] angekündigten Ziele.

Die Rolle der Freiwilligen

Ein besonders beunruhigender Aspekt dieses Konflikts ist die [Haltung von europäischen Regierungen](#), die ihren [Bürgern erlauben](#) oder dazu ermutigen, sich in der Ukraine zum Kampf zu melden. Wolodymyr Selenskyjs Aufruf, der neu geschaffenen [Internationalen Legion für die territoriale Verteidigung der Ukraine](#) beizutreten, wurde von den europäischen Ländern begeistert begrüßt.

Ermutigt von Massenmedien, die eine Armee Russlands als ‘in die Flucht geschlagen’ darstellen, verlassen viele dieser jungen Menschen ihre Unternehmen und stellen sich vor, buchstäblich zu einer Jagdgesellschaft zu gehen. Sobald sie dort sind, ist die Ernüchterung jedoch groß. Zeugenaussagen zeigen, dass diese „Amateure“ oft als „[Kanonenfutter](#)“ enden, [ohne einen wirklichen Einfluss auf den Ausgang](#) des Konflikts zu haben. Die Erfahrung der jüngsten Konflikte zeigt, dass die Ankunft ausländischer Kämpfer nichts zu einem Konflikt beiträgt, außer [seine Dauer und Letalität zu erhöhen](#).

Darüber hinaus sollte die Ankunft von mehreren [hundert islamistischen Kämpfern](#) aus der Region Idlib, einer Region unter Kontrolle und Schutz der westlichen Koalition in Syrien (in der zwei Führer des Islamischen Staates von den Amerikanern getötet wurden), unsere Besorgnis hervorrufen. Tatsächlich befinden sich Waffen, die wir sehr großzügig der Ukraine liefern, bereits teilweise in den Händen krimineller Einzelpersonen und Organisationen. Diese beginnen bereits, ein Sicherheitsproblem für die Kiewer Behörden selbst darzustellen. Ganz zu schweigen davon, dass die Waffen, deren Wirksamkeit gegen russländische Flugzeuge gelobt wird, schließlich unsere militärischen und zivilen Flugzeuge bedrohen könnten.

Der Freiwillige, der stolz in den Tagesnachrichten des RTBF [fr. – Radio-télévision belge de la Communauté française; de. – Hörfunk und Fernsehen der französischen Gemeinschaft Belgiens] am 8. März 2022 um 19:30 Uhr vorgestellt wurde, war ein Bewunderer des „Corps Franc Wallonie“ der belgischen Freiwilligen, die sich mit dem Dritten Reich beschäftigten, und veranschaulicht die Art von Öffentlichkeit, die von der Ukraine angezogen wird. Am Ende werden wir uns fragen müssen, wer mehr gewonnen hat, die aus Belgien oder die aus der Ukraine ...

Die wahllose Verteilung von Waffen könnte die EU sehr wohl – volens nolens [notgedrungen] – zu einem Unterstützer des [Extremismus](#) und sogar des internationalen Terrorismus machen. Infolgedessen fügen wir dem Unglück noch Unglück hinzu, um [die europäischen Eliten mehr als die Ukraine selbst](#) zufrieden zu stellen.

*

Drei Punkte verdienen es, abschließend hervorgehoben zu werden.

– Westliche Nachrichtendienste von politischen Entscheidern ignoriert

[Militärdokumente, die in einem ukrainischen Stab](#)¹⁵ im Süden des Landes gefunden wurden, bestätigen, dass die Ukraine sich auf einen Angriff auf den Donbass vorbereitete und der von OSZE-Beobachtern bereits seit 16. Februar [2022] festgestellte Beschluss einen bevorstehenden Angriffsbeginn in Tagen oder Wochen ankündigte.

Hier ist eine Selbstkritik für die Westler notwendig: Entweder haben ihre Nachrichtendienste nicht gesehen, was passiert ist, und sie sind sehr schlecht, oder die politischen Entscheidungsträger haben sich dazu entschieden, ihnen nicht zuzuhören. Wir wissen, dass russländische Nachrichtendienste westlichen Diensten analytisch weit überlegen sind. Wir wissen auch, dass die US-amerikanischen und deutschen Nachrichtendienste die Situation seit Ende 2021 sehr gut verstanden hatten und wussten, dass die Ukraine sich auf einen Überfall auf den Donbass vorbereitete.

¹⁵ Anmerkungen des Verteidigungsministeriums Russlands zum abgebildeten Beutedokument (Übersetzung a. d. Russischen von Rainer Böhme):

Originale geheimer Chiffretelegramme an den Kommandeur der 4. Brigade der Nationalgarde der Ukraine, die von russländischen Militärs erbeutet wurden:

- Veröffentlicht ist der geheime Befehl des Befehlshabers der Nationalgarde der Ukraine Generaloberst Balana vom 22. Januar 2022;
- Adressiert ist das Dokument an die fünf Chefs der Territorialverwaltungen der Nationalgarde der Ukraine (Nord, Kiew, Süd, Odessa, West);
- Im Befehl wird der *Plan der Vorbereitung* einer der Schlaggruppierungen für die Offensivhandlungen in der Zone der sog. „Operation der Vereinten Kräfte“ im Donbass ausführlich beschrieben;
- Alle Maßnahmen der Gefechtsvorbereitung der Nationalgardisten müssen bis zum 28. Februar [2022] abgeschlossen sein, um damit im März 2022 einzutreten in die Erfüllung von Gefechtsaufgaben im Bestand der ukrainischen „Operation der Vereinten Kräfte“ im Donbass.

Минобороны #Россия #Украина

Daraus lässt sich schließen, dass die politischen Führer der USA und Europas die Ukraine absichtlich in den Konflikt getrieben haben, von dem sie wussten, dass er aussichtslos war, und zwar nur, um Russland einen politischen Schlag zu versetzen.

Der Grund, warum SELENSKYJ seine Streitkräfte nicht an die Grenze zu Russland entsandte und wiederholt behauptete, dass sein größerer Nachbar ihn nicht überfallen würde, war vermutlich, dass er dachte, auf die Abschreckung durch den Westen sei Verlass. Das sagte er [der CNN am 20. März](#) [2022]: Ihm sei klar gesagt worden, dass die Ukraine nicht Teil der NATO sein werde, aber dass sie öffentlich das Gegenteil sagen würde! So wurde die Ukraine instrumentalisiert, um Russland zu beeinflussen. Ziel ist die Schließung der Gaspipeline „North Stream 2“, die Joe BIDEN am 8. Februar [2022] während des Besuchs von [Olaf SCHOLZ angekündigt](#) hatte und der ein Schwall von Sanktionen folgte.

– Eine gescheiterte Diplomatie

Klar ist, dass der Westen seit Ende 2021 keine Anstrengungen unternommen hat, um die *Minsker Vereinbarungen* zu reaktivieren, wie die Berichte über Besuche und Telefongespräche, insbesondere [zwischen Emmanuel MACRON und Wladimir PUTIN](#), belegen. Frankreich hat jedoch als Garant der Minsker Vereinbarungen und als ständiges Mitglied des *Sicherheitsrates der Vereinten Nationen* seine Verpflichtungen nicht eingehalten, was zu dieser Situation geführt hat, in der sich die Ukraine heute befindet. Es gibt sogar die Wahrnehmung, dass Westler seit 2014 versucht haben, Öl ins Feuer zu gießen.

So wurde die Versetzung der Atomstreitkräfte [Russlands] in eine [die erste] Bereitschaftsstufe durch Wladimir PUTIN am 27. Februar [2022] von unseren Medien und Politikern als irrationaler Akt oder Erpressung dargestellt. Was vergessen wird, ist, dass sie der kaum verhüllten Drohung folgte, die [Jean-Yves LE DRIAN](#) [Frankreichs Außenminister] drei Tage zuvor gestartet hatte, der andeutete, dass [die NATO Atomwaffen einsetzen könnte](#). Es ist sehr wahrscheinlich, dass PUTIN diese „Bedrohung“ nicht ernst nahm, sondern die westlichen Länder – und insbesondere Frankreich – dazu drängen wollte, die übermäßige Wortwahl [Lexik] aufzugeben.

– Die Anfälligkeit der Europäer für Manipulationen nimmt zu

Heute besagt die von unseren Massenmedien propagierte Wahrnehmung, dass die Offensive Russlands gebrochen ist, dass [Wladimir PUTIN verrückt](#), irrational ist und daher bereit ist, alles zu tun, um aus der Sackgasse heraus-zukommen,

in der er sich befinden würde. Die Frage, die der republikanische Senator Marco [RUBIO bei der Anhörung von Victoria NULAND](#) vor dem Kongress stellte, ist in diesem völlig emotionalen Kontext zumindest merkwürdig: „Wenn es in der Ukraine einen Vorfall oder Angriff mit biologischen oder chemischen Waffen gibt, haben Sie irgendeinen Zweifel in Ihrem Kopf, dass es eine 100 %ige Chance gibt, dass die Russen verantwortlich sind?“ Natürlich antwortet sie, dass es keinen Zweifel gibt. Dennoch gebe es absolut keinen Hinweis darauf, dass die Russen solche Waffen einsetzen. Darüber hinaus haben die Russen bis [2017 ihre Bestände vernichtet](#), während Amerikaner [sie noch nicht zerstört haben](#) ... Vielleicht bedeutet es nichts. Aber in der gegenwärtigen Atmosphäre sind alle Bedingungen für einen Zwischenfall gegeben, der die Westler wahrscheinlich dazu bringen wird, sich in der einen oder anderen Form stärker am Konflikt in der Ukraine zu beteiligen (Zwischenfall „Unter falscher Flagge“). •

* * *

Autor: JACQUES BAUD¹⁶

Er ist ehemaliger Oberst des Generalstabs, ehemaliges Mitglied des strategischen Nachrichtendienstes der Schweiz und Spezialist für die östlichen Länder. Er wurde in den amerikanischen und britischen Geheimdiensten ausgebildet. Er war Leiter für die Friedensoperationen der VN. Als UN-Experte für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen konzipierte und leitete er die erste multidimensionale UN-Nachrichteneinheit im Sudan. Er hat für die Afrikanische Union gearbeitet und war fünf Jahre lang bei der NATO für den Kampf gegen die Verbreitung von Kleinwaffen zuständig. Kurz nach dem Zusammenbruch der UdSSR war er an Gesprächen mit den höchsten russischen Militär- und Geheimdienstvertretern beteiligt.

Er ist Autor mehrerer Bücher über Geheimdienste, Krieg und Terrorismus.

* * *

Übersetzung a. d. Französischen/Englischen/Russischen: Rainer Böhme 15. April 2022

¹⁶ Jacques Baud. In: Die militärische Lage in der Ukraine. The Postil Magazine.
Abruf am 19.04.2022. [The Military Situation In The Ukraine – The Postil Magazine](#)



Ein durchdachter 'Plan B' für den Ukraine-Krieg

Redaktion

30. März 2022

Nun sind schon 33 Tage und Nächte der „Speziellen militärischen Operation“ Russlands in der Ukraine vergangen. Das ist ein guter Zeitpunkt, um das Geschehene zu analysieren. Aber nicht im Sinne des üblichen Stils der Sofa-Strategen „Alle sind Dummköpfe und ich bin d'Artagnan“, sondern immer noch ausgehend von dem Axiom, dass die Operation von gescheiten Leuten vorbereitet wurde.

Die MOST-Redaktion mag Genossen PUTIN kritisch betrachten, wir halten aber den handelnden Präsidenten Russlands nicht für leichtsinnig, geschweige denn für dumm. Dementsprechend halten wir auch die Militärführung, die diese Operation geplant hat, nicht für Dummköpfe.

Also, was haben wir seit dem 24. Februar im Verlauf der Militäroperation an Merkwürdigkeiten und Ungewöhnlichem erlebt? Das Erstaunlichste und Ungewöhnlichste ist, dass die Operation mit relativ geringen Kräften, aber über ein riesiges territoriales Ausmaß erstreckt und in fast alle möglichen Richtungen durchgeführt wurde.

Das ist ungewöhnlich und merkwürdig. Wir erwarten sofort den Einwand, dass dies daran liegt, dass man sich auf ein „Krim-Szenario“ wie 2014 vorbereitet hat ... Aber seien wir ehrlich – Putin ist alles andere als ein Idiot. Er kann warten und hoffen auf ein „Krim-Szenario“ so viel er will, aber wir werden nie glauben, dass er diese riesige Operation nur mit einem 'Plan A' und ohne 'Plan B' begonnen hat ... Nun, Bürger: Wer in der Realität 'A' sagt – muss auch 'B' sagen.

¹⁷ „Das MOST Magazin ist eine Online-Publikation über zeitgenössische Kultur. Wir verteidigen und erklären neue Kunst, sprechen über das Schmerzhaftes und bieten interessante Ereignisse in St. Petersburg und Moskau.“ Registrierungsbescheinigung EL Nr. FS 77-79440.

Quelle: Abruf 02.04.2022 <https://most.report/hitryj-plan-b-dlya-voyny-na-ukraine/>.

Das heißt, neben dem „Krim-Szenario“ (siehe oben: wir halten niemanden für dumm) wurde im Kreml und im Generalstab der Streitkräfte Russlands frühzeitig auch eine Variante ins Auge gefasst, bei der es kein „Krim-Szenario“, sondern eine reale militärische Operation mit realen Gefechten geben würde.

Und was war dieser russische 'Plan B'? Versuchen wir, ihn auf der Grundlage objektiver Faktoren und allgemein bekannter Fakten zu verstehen.

Erstens: Die russische Militäroperation begann ganz anders als alle großen, im Maßstab vergleichbaren militärischen Operationen in den letzten 30 Jahren. Der Hauptunterschied besteht darin, dass die Bodenoffensive ohne vorherige Luftvorbereitung eingeleitet wurde. Zum Beispiel begann der US-amerikanische „Wüstensturm“ 1991 mit Luft- und Raketenschlägen über eine Zeitdauer von 37 Tagen.

Der Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 muss auch im Zusammenhang mit der jahrelangen (richtig: jahrelangen!) Vorbereitung durch Raketen-/Luftschläge vor Beginn der Bodenoffensive gesehen werden. Wir haben einfach vergessen, dass die USA seit 1991 eine Flugverbotszone über den Irak verhängt hatten und diese 12 Jahre lang, bis zur vollständigen Besetzung des Irak im Jahr 2003, aufrechterhalten haben. Zugleich führten die USA von 1991 bis Anfang 2003 regelmäßig Raketen- und Bombenschläge auf irakisches Territorium. Spüren Sie das Ausmaß? – 12 Jahre lang wurden periodische Luftschläge [also mit Unterbrechungen] durchgeführt ...

Dabei ist der Irak flächenmäßig ein Drittel kleiner als die Ukraine. Aber im Irak sind 57 % Wüste, wo sich keine Ziele befinden. Das heißt, die tatsächliche Fläche, auf der sich die wichtigsten militärischen Einrichtungen und die gesamte kritische Infrastruktur befinden, ist im Irak fast dreimal kleiner als in der Ukraine. Die USA und ihre Verbündeten hatten 1991 ca. 2.000 Flugzeuge in diesem Raum stationiert – fast dreimal mehr Flugzeuge als die russischen Luftstreitkräfte heute in der Ukraine einsetzen.

Und noch einmal: Unter diesen Bedingungen hat die US-Koalition den Irak über einen Monat lang, ganze 37 Tage vorher „ermattet“, unter anderem durch Teppichbombardements. Russland hat dies nicht getan. Und warum? Man wird sagen, aus Humanität und weil man einfach mit dem „Krim-Szenario“ rechnete. Einschub – wir halten die Führung Russlands nicht für Idioten und erinnern an den verbindlichen 'Plan B' für den Fall, dass das „Krim-Szenario“ scheitert ...

Konnte Russland nach 'Plan B' den Krieg mit Raketen- und Luftschlägen zur „Ermattung“ der Ukraine beginnen, bevor es die Bodenoffensive beginnt, so wie es die USA im Irak getan haben? Die Antwort ist ganz einfach: Russland konnte das nicht.

Stellen Sie sich vor, Russland beginnt ab dem 24. Februar mit Raketenstarts und Flugzeugstarts die Bekämpfung der *Verteidigungsstreitkräfte der Ukraine* [VSKU], aber die Bodenoffensive beginnt nicht. Was würde unter solchen Bedingungen geschehen? Unter solchen Bedingungen (die Ukraine ist größer als der Irak, und die russische Luftwaffe ist viel kleiner als die der USA und ihrer Verbündeten) werden die Streitkräfte des Kiewer Regimes bei Weitem nicht sofort aus der Luft „ermattet“. Aber durch das Fehlen der Bodenoffensive wird den Artillerie- und vor allem den ernst zu nehmenden Raketentruppenteilen der VSKU Handlungsfreiheit gelassen. Freie Hand, um Antwortschläge auf das Territorium Russlands zu führen. Und allein die Landgrenze zwischen Russland und der Ukraine ist 1.926 km lang, wenn man sich recht entsinnt. Fast zweitausend Kilometer! Gut, ein paar hundert davon sind durch [die beiden Republiken] DNR und LNR gedeckt, aber es bleiben noch mehr als tausend Kilometer vollständig offene Grenze.

Wo liegt der wichtigste und allergrößte Erfolg Russlands während der Bodenoffensive? Richtig – in Nord-Taurien. In nur 2–3 Tagen hat die russländische Armee die mögliche Einwirkungszone der VSKU mit Raketen und Artillerie auf 100–190 km von der Krim wegverschoben. Stellen wir uns nun vor, Russland würde die militärische Operation mit langandauernden Bombardierungen aus der Luft beginnen, ohne eine Offensive am Boden. Nun, wie wir uns das bereits klar gemacht haben, kann die gesamte Ukraine nicht für mehrere Tage – oder gar Wochen oder Monate – bombardiert werden. Das würde der VSKU die Möglichkeit verschaffen, von ihren bisherigen Standorten aus, das russländische Territorium zu beschießen.

Zum Beispiel erreichen aus dem Raum Genitschesk in der Nähe der Krim die Raketen „Totschka-U“ nicht nur Simferopol, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit auch selbst die Krim-Brücke. Und aus den nördlichen und östlichen Räumen des Gebiets Sumy aus wird „Totschka-U“ problemlos Brjansk, Kursk, Belgorod abdecken ... Und aus dem Norden der Gebiete Shitomir, Kiew und Tschernigow wird „Totschka-U“ zum Beispiel problemlos das weißrussische

Mosyr und Gomel abdecken, die heute die Hauptbasen für den Angriff auf Kiew und Tschernigow sind.

Hinzu kommt, dass der Norden der Krim im Allgemeinen durch Artillerie und Geschosswerfer [GeW, MLRS] abgedeckt wird. Der neue, 2018 entwickelte ukrainische Geschosswerfer „Olcha“ ist in der Lage, Perekop und Simferopol zu erreichen. Und ich wiederhole: Alle Raketen und [Mehrfachraketen-] Geschosswerfer können nicht in den ersten 24 Stunden durch die Luftschläge bekämpft werden. Sie können auch nicht in der ersten Woche ausgelöscht werden. Und selbst im ersten Monat werden sie durch Luftschläge allein nicht vollständig vernichtet.

Die wirkliche Chance, den gesamten riesigen Bogen der Landgrenze von Mosyr bis Simferopol gegen Beschuss zu sichern, liegt in der plötzlichen und schnellen Bodenoffensive. Damit kann die Linie, von der aus die VSKU mit Waffen einwirken kann, sofort und schnell verschoben werden. Das wurde Ende Februar dieses Jahres [2022] vollzogen ...

Deshalb wurde die „Spezielle militärische Operation“ eingeleitet, ohne dass die VSKU zuvor aus der Luft „ermattet“ wurden. In diesem Fall wurde, wie bei jedem vernünftigen Plan, ein Komplex von Aufgaben auf einmal gelöst.

Erstens. Es wurde die operative Überraschung des Schlags erreicht (nicht die strategische, sondern die operative).

Zweitens. Der unerwartete Vorstoß tief in die Ukraine ermöglichte die Besetzung einer Reihe von günstigen Abschnitten – allein das rasche Forcieren des Dnepr bei Kachowka und Cherson ist wirklich Heldentat und großer militärischer Erfolg.

Drittens. Dieses Ausmaß einer überall begonnenen Offensive – von Kiew bis zur Krim – hat alle Kräfte und Reserven der VSKU in der gesamten Ukraine gebunden. Ein größeres Manöver mit organisierten Armeereserven aus dem Westen des Landes nach Osten, in den Donbass und nach Taurien, war in den ersten Tagen des Krieges nicht möglich.

Viertens. Es war, wie bereits oben erläutert, durch eine schnelle, unerwartete Offensive ohne vorherige Vorbereitung aus der Luft möglich, die Abschusslinie [Ausgangslinie] für Raketen und [Feuerlinie] der Artillerie um viele Dutzend, wenn nicht gar hundert oder mehr Kilometer in die Tiefe zu verschieben. Damit wurden die Krim und die an die Ukraine angrenzenden Gebiete Russlands und Weißrusslands sofort wesentlich sicherer vor möglichen Raketenschlägen und

Geschosswerfer-Beschuss. Einzelne Überfälle durch verdeckt eindringende [manövrierende] Gefechtsfahrzeuge sind zwar immer noch möglich, aber kein massiver Beschuss.

Noch ein weiterer wichtiger Punkt der zielstrebigsten und unerwarteten Angriffe der ersten Tage muss erklärt werden. In unserem vernünftigen 'Plan B' würde die Hauptstadt der Ukraine, die Megametropole Kiew, nicht im Sturm zu nehmen sein – mit Kräften von 10–20 Tausend oder sogar 30 Tausend Soldaten kann die Hauptstadt nur in der Fantasie oder in einem realen „Krim-Szenario“ eingenommen werden.

Der Durchbruch, von Weißrussland aus, westlich von Kiew nach Gostomel und Wasilkow, mit waghalsigen Fallschirmjägern, galt nicht so sehr der Einnahme der ukrainischen Hauptstadt, sondern etwas Anderem und noch Wichtigerem. Im Wesentlichen wird damit das gesamte Transport- und Schienennetz der Ukraine in zwei Teile zerschnitten. Die wichtigsten und besten Verkehrswege (Schiene und Straße) führen genau durch Kiew. Alle Arterien über den Dnjepr südlich von Kiew sind viel bescheidener und können, wenn nötig, viel leichter von den Fliegerkräften abgedeckt werden, weil das Luftabwehrsystem dort viel bescheidener ist als rund um die Hauptstadt der Ukraine ... Mit einem Wort, der Hauptzweck des Sprungs in Richtung Kiew ist ein ganz anderer – nicht die Einnahme Kiews, sondern die Liquidierung Kiews als wichtigstes logistisches Zentrum des ganzen Landes. Und dies wurde in den ersten Tagen ausgeführt.

Aber lassen Sie uns Überlegungen über den vernünftigen 'Plan B' fortsetzen. Die russischen Truppen rückten in der operativen Überraschung der ersten Tage in all den Richtungen vor, die für die Sicherheit des eigenen Territoriums der Russischen Föderation [RF] selbst entscheidend waren. Wie ging es weiter? Und dann stellen wir fest, dass jeder aktive Angriff durch die russische Armee praktisch eingestellt wurde. Die „Ermattung“ der VSKU aus der Luft und die methodische Zerstörung der militärischen Infrastruktur der Ukraine sowie strategischer Benzin- und anderer Treib- und Schmierstoffreserven begonnen hat.

Warum ist der aktive Angriff eingestellt worden? Weil die VSKU und anderen Kräfte des Kiewer Regimes sich von der Überraschung der ersten Tage erholt haben. Unter solchen Bedingungen den forschenden Angriff auf einen Gegner ohne „Ermattung“ aus der Luft fortzusetzen, ist natürlich möglich, aber es würde eine

ernsthafte Zunahme der Verluste bedeuten. Die Führung der RF ist eindeutig darauf bedacht, hohe Verluste zu vermeiden.

Aber es gibt noch einen weiteren Grund, der für eine oberflächliche Wahrnehmung nicht ganz so offensichtlich ist. Welcher?

Zum einen müssen wir verstehen, dass Russland diesen Krieg im Wesentlichen als eine „Armee der Friedenszeit“ begonnen hat. Unabhängig davon, wie viel „syrische“ und „tschetschenische“ Kampferfahrung die Offiziere haben mögen, sind die Streitkräfte der Russischen Föderation bis zum 24. Februar 2022 eine „Armee der Friedenszeit“ mit einer gewissen Erfahrung aus dem lokalen Krieg gegen einen Gegner mit Rebellencharakter, d. h. der über keine ernsthaften artilleristischen und gepanzerten Kräfte und Mittel verfügt.

Aber die VSKU sind eine Streitmacht mit einer Vielzahl von Artillerie und Panzertechnik. Außerdem handelt es sich um eine Armee mit umfassender und langjähriger Erfahrung (2014–2022) aus einem Artilleriekrieg. Darüber hinaus sind die VSKU eine Armee, in der in den letzten acht Jahren aktiv Propaganda der Kriegszeit im militärischen Stil betrieben wird. Wir werden nicht über den Inhalt dieser Propaganda sprechen, aber aus technischer Sicht wurde sie äußerst aktiv und ernsthaft geführt. Kurz gesagt, die russische „Armee der Friedenszeit“ hat den Krieg gegen eine zwar technisch schwächere Armee aufgenommen, die sich aber seit acht Jahren im Krieg befindet.

Befehle und Erfahrungen einzelner Veteranen besiegen allein niemals und nirgends die Trägheit der Friedenszeit. Sie kann nur durch den Krieg vollständig überwunden werden! Deshalb ist der aktive russische Angriff seit der ersten Märzdekade in fast allen Richtungen eingestellt – die Armee Russlands, die strategisch günstige Abschnitte besetzt hat, wartet auf die Ergebnisse der „Ermattung“ aus der Luft; sie bindet den Gegner und zerdrückt ihn langsam, während sie nach Möglichkeit die lebenden Kräfte schont und mit jedem Tag die Trägheit der Friedenszeit überwindet.

Gleichzeitig hat Russland aufgrund seiner Luftherrschaft und der anfänglichen „Aufsplitterung“ der Kräfte und Reserven der VSKU in alle Teile der Ukraine die Möglichkeit, durch eine Verringerung der Aktivitäten die oben genannten Ziele vorzubereiten. Die Luftherrschaft ermöglicht nicht nur mit jedem neuen Tag die „Ermattung“ VSKU, sondern verhindert auch, dass die ukrainischen Streitkräfte ernsthafte Gegenangriffe oberhalb der taktischen Ebene durchführen können. Die VSKU sind zu taktischen Schlägen fähig und führen diese

auch aktiv durch, aber sie sind nicht in der Lage, mehr zu tun, auch nicht gegen die zum Stehen gekommenen Streitkräfte der RF. Deshalb hat die russische Armee das Tempo „gedrosselt“ und „wartet“ an günstigen Abschnitten auf die „Ermattung“ aus der Luft und bereitet aktiv weitere Ereignisse vor ...

Und was in den überschaubaren Wochen wahrscheinlich geschehen wird, ist, dass die teilweise Blockade Kiews fortgesetzt wird, ohne dass ein Versuch der Erstürmung unternommen wird und zwar vor dem Hintergrund von Schlägen auf die VSKU aus anderen Richtungen, vor allem im Donbas und möglicherweise am rechten Ufer des Dnjepr.

Das ist dieser 'Plan B', der sich aus allgemein bekannten Fakten der objektiven Realität und einem Axiom ableitet, nämlich dass im Kreml und im Generalstab der Streitkräfte der RF keine Idioten sitzen.

Und die zahlreichen Arten von politischen Manövern und Verhandlungen? Einschließlich der gestrigen [am 29. März] am Bosphorus? Das ist alles Ritual. Präsident SELENSKIJ und generell jeder Offizielle in Kiew können es sich im aktuellen Zustand nicht leisten, die Krim als russländisch und die Donezk-Republiken als souverän anzuerkennen. Demzufolge können es sich Präsident PUTIN und jeder Offizielle in Russland nicht leisten, von diesen Forderungen jetzt abzurücken. Es wird also noch viele solcher „Verhandlungen“ inmitten des andauernden Krieges geben ... Erst gestern [am 29. März] hat PUTIN seinem „Kollegen“ ERDOGAN eine Möglichkeit verschafft, als Geopolitiker und als Friedensstifter zu punkten – denn hat Erdogan in einem Jahr Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in einer sehr gespaltenen Türkei.

Aber wir sind von der militärischen Analyse zur politischen Analyse gelangt. Deshalb endet unsere Sofa-Analyse. Wir betonen nur, dass unsere Sofa-Analyse nur ein einziges, aber gewichtiges Plus hat – wir halten die Akteure des derzeitigen Krieges nicht für dümmer als uns selbst. ●

DOKUMENTATION

Mitteilung der Präsidialverwaltung der Ukraine:¹⁸

ERLASS

des Präsidenten der Ukraine № 117/2021

Zum Beschluss des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine vom 11. März 2021 „Über die Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes und zur Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“

In Übereinstimmung mit Artikel 107 der Verfassung der Ukraine
w i r d a n g e o r d n e t:

1. Der Beschluss des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine vom 11. März 2021 „Über die Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes und zur Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“ (beigefügt) ist umzusetzen.
2. Die Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes und zur Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (beigefügt) wird bestätigt.
3. Die Kontrolle über die Umsetzung des Beschlusses des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, der durch diesen Erlass in Kraft gesetzt wurde, wird dem Sekretär des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine übertragen.
4. Dieser Erlass tritt mit dem Datum seiner Veröffentlichung in Kraft.

Präsident der Ukraine W. Selenskij

24. März 2021

¹⁸ Anmerkungen zu den Übersetzungen:

Dokumente und Institutionen sind in kursiv gesetzt und Namen in KAPITÄLCHEN ausgeführt. Häufig verwendete Begriffe sind in Versalien abgekürzt. Erklärungen und Ergänzungen des Übersetzers sind in eckigen Klammern [...] und Fußnoten gezeigt. Militärische Fachbegriffe entsprechen den Empfehlungen aus dem Militärwörterbuch Russisch–Deutsch (Militärverlag der DDR, Berlin 1979). Die Übersetzung zeigt eine ergänzte Textgliederung, Hervorhebungen, Erläuterungen in [] (mit Microsoft Translator).

Quelle: Abruf am 23.03.2022 <https://president.gov.ua/documents/1172021-37533>

DOKUMENTATION

Mitteilung der Präsidialverwaltung der Ukraine:¹⁹

Inkraft

durch Erlass des Präsidenten der Ukraine
vom 24. März 2021 Nr. 117/2021

BESCHLUSS

**des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der
Ukraine**

vom 11. März 2021

**Über die Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes und zur
Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien
der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol**

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Artikel 4 des Gesetzes der Ukraine „Über den Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine“ **hat** der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, nach Prüfung des Entwurfs der Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes und zur Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, **beschlossen:**

1. Dem Entwurf der Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes und zur Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol wird zugestimmt.
2. Dem Präsidenten der Ukraine wird vorgeschlagen, die Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes und zur Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol zu bestätigen.
3. Das Ministerkabinett der Ukraine hat innerhalb von drei Monaten einen Maßnahmenplan zur Umsetzung der Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes und zur Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol entwickeln und genehmigen.

**Sekretär des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine
O. DANILOW**

¹⁹ Quelle: Abruf 23.03.2022 (mit Microsoft Translator): <https://president.gov.ua/documents/1172021-37533>

DOKUMENTATION

Mitteilung der Präsidentialverwaltung der Ukraine:²⁰

BESTÄTIGT

durch Erlass des Präsidenten der Ukraine
vom 24. März 2021 Nr. 117/2021

STRATEGIE

zur Beendigung des Besatzungsregimes und Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol

Präambel

Die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, die 2014 begann, führte zur vorübergehenden Besetzung unverzichtbarer Teile des Territoriums der Ukraine – der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, bestimmter Territorien in den Regionen Donezk und Luhansk, durch die Russische Föderation. Dadurch wurde der erste Präzedenzfall in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen, indem versucht wurde, einen Teil des Territoriums eines Staates durch einen anderen Staat zu annektieren.

Die Russische Föderation hat als eine der Seiten des Memorandums über Sicherheitsgarantien im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1994 [[Budapester Memorandum](#)] ihre internationalen Verpflichtungen aus diesem internationalen Vertrag grob missachtet, eines der Grundprinzipien des Völkerrechts über die Unverletzlichkeit der Grenzen verletzt und die Architektur des europäischen Sicherheitssystems revidiert.

Durch die Umsetzung aggressiver außenpolitischer Strategien militarisiert die Russische Föderation aktiv das vorübergehend besetzte Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol und schafft damit einen militärstrategischen Brückenkopf für die Ausweitung der Zone des bewaffneten Konflikts von der Halbinsel Krim auf den Mittelmeerraum, den Nahen Osten und Afrika.

Die Halbinsel Krim wird allmählich zum Militärstützpunkt der Russischen Föderation und wird zu einer Quelle der Gefahr und Bedrohung für die Stabilität Europas und der ganzen Welt. Und im Falle der Stationierung taktischer

²⁰ Die Übersetzung zeigt eine ergänzte Textgliederung, Hervorhebungen, Erläuterungen in [].
Quelle: Abruf 23.03.2022 (mit Microsoft Translator) <https://president.gov.ua/documents/1172021-37533>

Kernwaffen und ihrer Trägermittel auf dem Territorium der Halbinsel Krim zerstört die Russische Föderation das internationale Regime der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, verwandelt das vorübergehend besetzte Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol in ein potenzielles militärisches Ziel, gefährdet die Sicherheit und das Leben der ukrainischen Bürger.

Im temporär besetzten Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol verletzen die Russische Föderation und ihre Besatzungsverwaltung systematisch die Menschenrechte und die Grundfreiheiten, insbesondere das Recht auf Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Meinungs- und Religionsfreiheit. Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und das Völkerstrafrecht werden begangen. Politisch motivierte Strafverfolgungen und die systematische Verfolgung von Personen werden durchgeführt, die die Besetzung des Territoriums der Ukraine durch die Russische Föderation verurteilen. Die Einberufung der lokalen Bevölkerung zum Militärdienst der Besatzungsmacht wird durchgeführt. Ein Massenzwang der lokalen Bevölkerung zur Erlangung der Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation wird ausgeübt. Illegale Inhaftierungen, Durchsuchungen werden durchgeführt, Folter angewendet wird, das Recht auf ein faires Verfahren wird verletzt.

Seit Beginn der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation wurde der Zugang zu ukrainischen Informationsressourcen systematisch und massenhaft blockiert. Insbesondere betrifft dies Medien, offizielle Websites der staatlichen Behörden der Ukraine, der lokalen Selbstverwaltungsorgane und anderen Machtsubjekten sowie Websites einzelner öffentlicher Vereinigungen im Internet. Das macht russische Propaganda-Informationsquellen manchmal zu den einzigen verfügbaren Informationsquellen, auf die Bürger der Ukraine in dem vorübergehend besetzten Territorium der Ukraine zugreifen können.

Die Russische Föderation und ihre Besatzungsverwaltung im vorübergehend besetzten Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol verletzen die Rechte der autochthonen Völker und nationalen Minderheiten der Ukraine, insbesondere das Recht auf ethnische Identität, kulturelle und sprachliche Identität, Meinungs- und Religionsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Formierung. Belästigung und systemische Manifestationen der

Diskriminierung aus ethnischen und religiösen Gründen werden beobachtet, begleitet von gezielter Politik auf Wandel der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung. Aus dem vorübergehend besetzten Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol werden Ukrainer und Vertreter autochthoner Völker verdrängt, Zeichen ihrer nationalen Identität zerstört.

Die Russische Föderation und die Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation ergreifen Maßnahmen in Bezug auf die illegale Beschlagnahme, Nutzung und Veräußerung von Eigentum, einschließlich Grundstücken, die sich auf dem vorübergehend besetzten Territorium der Ukraine befinden und sich im Besitz des Staates Ukraine, der Autonomen Republik Krim, territorialer Gemeinwesen, darunter der territorialen Gemeinwesen der Stadt Sewastopol, sowie der Bürger und juristischen Personen der Ukraine befinden.

Zum Schaffen der Voraussetzungen

- für die Beendigung des Besatzungsregimes und sichere Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol zu schaffen, zur Neutralisierung der Bedrohungen für die nationale und internationale Sicherheit, zur Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten
- auf der Grundlage der Erklärung über die staatliche Souveränität der Ukraine und der Verfassung der Ukraine, geleitet von der „Charta der Vereinten Nationen“ bzw. der „Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten“ zur Charta der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1970, der Schlussakte des Treffens über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975, der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Über die territoriale Unversehrtheit der Ukraine“ vom 27. März 2014 Nr. 68/262, der Bestimmungen über Handlungen anderer internationaler Organisationen, denen die Ukraine angehört,
- unter Berücksichtigung des Gesetzes der Ukraine „Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger und des Rechtsregimes im vorübergehend besetzten Territorium der Ukraine“, der „Strategie der Nationalen Sicherheit der Ukraine“, bestätigt durch das Dekret des Präsidenten der Ukraine vom 14. September 2020 Nr. 392, der Resolution der Werchowyna Rada der Ukraine v. 22. September 2016 Nr. 1602-VIII „Über Empfehlungen

der parlamentarischen Anhörungen zum Thema: 'Strategie der Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol in die Ukraine: problematische Fragen, Wege, Methoden und Methoden“

bestimmt die Ukraine die Strategie „zur Beendigung des Besatzungsregimes und zur Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“.

Allgemeine Bestimmungen

1. Die Politik der Beendigung des Besatzungsregimes und Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (im Folgenden als vorübergehend besetzte Territorien bezeichnet) besteht aus einem ganzen Elementekomplex zur Durchführung einer Reihe von Maßnahmen diplomatischer, militärischer, wirtschaftlicher, informationeller, humanitärer und anderer Art.
2. Eines der wichtigsten Elemente der Politik der Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien ist die Anwendung eines inklusiven sozialen Dialogs unter Beteiligung der Institutionen der Zivilgesellschaft, ihre Beteiligung am Prozess der Ausarbeitung und Umsetzung von Politiken und Mechanismen zur Herstellung und Wahrung des Friedens.
3. Die Formierung einer Politik der Beendigung des Besatzungsregimes und Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien in der Ukraine wird mit Maßnahmen zur Friedenskonsolidierung, zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Staates und zur Gewährleistung der weiteren gesellschafts-politischen und sozial-ökonomischen Entwicklung der Ukraine auf der Grundlage der europäischen und euro-atlantischen Integration kombiniert.
4. Die Ziele der staatlichen Politik zur Sicherstellung der Beendigung des Besatzungsregimes der vorübergehend besetzten Territorien und deren sicheren Wiedereingliederung sind:
 - die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Staatsgrenze unter Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine;
 - die Gewährleistung der nationalen Einheit, der Standhaftigkeit und des Zusammenhalts der ukrainischen Gesellschaft und des Staates der Ukraine;

- die Beendigung der Nutzung des vorübergehend besetzten Territorien für Aktivitäten, die die nationale Sicherheit der Ukraine bedrohen und/oder darauf abzielen, die internationale Sicherheit und den Frieden zu untergraben;
- die Festlegung der Rechtsgrundsätze der Übergangsjustiz;
- die Formierung und Umsetzung von Politiken in den Bereichen Recht, Soziales, Bildung, Information, Humanitäres und anderen Bereichen, um das Vertrauensniveau zu erhöhen und zu stärken, die Rechte und legitimen Interessen der ukrainischen Bürger zu gewährleisten, die unter der vorübergehenden Besetzung gelitten haben;
- die Gewährleistung einer nachhaltigen gesellschafts-politischen, humanitären und wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine in Übereinstimmung mit bestimmten Grundsätzen der Innen- und Außenpolitik sowie dem strategischen Kurs des Staates, die Vollmitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union und der Nordatlantik-Vertragsorganisation zu erlangen.

Leitlinien

5. Das Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Territoriums der Ukraine.
6. Die Ukraine wirkt konsequent mit allen Mitteln gegen Versuche durch die Russische Föderation, die Annexion vorübergehend besetzter Territorien zu legitimieren und diese Territorien in den rechtlichen, politischen, sozio-ökonomischen, humanitären und informationellen Raum der Russischen Föderation zu integrieren.
7. Die Ukraine erkennt die Ergebnisse der sogenannten „Referenden und Wahlen“, die in dem vorübergehend besetzten Territorium unter Verletzung der ukrainischen Gesetzgebung und des Völkerrechts abgehalten wurden, nicht an und wird dies auch nicht tun.
8. Die Ukraine betont die Priorität politischer und diplomatischer Mittel zur Beilegung des von der Russischen Föderation entfesselten bewaffneten Konflikts, der Wiederherstellung und der Friedenskonsolidierung.
9. Die Ukraine behält sich das Recht vor, alle im Völkerrecht und in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen Mittel anzuwenden, um die Menschenrechte und Freiheiten sowie die nationalen Interessen zu schützen, die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Staatsgrenze wiederherzustellen und staatliche Souveränität zu gewährleisten.

10. Die Ukraine erklärt alle Transaktionen für ungültig, die von natürlichen und juristischen Personen in dem vorübergehend besetzten Territorium unter Verstoß gegen die Anforderungen der Gesetzgebung der Ukraine begangen wurden.

11. Die Ukraine erkennt den erzwungenen oder automatischen Erwerb der Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation durch Bürger der Ukraine, die sich auf dem vorübergehend besetzten Territorium aufhalten, nicht an und betrachtet dies als Zwangsakt gegen Bürger der Ukraine und als Verletzung des humanitären Völkerrechts.

12. Die Ukraine führt Maßnahmen im Bereich der Übergangsjustiz ein, insbesondere zum Ausgleich von Schäden, die im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, dem bewaffneten Konflikt, der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Ukraine, dem Schutz und der Wiederherstellung verletzter Rechte, der Strafrechtlichkeit der Verurteilung der Schuldigen, der Sicherung des Rechts auf Wahrheit über den bewaffneten Konflikt und der Verhinderung des Auftretens eines bewaffneten Konflikts in der Zukunft entstanden sind.

13. Die Ukraine verteidigt das Prinzip der Denuklearisierung und Entmilitarisierung der Halbinsel Krim, die Umwandlung der Schwarzmeerregion in ein Territorium des Friedens und der Sicherheit.

14. Die Ukraine formiert die Untersuchung für internationale Verbrechen, die von der Russischen Föderation und ihrer Besatzungsverwaltung in den vorübergehend besetzten Territorien begangen wurden – insbesondere zu Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Normen des humanitären Völkerrechts und des Völkerstrafrechts – und gewährleistet die Sammlung von Informationen über moralische und materielle Schäden und Verluste, die dem Staat Ukraine, seinen Bürgern und juristischen Personen im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, mit dem bewaffneten Konflikt und der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Ukraine zugefügt wurden.

15. Die Ukraine formuliert Rechtsgrundsätze und ergreift Maßnahmen, um den Bürgern der Ukraine zu helfen, die infolge der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, des bewaffneten Konflikts und der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Ukraine gelitten haben und um den ihnen zugefügten Schaden auszugleichen. Sie legt unter Berücksichtigung der

Normen des Völkerrechts die Rechtsgrundlagen fest, um diejenigen vor Gericht zu bringen, die an der Durchführung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, der Errichtung des vorübergehenden Besatzungsregimes und der Kontrolle über einen Teil der Ukraine beteiligt sind. Sie bestimmt die Gründe für die Anwendung von Amnestie und Lustration.

16. Die Ukraine steht zu ihrer Position, dass eine Abschwächung der Sanktionen (Verringerung der Anzahl, des Umfangs und der Kontrollformen über den tatsächlichen Zustand) und personeller, spezieller, wirtschaftlicher und anderer restriktiver Maßnahmen, die von der Ukraine, ausländischen Staaten, internationalen (zwischenstaatlichen) Organisationen (Vereinigungen) gegenüber der Russischen Föderation, ihren natürlichen und juristischen Personen verhängt wurden, nicht zuzulassen ist, bis das Ziel ihrer Einführung erreicht ist. Sie setzt auf die Notwendigkeit, den Sanktionsdruck auf die Russische Föderation zu erhöhen, einschließlich auf die Einführung neuer Sanktionen, um die Beendigung des Besatzungsregimes im Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol sicherzustellen.

17. Die Ukraine wendet eine Sonderregelung für die Ein- und Ausreise aus dem vorübergehend besetzten Territorium an, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, kritische Infrastrukturen zu schützen und die Ausbreitung terroristischer und anderer Bedrohungen aus dem vorübergehend besetzten Territorium zu verhindern.

18. Die Ukraine überwacht ständig das Überschreiten ihrer Staatsgrenze und das Überschreiten der Verwaltungsgrenze zum vorübergehend besetzten Territorium und ergreift Maßnahmen im Einklang mit den Rechtsvorschriften der Ukraine, um Personen, die illegal in das vorübergehend besetzte Territorium einreisen, vor Gericht zu stellen.

19. Die Ukraine ergreift notwendige soziale, humanitäre, erzieherische, kommunikative, rechtliche, medizinische und sonstige Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ukrainische Bürger, die in den vorübergehend besetzten Territorien leben, ihre Rechte und legitimen Interessen in dem von der Ukraine kontrollierten Territorium umsetzen können.

20. Die Ukraine schafft die Voraussetzungen für das Wachstum und die Stärkung des Vertrauens der ukrainischen Bürger, die in den vorübergehend besetzten Territorien leben, in die staatlichen Behörden der Ukraine und andere Subjekte der Staatsmacht.

21. Die Ukraine entwickelt Maßnahmen zur Unterstützung im sozialen, humanitären, wirtschaftlichen, pädagogischen und medizinischen Bereich, die darauf abzielen, die Rechte und legitimen Interessen der ukrainischen Bürger wiederherzustellen, die infolge der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, des bewaffneten Konflikts und der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Ukraine, einschließlich derjenigen, die in dem vorübergehend besetzten Territorium leben, gelitten haben.

22. Die Ukraine bewertet jede Einfuhr/Ausfuhr von Militärgütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck in das/aus dem vorübergehend besetzten Territorium, die unter Verstoß gegen die ukrainischen Rechtsvorschriften im Bereich der Ausfuhrkontrolle erfolgt, als illegal.

Prioritäre Richtungen

23. Voraussetzungen für die Wiedereingliederung vorübergehend besetzter Territorien sind:

- die Entwicklung demokratischer Institutionen, Mechanismen zur Gewährleistung des Schutzes der Menschen- und Bürgerrechte, Freiheiten
- die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft, die eine schrittweise Annäherung der Lebensqualität in der Ukraine an europäische Standards gewährleisten sollte;
- die Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung, Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Staates, Verbesserung der Fähigkeiten und Entwicklung der Streitkräfte der Ukraine, anderer militärischer Formationen, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Ukraine gebildet wurden, der Strafverfolgungsbehörden, die Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes;
- die Erhöhung der nationalen Resilienz, Verhütung potenzieller Konflikte;
- die Lösung der Probleme Binnenvertriebener, die infolge der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, des bewaffneten Konflikts, der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Ukraine gelitten haben;
- die ständige Unterstützung und Entwicklung von Kontakten gesellschaftlich-humanitärer, kultureller und informationeller Natur mit Bürgern der Ukraine, die in den vorübergehend besetzten Territorien leben;
- die Förderung der Konsolidierung der ukrainischen Gesellschaft, der Formierung einer patriotischen, staatlichen Weltanschauung, der Bewahrung

und Entwicklung der geistigen und moralischen Werte des ukrainischen Volkes;

- die Konsolidierung der internationalen Bemühungen zur Erleichterung des Prozesses der Beendigung des Besatzungsregimes der vorübergehend besetzten Territorien, Lösung problemhafter Fragen im Zusammenhang mit der vorübergehenden Besetzung eines Teils des Territoriums der Ukraine durch die Russische Föderation, insbesondere Vermittlung während der Verhandlungen in verschiedenen internationalen Formaten, Überwachung, Unterstützung der Ukraine in militärtechnischen, wirtschaftlichen, humanitären und anderen Bereichen;
- die Gewährleistung der Verwirklichung des Rechts auf Bildung, das durch die Verfassung der Ukraine garantiert wird, für die Bürger der Ukraine, die in dem vorübergehend besetzten Territorium leben

Schutz der Menschenrechte und Freiheiten

24. Die staatliche Politik bezüglich der vorübergehend besetzten Territorien geht von der Priorität der Garantien für die Sicherheit der Menschen aus und trifft alle erforderlichen Maßnahmen, um ihre Rechte und Grundfreiheiten, den Zugang zur Bildung und medizinischen Versorgung, die Verwirklichung des Rechts auf Meinungs- und Religionsfreiheit sowie die Rechte in sozio-ökonomischen, kulturellen, informationellen und anderen Bereichen zu gewährleisten.

25. Die Ukraine erfasst alle Fakten der Verletzungen der Rechte, Freiheiten und berechtigten Interessen der ukrainischen Bürger durch die Russische Föderation, die Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation und die berechtigten Interessen der ukrainischen Bürger in vorübergehend besetzten Territorien. Sie ergreift Maßnahmen, um ihnen eine angemessene rechtliche Beurteilung, den Schutz und die Wiederherstellung der Rechte, Freiheiten und berechtigten Interessen zu ermöglichen.

26. Die Ukraine definiert als eine der vorrangigen Aufgaben ihrer Politik in Bezug auf vorübergehend besetzte Territorien, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Rechte und legitimen Interessen der ukrainischen Bürger sowie der Ausländer und Staatenlosen, die sich rechtmäßig in diesen Territorien aufhalten, zu schützen.

27. Die Ukraine bekräftigt die Notwendigkeit, alle Geiseln und illegal inhaftierten Personen freizulassen, die sich in den vorübergehend besetzten

Territorien oder Territorium der Russischen Föderation befinden, sowie alle Bürger der Ukraine, die von den Behörden der Russischen Föderation und der Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation aus politischen Gründen rechtswidrig verfolgt werden. Notwendig ist eine objektive Untersuchung aller Fälle des Verschwindens ukrainischer Bürger in den vorübergehend besetzten Territorien unter Beteiligung von Experten internationaler Organisationen.

28. Die Ukraine überwacht ständig die Entscheidungen und Handlungen der Russischen Föderation, der Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation in Bezug auf die vorübergehend besetzten Territorien, die die Rechte und legitimen Interessen von juristischen Personen und Bürgern der Ukraine sowie von Ausländern, Staatenlosen, die sich rechtmäßig in vorübergehend besetzten Territorien aufhalten, verletzen, und nimmt eine rechtliche Bewertung solcher Entscheidungen und Handlungen vor.

29. Die Ukraine unterstützt Initiativen zum Schutz der Menschenrechte und Freiheiten in den vorübergehend besetzten Territorien, indem sie die Einhaltung der Normen des Völkerrechts durch die Russische Föderation, die Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation, vor allem im Bereich Menschenrechte und Freiheiten sowie des humanitären Völkerrechts, überwacht.

30. Die Ukraine geht davon aus, dass internationale Organisationen und öffentliche Organisationen zum Schutz der Menschenrechte und Freiheiten in dem vorübergehend besetzten Territorium ständig umfassend einbezogen und umfassend unterstützt werden müssen.

31. Die Ukraine setzt die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen fort, um die internationale Verurteilung von Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten in den vorübergehend besetzten Territorien vorzubereiten und Beschlüsse zu fassen. Sie wird sich um die Anwendung geeigneter Maßnahmen zur Einflussnahme auf die Russische Föderation, ihre Besatzungsverwaltung und um die Umsetzung solcher Beschlüsse bemühen.

**Rechtsschutz von Bürgern und juristischen Personen der Ukraine,
deren Rechte und legitime Interessen infolge der bewaffneten
Aggression der Russischen Föderation und der vorübergehenden
Besetzung des Territoriums der Ukraine verletzt werden**

32. Die Ukraine übernimmt bei Gerichten der Ukraine und bei internationalen Justizinstitutionen die Umsetzung des Rechtsschutzes und die Vertretung der Rechte und legitimen Interessen der Bürger und juristischen Personen der

Ukraine, deren Rechte infolge der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, des bewaffneten Konflikts, der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Ukraine verletzt wurden.

33. Die Ukraine nimmt eine rechtliche Bewertung der Handlungen oder des Unterlassens durch Beamte und Bedienstete staatlicher Stellen, lokaler Selbstverwaltungsorgane, militärischer Formationen und Strafverfolgungsbehörden der Ukraine vor, die während der Durchführung der bewaffneten Aggression gegen die Ukraine durch die Russische Föderation und der vorübergehenden Besetzung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol den Eid verletzt und Verrat begangen haben.

34. Die Ukraine ergreift die in dem Gesetz der Ukraine „Über Sanktionen“ vorgesehenen Maßnahmen und andere rechtliche Maßnahmen gegen die sogenannten „Beamten und Bediensteten“ der Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation und gegen die bewaffneten Formationen der Russischen Föderation sowie gegen Beamte / Bedienstete der Russischen Föderation, die unmittelbar an der vorübergehenden Besetzung der Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, juristischen Personen der Russischen Föderation und anderer Staaten, die in vorübergehend besetzten Territorien an illegalen Aktivitäten beteiligt sind.

35. Die Ukraine nutzt alle verfügbaren völkerrechtlichen Mechanismen, um die Eigentumsrechte und Interessen des Staates Ukraine, seiner Bürger und juristischen Personen zu schützen. Sie wirft zu gegebener Zeit vor Gerichten der Ukraine und internationalen Justizinstitutionen die Frage der Entschädigung für Schäden auf, die entstanden sind durch Beschränkungen bei der Ausübung des Eigentumsrechts an Eigentum in vorübergehend besetzten Territorien sowie bei Zerstörung oder Beschädigung dieses Eigentums – im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, dem bewaffneten Konflikt, der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Ukraine.

36. Die Ukraine ergreift alle rechtlichen Maßnahmen, um das Eigentum des Staates Ukraine, seiner Bürger und juristischen Personen zurückzugeben, das rechtswidrig beschlagnahmt wurde oder um für den Wert dieses Eigentums und die entgangenen Vorteile infolge seiner illegalen Entfremdung zu entschädigen – im Zusammenhang zur bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, dem bewaffneten Konflikt, der vorübergehenden Besetzung der Territorien der Ukraine.

37. Die Ukraine stellt der Bevölkerung in den vorübergehend besetzten Territorien Verwaltungsdienstleistungen zur Verfügung, indem sie geeignete Zentren in der Nähe der Verwaltungsgrenze zu dem vorübergehend besetzten Territorium schafft, zu denen der Zugang gemäß den Ausweispapieren gemäß den Rechtsvorschriften der Ukraine erfolgt. Sie entwickelt vorrangige Online-Dienste zur Erbringung relevanter Dienstleistungen.

38. Die Ukraine ergreift Maßnahmen zur Festlegung von Grundsätzen für die Übergangsjustiz, insbesondere die Einführung von Mechanismen für den Schadenersatz in Verbindung mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, bewaffneten Konflikten, der vorübergehenden Besetzung der Territorien der Ukraine, sowie zum Schutz und zur Wiederherstellung verletzter Rechte, wobei diejenigen, die sich Straftaten wegen Verbrechen gegen den Frieden, die Sicherheit der Menschen und das Völkerrecht schuldig gemacht haben, vor Gericht gestellt werden.

39. Die Ukraine führt ein Ausbildungsprogramm ein, um den Prozess der Beendigung des Besatzungsregimes und Wiedereingliederung sowie die Verwaltung der wiedereingegliederten Territorien sicherzustellen.

Wirtschaftspolitik

40. Die Ukraine wendet personelle, spezielle, wirtschaftliche und andere restriktive Maßnahmen (Sanktionen) gegen Bürger und juristische Personen der Russischen Föderation, andere ausländische Einrichtungen an, die illegal Aktivitäten in dem vorübergehend besetzten Territorium ausüben.

41. Die Ukraine wird auf der Verlängerung bestehender und der Anwendung neuer internationaler Sanktionen gegen die Russische Föderation, ihre natürlichen und juristischen Personen für die Zeit bis zur vollständigen Beendigung des Besatzungsregimes der vorübergehend besetzten Territorien und auf der Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine sowie auf der Entschädigung für Schäden bestehen, die dem Staat Ukraine, ihren Bürgern und juristischen Personen im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, dem bewaffneten Konflikt und der vorübergehenden Besetzung der Territorien der Ukraine zugefügt wurden.

42. Die Ukraine ermittelt und bestätigt unter Beteiligung internationaler Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Sachverständiger die Verluste, die dem Staat Ukraine, seinen Bürgern und juristischen Personen im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, dem bewaffneten

Konflikt, der vorübergehenden Besetzung und den illegalen Aktivitäten der Russischen Föderation in dem vorübergehend besetzten Territorium und in den Gewässern von Asowschem und Schwarzem Meer entstanden sind.

43. Die Ukraine ergreift Maßnahmen, um der geologischen Erkundung des Untergrunds in dem vorübergehend besetzten Territorium, einschließlich des angrenzenden Abschnitts des Festlandsockels der Ukraine, durch die Russische Föderation entgegenzuwirken.

44. Die Ukraine erhebt aktiv Ansprüche gegen den Aggressorstaat Russische Föderation, seine Vertreter in internationalen Justizinstitutionen und unterstützt Bürger und juristische Personen der Ukraine bei der Einreichung/Unterstützung von Ansprüchen auf Schutz verletzter, nicht anerkannter oder umstrittener Rechte, Freiheiten oder berechtigter Interessen im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, bewaffneten Konflikten, vorübergehenden Besetzung.

45. Die Ukraine setzt eine fortgeschrittene Entwicklungsstrategie um, die sich auf die Stärkung des Potenzials territorialer Gemeinwesen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Überwindung negativer demografischer Trends konzentriert.

46. Die Ukraine überwacht ständig den Sachverhalt der rechtswidrigen Beschlagnahme, Nutzung [von] und Verfügung [über] Eigentum verschiedener Eigentumsformen, darunter Grundstücken, durch die Russische Föderation, ihre Besatzungsverwaltung in den vorübergehend besetzten Territorien. Sie schafft eine Beweisgrundlage, um verletzte Rechte und berechnigte Interessen vor Gericht zu schützen und Sanktionen zu verschärfen.

47. Die Ukraine gewährleistet die sozio-ökonomische Entwicklung der an die vorübergehend besetzten Territorien angrenzenden Territorien, in denen staatliche Behörden und lokale Selbstverwaltungsorgane der Ukraine ihre Befugnisse ausüben.

48. Die Ukraine ergreift Maßnahmen zur Überwindung der Folgen der vorübergehenden Besetzung, bildet eine vielversprechende Politik und Modelle der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, soziale Innovationen zu unterstützen, und zieht Ressourcen der Partnerländer an, um vorübergehend besetzte Territorien wiederherzustellen.

49. Die Ukraine ergreift vielversprechende Maßnahmen zur Wiederherstellung und zur Herstellung wirtschaftlicher Verbindungen, die nach der Wieder-

herstellung der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Staatsgrenze und der Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine in den vorübergehend besetzten Territorien umgesetzt werden.

50. Die Ukraine erstellt ein Verzeichnis der Schäden, die dem Staat Ukraine, ihren Bürgern und juristischen Personen im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, dem bewaffneten Konflikt und der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Ukraine zugefügt wurden.

Soziale und humanitäre Politik

51. Die Ukraine garantiert die Gewährleistung der Rechte, Freiheiten und der legitimen Interessen von Binnenvertriebenen im Einklang mit der Verfassung der Ukraine, dem Gesetz der Ukraine „Über die Gewährleistung der Rechte und Freiheiten von Binnenvertriebenen“ und anderen Gesetzen der Ukraine.

52. Die Ukraine fördert den Zugang zu Bildungseinrichtungen für Bürger der Ukraine, die in den vorübergehend besetzten Territorien leben, um die Verwirklichung ihres Rechts auf Bildung zu gewährleisten. Insbesondere führt sie einen Mechanismus zur vereinfachten Bildung für Personen ein, die in den vorübergehend besetzten Territorien leben, und ermutigt Personen, die in den vorübergehend besetzten Territorien eine Ausbildung erhalten haben, weiterhin eine Bildungsstufe in dem von der Ukraine kontrollierten Territorium zu erwerben.

53. Die Ukraine fördert die Beteiligung von Athleten aus den vorübergehend besetzten Territorien an der Teilnahme an Sport-, Freizeit- und Sportveranstaltungen, die im „Einheitlichen Kalenderplan für Körperkultur, Gesundheit und Sport der Ukraine“ aufgeführt sind.

54. Die Ukraine überwacht die Einhaltung des Völkerrechts und der Rechtsvorschriften der Ukraine über die Wahrung des Kulturerbes in den vorübergehend besetzten Territorien, einschließlich des Erbes der Krimtataren. Sie reagiert im Falle ihrer Verletzung mit erforderlichen Maßnahmen, in erster Linie durch Klagen vor Institutionen der internationalen Justiz.

55. Die Ukraine fördert und leistet notwendige Unterstützung zur Umsetzung humanitärer Initiativen und Programme für Bürger, die in den vorübergehend besetzten Territorien leben, und bezieht zivilgesellschaftliche Institutionen ein, um solche Initiativen umzusetzen.

56. Die Ukraine trägt zur Bewahrung der ethnischen und religiösen Identität der ukrainischen Bürger bei, die in den vorübergehend besetzten Territorien

leben, schafft insbesondere institutionelle Bedingungen für die Entwicklung der Kultur der Krimtataren, anderer autochthoner Völker, nationaler Minderheiten.

57. Die Ukraine ergreift zusätzliche Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit der ukrainischen Bürger, die in vorübergehend besetzten Territorien leben, um ihre berechtigten Interessen zu wahren.

58. Die Ukraine schafft die notwendigen Voraussetzungen dafür, dass die Bevölkerung in den vorübergehend besetzten Territorien humanitäre Hilfe, einschließlich internationale Hilfe, erhält.

59. Die Ukraine führt medizinische und pädagogische Reformen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bürger der Ukraine durch, die in den vorübergehend besetzten Territorien leben.

60. Die Ukraine ergreift Maßnahmen zur Erhaltung des kulturellen Erbes in den vorübergehend besetzten Territorien, insbesondere schafft sie ein Register der Kulturgüter und Museumssammlungen der Ukraine in den vorübergehend besetzten Territorien und ein Register der verlorenen Kulturgüter.

61. Die Ukraine schafft moderne Dienstleistungszonen an Ein- und Ausreise-Kontrollpunkten in die vorübergehend besetzten Territorien, um Bürgern der Ukraine, die in den vorübergehend besetzten Territorien leben, Verwaltungs- und andere Dienstleistungen zu erbringen, um eine qualifizierte elektronische Signatur und die Möglichkeit zu erhalten, Hausarzt-Verträge mit abzuschließen und staatliche Programme für den Zugang zu Arzneimitteln zu nutzen.

Umweltpolitik

62. Die Ukraine ergreift Maßnahmen zum weiteren Umwelt-Monitoring in den vorübergehend besetzten Territorien, insbesondere für Boden, Untergrund, Oberflächen- und Grundwasser, atmosphärische Luft, für Wälder und andere Vegetation, Wildtiere, für Meeresumwelt und natürliche Ressourcen der Territorialgewässer, des Festlandsockels und der ausschließlichen (maritimen) Wirtschaftszone der Ukraine, für besonders geschützte Naturterritorien und -objekte, für den Zustand der natürlichen Umwelt und die Aufzeichnung der Fakten von Umweltdelikten und -verbrechen.

63. Die Ukraine wendet alle möglichen Mechanismen der internationalen Zusammenarbeit auf dem Umweltschutzgebiet an, insbesondere im Rahmen der UN-Umweltprogramme und der Organisationen, die zu ihrem System gehören, anderen staatlichen und nichtstaatlichen internationalen Organisationen, um

den Zustand der Umwelt in vorübergehend besetzten Territorien zu schützen, zu analysieren und zu kontrollieren.

64. Die Ukraine erstellt ein Verzeichnis der Schäden, die dem Staat Ukraine, ihren Bürgern und juristischen Personen durch das Handeln der Russischen Föderation und ihrer Besatzungsverwaltung bezüglich Umweltverschmutzung und anderer negativer Auswirkungen auf die Umwelt in den vorübergehend besetzten Territorien zugefügt wurden. Sie organisiert und führt einschlägige Klageaktivitäten bei internationalen Justizinstitutionen und Schiedsverfahren über die Entschädigung für solche Schäden und Verluste.

65. Die Ukraine ergreift in Übereinstimmung mit ihren internationalen Verpflichtungen Maßnahmen, um die Umsetzung der internationalen Verträge im Bereich des Umweltschutzes in den vorübergehend besetzten Territorien sicherzustellen, insbesondere durch die Beteiligung an der Entwicklung und Durchführung einschlägiger zwischenstaatlicher Projekte (Programme), mittels Durchführung von Inspektionstätigkeiten, auch in Fragen der Erhaltung der Umwelt des Schwarzen und Asowschen Meeres sowie der Zerstörung der Reste chemischer und anderer Waffen im Schwarzen Meer.

66. Die Ukraine sorgt für die Schaffung der Voraussetzungen zur Organisation der Wasserversorgung der Halbinsel Krim nach der Befreiung vorübergehend besetzter Territorien und der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung der Ukraine in diesen Territorien.

Informationspolitik

67. Die Ukraine ergreift alle möglichen Maßnahmen, um den Bürgern der Ukraine, die in vorübergehend besetzten Territorien leben, das Recht auf einen Zugang zu vollständigen, objektiven, unparteiischen und operativen Informationen über Ereignisse in der Ukraine und der Welt zu gewährleisten.

68. Die Ukraine verfolgt eine Informationspolitik, die auf eine objektive und zuverlässige Berichterstattung über die Lage in den vorübergehend besetzten Territorien in den Medien, insbesondere in ausländischen Medien, abzielt.

69. Die Ukraine führt eine Reihe von Maßnahmen durch, die darauf abzielen, dauerhafte Kanäle zur Information der in vorübergehend besetzten Territorien lebenden Bürger der Ukraine über die aktuellen gesellschaftspolitischen Ereignisse in der Ukraine und der Welt zu schaffen und zu diesem Zweck die Produktion und Verbreitung adaptiver Inhalte in die vorübergehend besetzten

Territorien zu organisieren, insbesondere durch die Entwicklung der neuesten digitalen Kommunikationsmittel, durch Fernseh- und Hörfunk.

70. Die Ukraine unterstützt die Rückkopplung zu Bürgern der Ukraine, die in den vorübergehend besetzten Territorien leben, insbesondere mittels Einsatz moderner Informationstechnologien.

71. Die Ukraine wirkt der Verbreitung von Desinformationen über die vorübergehend besetzten Territorien auf der Weltbühne entgegen – gestützt auf eine aktive Zusammenarbeit zwischen staatlichen Behörden der Ukraine und den lokalen Selbstverwaltungsorganen und anderen Machtsubjekten mit der Zivilgesellschaft innerhalb nationaler, regionaler oder internationaler Formate – insbesondere durch die Verbreitung ukrainischer Medieninhalte außerhalb der Ukraine.

72. Die Ukraine sorgt für die Wiederaufnahme der Hörfunksendung auf Mittelwellen, unter anderem um die Verbreitung ukrainischer Radioprogramme in vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol sicherzustellen.

73. Die Ukraine unterstützt systematisch die Medien, die im Zusammenhang mit der vorübergehenden Besetzung gezwungen waren, sich in das von der Ukraine kontrollierte Territorium zu begeben und ihre Aktivitäten fortzusetzen. Sie unterstützt die Medien, Organisationen, anderen Subjekte der Informations-tätigkeit, einschließlich der sozialen Medien, die das Thema Krim dauerhaft objektiv und zuverlässig behandeln.

74. Die Ukraine trägt zur Formierung nationaler Instrumente bei, um die Wahrheit über Tatsachen zur bewaffneten Aggression und vorübergehenden Besetzung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russischen Föderation zu erklären. Sie ergreift Maßnahmen zur objektiven zuverlässigen dokumentarischen Rekonstruktion relevanter Ereignisse, die Veröffentlichung etablierter Fälle der wichtigsten Fakten oder groben Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der humanitären Völkerrechts-normen und des Strafrechts im Interesse einer Verhinderung der Manipulation von Geschichte aus politischem, pädagogischem und anderem Interesse.

Stärkung der nationalen Resilienz

75. Die Ukraine führt Reformen im Bereich der Dezentralisierung durch, um die Möglichkeiten der territorialen Gemeinwesen zu entwickeln und zu gewährleisten. Sie stärkt die nationale Standhaftigkeit, entwickelt Maßnahmen

zur Wiederherstellung der Arbeit der Machtorgane der Autonomen Republik Krim, der lokalen Selbstverwaltungsorgane auf den Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol nach der Befreiung der vorübergehend besetzten Territorien und Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung der Ukraine in diesen Territorien.

76. Die Ukraine führt humanitäre soziale Projekte durch, die darauf abzielen, das Niveau des sozialen Zusammenwirkens und der Partnerschaft zu erhöhen, die nationale Standhaftigkeit, die öffentliche Sicherheit und den Katastrophenschutz zu stärken.

77. Die Ukraine unterstützt Projekte und Programme des interregionalen Zusammenwirkens territorialer Gemeinwesen auf der Grundlage des inklusiven sozialen Dialogs, der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Institutionen, sozialer Initiativen zur Stärkung des sozialen Vertrauens und des Sozialkapitals.

78. Die Ukraine wendet sich gegen Versuche, ethnische, religiöse Faktoren zu nutzen, um die Besatzungsaktivitäten der Russischen Föderation und ihre Besatzungsverwaltung in vorübergehend besetzten Territorien zu legitimieren oder eine künstliche Spaltung in der ukrainischen Gesellschaft zu schaffen.

79. Die Ukraine gewährleistet eine spezielle Ausbildung für die Streitkräfte der Ukraine und andere militärische Formationen, die nach dem Gesetz der Ukraine vorgesehen sind, und für Strafverfolgungsbehörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Prozesse bei der Beendigung des Besatzungsregimes und der Wiedereingliederung. Sie sichert die Nutzung der Erfahrungen der Bürger der Ukraine, die an internationalen Operationen zur Friedenssicherung und Sicherheit teilgenommen haben.

80. Die Ukraine fördert den wissenschaftlichen Forschungsprozess zur Konfliktnachsorge, zur Wiedereingliederung und zur Innen- und Außenpolitik der Russischen Föderation.

Internationale Zusammenarbeit

81. Die Ukraine etabliert und entwickelt die *Krim-Plattform* als ein wichtiges außenpolitisches Instrument zur Abstimmung der internationalen Bemühungen zur Beendigung des Besatzungsregimes und Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine, zur Überwindung der Folgen der vorübergehenden Besetzung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation sowie zum Schutz der Rechte und Interessen der Bürger der Ukraine.

82. Die Ukraine ergreift Maßnahmen, um die Relevanz der Frage der vorübergehenden Besetzung und der versuchten Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation in der Europa- und Weltpolitik aufrechtzuerhalten, weil die Russische Föderation eines der Grundprinzipien des Völkerrechts bezüglich der Unverletzlichkeit der Grenzen von Staaten verletzt.

83. Die Ukraine nutzt aktiv internationale Sicherheitsmechanismen, um den Druck auf die Russische Föderation zu erhöhen und die Beendigung des Besatzungsregimes des vorübergehend besetzten Territorien zu gewährleisten, insbesondere den Mechanismus des [Budaester] Memorandums über Sicherheitsgarantien im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zum *Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen*.

84. Die Ukraine ergreift alle möglichen außenpolitischen Maßnahmen, um in der internationalen Politik solche Fälle zu verhindern bzw. ihnen entgegenzuwirken, die gegen das Nichtanerkennen der von der Russischen Föderation versuchten Annexion des Territoriums der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol verstoßen. Diese Nichtanerkennung ist in den einschlägigen Akten der Vereinten Nationen, Europäischen Union, der NATO, des Europarats, der UNESCO, anderer internationaler Organisationen und in Beschlüssen ukrainefreundlicher Staaten niedergelegt. Gemeinsam mit den internationalen Partnern entwickelt und implementiert die Ukraine Maßnahmen zur Neutralisierung der Aktivitäten der Russischen Föderation zur internationalen Legitimierung der versuchten Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation.

85. Die Ukraine wendet personelle, spezielle, wirtschaftliche und andere restriktive Maßnahmen (Sanktionen) gegen die Russische Föderation, ihre Bürger und juristischen Personen, andere ausländische Einrichtungen an, die an der Durchführung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol beteiligt sind. Sie arbeitet mit internationalen Partnern zusammen, um den internationalen Sanktionsdruck auf die Russische Föderation zu verstärken, um die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen.

86. Die Ukraine ergreift im Rahmen des internationalen Ausfuhrkontroll-Regimes, der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer

Trägermittel Maßnahmen, um der illegalen Verbringung von militärischen Gütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck aus/in die vorübergehend besetzten Territorien entgegenzuwirken.

87. Die Ukraine nutzt die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit und der internationalen Rechtsinstrumente, um die negativen Auswirkungen der vorübergehenden Besetzung der Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation und ihrer Militarisierung auf die regionale und internationale Sicherheit und die Freiheit der Schifffahrt in den Gewässern des Schwarzen Meeres und Asowschen Meeres zu minimieren.

88. Die Ukraine beteiligt sich aktiv an der internationalen Zusammenarbeit zur Verhütung der Verletzung und zum Schutz von Menschenrechten und Freiheiten, von Rechten autochthoner Völker und nationaler Minderheiten in den vorübergehend besetzten Territorien, insbesondere durch Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Überwachungsmechanismen, durch Unterstützung der einschlägigen Tätigkeiten internationaler Menschenrechtsorganisationen, humanitärer Organisationen und humanitäre Missionen ausländischer Staaten.

89. Die Ukraine ergreift in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern Maßnahmen, um wirksames Monitoring und die Dokumentation von Verstößen gegen das Völkerrecht durch die Russische Föderation zu gewährleisten, um ihr die völkerrechtliche Verantwortung für die Durchführung der bewaffneten Aggression gegen die Ukraine, die vorübergehende Besetzung des Territoriums der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol aufzuerlegen.

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

90. Die Ukraine gewährleistet die Reform und Entwicklung des *Sektors Sicherheit und Verteidigung* im Einklang mit dem Gesetz „Über die nationale Sicherheit der Ukraine“, entsprechend der *Strategie der Nationalen Sicherheit der Ukraine* und anderer Gesetzgebungsakte der Ukraine.

91. Die Ukraine behält sich nach Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen das Recht vor, alle im Völkerrecht und in den Rechtsvorschriften der Ukraine vorgesehenen Mittel anzuwenden, um die Rechte und Freiheiten des Menschen und der Bürger, die Unabhängigkeit, die staatliche Souveränität und die territoriale Unversehrtheit zu schützen.

**Merkmale der staatlichen Politik zur Sicherstellung
der Beendigung des Besatzungsregimes des Territoriums
der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol**

92. Die Ukraine initiiert einen internationalen Verhandlungsprozess, um die Modalitäten der Befreiung der vorübergehend besetzten Territorien und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung der Ukraine in diesen Territorien festzulegen, insbesondere auf der Grundlage der Bestimmungen des [Budapester] *Memorandums* über Sicherheitsgarantien im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zum *Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen* sowie auf den Ergebnissen der *Krim-Plattform*.

93. Die Ukraine garantiert und sichert den Schutz der Rechte, Freiheiten und legitimen Interessen der Bürger der Ukraine, der Ausländer und Staatenlosen, die sich nach der Beendigung des Besatzungsregimes rechtmäßig auf dem Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol aufhalten werden.

94. Die Ukraine wird die Abhaltung von Wahlen auf dem Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol gewährleisten – im Einklang mit den Normen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und Rechtsvorschriften der Ukraine – nach Ende des Besatzungsregimes und der vollständigen Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung der Ukraine in den vorübergehend besetzten Territorien, nach der vollständigen und endgültigen Wiedereingliederung der Halbinsel Krim in den politischen, rechtlichen, kulturellen und informationellen Bereich der Ukraine.

95. Das Verfahren zur Rückkehr der vorübergehend besetzten Territorien unter die allgemeine Gerichtsbarkeit der Ukraine findet im Einklang mit der Verfassung und den Gesetzen der Ukraine statt.

Umsetzungsmechanismus

96. Das Ministerkabinett der Ukraine entwickelt und bestätigt einen Plan der Maßnahmen zur Umsetzung der *Strategie zur Beendigung des Besatzungsregimes und Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol*, auf dessen Grundlage die zuständigen staatlichen Stellen Aktionspläne entwickeln und umsetzen, um die Beendigung des Besatzungsregimes der vorübergehend besetzten Territorien sicherzustellen.

Erwartete Ergebnisse

97. Die erwarteten Ergebnisse der Umsetzung der Strategie sind:

- die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Staatsgrenzen, Sicherung staatlicher Souveränität der Ukraine und Entwicklung von Frieden und Sicherheit;
- die volle Sicherheit, rechtliche, politische, wirtschaftliche, ökologische, informationelle, humanitäre und soziale Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Territorien;
- der Wiederaufbau und die Entwicklung des wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Bereichs der vorübergehend besetzten Territorien;
- die Erhöhung der sozialen Stabilität und des Zusammenhalts der ukrainischen Gesellschaft;
- die Formierung der Rechtsgrundsätze der Übergangsgerechtigkeit, insbesondere die Einführung von Instrumenten für Schadenersatz zu Schäden im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, bewaffneten Konflikten, mit der vorübergehenden Besetzung des Territoriums der Ukraine, dem Schutz und der Wiederherstellung verletzter Rechte, der Verurteilung der Verantwortlichen für Straftaten gegen den Frieden, die Sicherheit der Person und das Völkerrecht, die Gewährleistung des Rechts auf Wahrheit über den bewaffneten Konflikt sowie mit der Verhinderung des Auftretens eines bewaffneten Konflikts in der Ukraine für die Zukunft;
- die Wiederherstellung und Gewährleistung der Rechte von Vertretern der Krimtataren und anderen autochthonen Völker, nationalen Minderheiten;
- die Stärkung der nationalen Standhaftigkeit der Ukraine;
- die Stärkung der Möglichkeiten des *Sektors Sicherheit und Verteidigung* der Ukraine;
- die Einführung eines Modells der sozial-ökonomischen Entwicklung der Territorien nach Beendigung des Besatzungsregimes;
- die nachhaltige Entwicklung von Territorien, die zum Gegenstand einer bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine geworden sind. •

Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine A. YERMAK

Die militärische Lage in der Ukraine



Centre Français de Recherche sur le Renseignement

LA SITUATION MILITAIRE EN UKRAINE

BULLETIN DE DOCUMENTATION N°27 / MARS 2022

JACQUES BAUD

Ancien colonel d'État-major général, ex-membre du renseignement stratégique suisse, spécialiste des pays de l'Est.

Télécharger le document



PREMIÈRE PARTIE : EN ROUTE VERS LA GUERRE

Pendant des années, du Mali à l'Afghanistan, j'ai travaillé pour la paix et ai risqué ma vie pour elle. Il ne s'agit donc pas de justifier la guerre, mais de comprendre ce qui nous y a conduit. Je constate que les « experts » qui se relaient sur les plateaux de télévision analysent la situation à partir d'informations douteuses, le plus souvent des hypothèses érigées en faits, et dès lors on ne parvient plus à comprendre ce qui se passe. C'est comme ça que l'on crée des paniques.

Le problème n'est pas tant de savoir qui a raison dans ce conflit, mais de s'interroger sur la manière dont nos dirigeants prennent leurs décisions.

Essayons d'examiner les racines du conflit. Cela commence par **ceux** qui durant les huit dernières années nous parlaient de « séparatistes » ou des « indépendantistes » du Donbass. C'est faux. Les référendums menés par les deux républiques auto-proclamées de Donetsk et de Lougansk en mai 2014, n'étaient pas des référendums d'« *indépendance* » (независимость), comme l'ont affirmé certains **journalistes peu scrupuleux**, mais de **référendums** d'« *auto-détermination* » ou d'« *autonomie* » (самостоятельность). Le qualificatif « pro-russes » suggère que la Russie était partie au conflit, ce qui n'était pas le cas, et le terme « russophones » aurait été plus honnête. D'ailleurs, ces référendums ont été conduits contre l'avis de Vladimir Poutine.

En fait, ces Républiques ne cherchaient pas à se séparer de l'Ukraine, mais à avoir un statut d'autonomie leur garantissant l'usage de la langue russe comme langue officielle.

²¹ Quelle: [Centre Français de Recherche sur le RenseignementLa situation militaire en Ukraine »](https://cf2r.org/documentation/la-situation-militaire-en-ukraine/)
[Centre Français de Recherche sur le Renseignement \(cf2r.org\)](https://cf2r.org/) Abruf am 16. April 2022.
<https://cf2r.org/documentation/la-situation-militaire-en-ukraine/>

Car le premier acte législatif du nouveau gouvernement issu du renversement du président Ianoukovitch, a été l'abolition, le 23 février 2014, de la loi Kivalov-Kolesnichenko de 2012 qui faisait du russe une langue officielle. Un peu comme si des putschistes décidaient que le français et l'italien ne seraient désormais plus des langues officielles en Suisse.

Cette décision provoque une tempête dans la population russophone. Il en résulte une répression féroce contre les régions russophones (Odessa, Dniepropetrovsk, Kharkov, Lougansk et Donetsk) qui s'exerce dès février 2014 et conduit à une militarisation de la situation et à quelques massacres (à Odessa et à Marioupol, pour les plus importants). À la fin de l'été 2014, ne restent que les Républiques auto-proclamées de Donetsk et de Lougansk.

A ce stade, trop rigides et engoncés dans une approche doctrinaire de l'art opératif, les états-majors ukrainiens, subissent l'ennemi sans parvenir s'imposer. L'examen du déroulement des combats en 2014-2016 dans le Donbass montre que l'état-major ukrainien a systématiquement et mécaniquement appliqué les mêmes schémas opératifs. Or, la guerre menée par les autonomistes est alors très proche de ce que l'on observe dans le Sahel : des opérations très mobiles menées avec des moyens légers. Avec une approche plus flexible et moins doctrinaire, les rebelles ont su exploiter l'inertie des forces ukrainienne pour les « piéger » de manière répétée.

En 2014, je suis à l'OTAN, responsable de la lutte contre la prolifération des armes légères, et nous tentons de détecter des livraisons d'armes russes aux rebelles afin de voir si Moscou est impliqué. Les informations que nous recevons viennent alors pratiquement toutes des services de renseignement polonais et ne « collent pas » avec les informations en provenance de l'OSCE : en dépit d'allégations assez grossières, on n'observe aucune livraison d'armes et de matériels militaire de Russie.

Les rebelles sont armés grâce aux défections d'unités ukrainiennes russophones qui passent du côté rebelle. Au fur et à mesure des échecs ukrainiens, les bataillons de chars, d'artillerie ou anti-aériens au complet viennent grossir les rangs des autonomistes. C'est ce qui pousse les Ukrainiens à s'engager dans les Accords de Minsk.

Mais, juste après avoir signé les Accords de Minsk 1, le président ukrainien Petro Porochenko lance une vaste opération antiterroriste (ATO/Антитерористична операція) contre le Donbass. *Bis repetita placent* : mal conseillés par des officiers de l'OTAN, les Ukrainiens subissent une cuisante défaite à Debaltsevo qui les oblige à s'engager dans les Accords de Minsk 2...

Il est essentiel de rappeler ici que les Accords de Minsk 1 (septembre 2014) et Minsk 2 (février 2015), ne prévoyaient ni la séparation, ni l'indépendance des Républiques, mais leur autonomie *dans le cadre* de l'Ukraine. Ceux qui ont lu [les Accords](#) (ils sont très, très, très peu nombreux) constateront qu'il est écrit en toutes lettres que le statut des républiques devait être négocié entre Kiev et les représentants des républiques, pour une *solution interne* à l'Ukraine.

C'est pourquoi depuis 2014, la Russie a systématiquement demandé leur application tout en refusant d'être partie aux négociations, car il s'agissait d'une affaire intérieure à l'Ukraine. De l'autre côté, les Occidentaux – France en tête – ont systématiquement tenté de substituer aux Accords de Minsk le « format Normandie », qui mettait face à face Russes et Ukrainiens. Or, rappelons-le, il n'y a *jamaïs* eu de troupes russes dans le

Donbass avant le 23-24 février 2022. D'ailleurs, [les observateurs de l'OSCE](#) n'ont jamais observé la moindre trace d'unités russes opérant dans le Donbass. Ainsi, la carte des services de renseignements américains publiée par le [Washington Post](#) le 3 décembre 2021 ne montre pas de troupes russes dans le Donbass.

En octobre 2015, Vasyl Hrytsak, [directeur du Service de sécurité ukrainien](#) (SBU), confessait que l'on avait seulement observé 56 combattants russes dans le Donbass. C'était un même comparable à celui des Suisses allaient combattre en Bosnie durant les week-ends, dans les années 1990, ou des Français qui vont combattre en Ukraine aujourd'hui.

L'armée ukrainienne est alors dans un état déplorable. En octobre 2018, après quatre ans de guerre, le [procureur militaire ukrainien en chef Anatoly Matios](#) déclarait que l'Ukraine avait perdu 2 700 hommes dans le Donbass : 891 de maladies, 318 d'accidents de la route, 177 d'autres accidents, 175 d'empoisonnements (alcool, drogue), 172 suite à des manipulations imprudentes d'armes, 101 d'infractions aux règles de sécurité, 228 de meurtres et 615 de suicides.

En fait, l'armée est minée par la corruption de ses cadres et ne jouit plus du soutien de la population. Selon un [rapport du ministère de l'Intérieur britannique](#), lors du rappel des réservistes de mars-avril 2014, 70 % ne se sont pas présentés à la première session, 80 % à la deuxième, 90 % à la troisième et 95 % à la quatrième. En octobre/novembre 2017, [70 % des appelés ne se sont pas présentés](#) lors de la campagne de rappel « *Automne 2017* ». Ceci sans compter [les suicides et les désertions](#) (souvent au profit des autonomistes) qui atteignent jusqu'à 30 % des effectifs dans la zone de l'ATO. Les jeunes Ukrainiens refusent d'aller combattre dans le Donbass et préfèrent l'émigration, ce qui explique aussi, partiellement au moins, le déficit démographique du pays.

Le ministère de la Défense ukrainien s'adresse alors à l'OTAN pour l'aider à rendre ses forces armées plus « attractives ». Ayant déjà travaillé à des projets similaires dans le cadre des Nations Unies, j'ai été sollicité par l'OTAN pour participer à un programme destiné à restaurer l'image des forces armées ukrainiennes. Mais c'est un processus de longue haleine et les Ukrainiens veulent aller vite.

Ainsi, pour compenser le manque de soldats, le gouvernement ukrainien recourt alors à des milices paramilitaires. Elles sont essentiellement composées de mercenaires étrangers, souvent militants d'extrême-droite. En 2020, elles constituent environ 40% des forces ukrainiennes et comptent [environ 102 000 hommes selon Reuters](#). Elles sont armées, financées et formées par les États-Unis, la Grande-Bretagne, le Canada et la France. On y trouve plus de 19 nationalités – dont des Suisses.

Les pays occidentaux ont donc clairement créé et soutenu des [milices d'extrême droite ukrainiennes](#). En octobre 2021, le [Jerusalem Post](#) sonnait l'alarme en dénonçant le projet [Centuria](#). Ces milices opèrent dans le Donbass depuis 2014, avec le soutien des Occidentaux. Même si on peut discuter le terme « nazi », il n'en demeure pas moins que ces milices sont violentes, véhiculent une idéologie nauséabonde et sont virulemment antisémites. Leur [antisémitisme est plus culturel que politique](#), c'est pourquoi le qualificatif « nazi » n'est pas vraiment adapté. Leur haine du juif vient des grandes famines des années 1920-1930 en Ukraine, résultant de la confiscation des récoltes par Staline afin de financer la modernisation de l'Armée Rouge. Or, ce génocide – connu en Ukraine sous le

nom d'*Holodomor* – a été perpétré par le NKVD (ancêtre du KGB) dont les échelons supérieurs de conduite étaient principalement composés de juifs. C'est pourquoi, aujourd'hui, les extrémistes ukrainiens demandent à Israël de [s'excuser pour les crimes du communisme](#), comme le relève le *Jerusalem Post*. On est donc bien loin d'une « [réécriture de l'Histoire](#) » par Vladimir Poutine.

Ces milices, issues des groupes d'extrême-droite qui ont animé la révolution de l'Euromaïdan en 2014, sont composées d'individus fanatisés et brutaux. La plus connue d'entre elles est le régiment Azov, dont l'emblème rappelle celui de la 2^e Panzerdivision SS *Das Reich*, qui fait l'objet d'une véritable vénération en Ukraine, pour avoir libéré Kharkov des Soviétiques en 1943, avant de perpétrer le massacre d'Oradour-sur-Glane en 1944, en France.

Parmi les figures célèbres du régiment Azov, on trouvait l'opposant Roman Protassevitch, arrêté en 2021 par les autorités biélorusses à la suite de l'affaire du vol RyanAir FR4978. Le 23 mai 2021, on évoque le [détournement délibéré d'un avion](#) de ligne par un MiG-29 – avec [l'accord de Poutine](#), bien évidemment – pour arrêter Protassevitch, bien que les [informations alors disponibles](#) ne confirment absolument pas ce scénario.

Mais il faut alors montrer que le président Loukachenko est un voyou et Protassevitch un « journaliste » épris de démocratie. Pourtant, une enquête assez édifiante produite par une [ONG américaine en 2020](#), mettait en évidence les activités militantes d'extrême-droite de Protassevitch. Le complotisme occidental se met alors en marche et des médias peu scrupuleux « [toiletent](#) » [sa biographie](#). Finalement, en janvier 2022, [le rapport de l'OACI](#) est publié et montre que malgré quelques erreurs de procédure, le Bélarus a agi conformément aux règles en vigueur et que le MiG-29 a décollé 15 minutes après que le pilote de RyanAir a décidé d'aller atterrir à Minsk. Donc pas de complot biélorus et encore moins avec Poutine. Ah !... Encore un détail : Protassevitch, [cruellement torturé](#) par la police biélorusse, est aujourd'hui libre. Ceux qui voudraient correspondre avec lui, peuvent aller sur son compte [Twitter](#).

La qualification de « nazi » ou « néo-nazi » donnée aux paramilitaires ukrainiens est considérée comme de la [propagande russe](#). Peut-être ; mais ce n'est pas l'avis du [Times of Israel](#), du [Centre Simon Wiesenthal](#) ou du [Centre de Lutte contre le Terrorisme](#) de l'académie de West Point. Mais cela reste discutable, car, en 2014, le [magazine Newsweek](#) semblait plutôt les associer à... l'État Islamique. Au choix !

Donc, l'Occident soutient et continue d'armer des milices qui se sont rendues coupables de nombreux [crimes contre les populations civiles depuis 2014](#) : viols, torture et massacres. Mais alors que le gouvernement suisse a été très prompt à prendre des sanctions contre la Russie, il n'en n'a adopté aucune contre l'Ukraine qui massacre sa propre population depuis 2014. En fait, ceux qui [défendent les droits de l'homme en Ukraine](#) ont depuis longtemps condamné les agissements de ces groupes, mais n'ont pas été suivis par nos gouvernements. Car, en réalité, on ne cherche pas à aider l'Ukraine, mais à combattre la Russie.

L'intégration de ces forces paramilitaires dans la Garde Nationale ne s'est pas du tout accompagnée d'une « dénazification », comme [certains le prétendent](#). Parmi les multiples exemples, celui de l'insigne du Régiment Azov est édifiant :



En 2022, très schématiquement, les forces armées ukrainiennes qui combattent l'offensive russe s'articulent en :

- Armée de terre, subordonnée au ministère de la Défense : elle est articulée en 3 corps d'armée et composée de formations de manœuvre (chars, artillerie lourde, missiles, etc.).
- Garde Nationale, qui dépend du ministère de l'Intérieur et est articulée en 5 commandements territoriaux.

La Garde Nationale est donc une force de défense territoriale qui ne fait pas partie de l'armée ukrainienne. Elle comprend les milices paramilitaires, appelées « *bataillons de volontaires* » (добровольчі батальйони), également connues sous le nom évocateur de « *bataillons de représailles* », composés d'infanterie. Principalement formés pour le combat urbain, ceux-ci assurent aujourd'hui la défense de villes comme Kharkov, Marioupol, Odessa, Kiev, etc.

DEUXIÈME PARTIE : LA GUERRE

Ancien responsable des forces du Pacte de Varsovie au service de renseignement stratégique helvétique, j'observe avec tristesse – mais sans étonnement – que nos services ne sont plus en mesure de comprendre la situation militaire en Ukraine. Les « experts » auto-proclamés qui défilent sur nos écrans relaient inlassablement les mêmes informations modulées par l'affirmation que la Russie – et Vladimir Poutine – est irrationnel. Prenons un peu de recul.

LE DÉCLENCHEMENT DE LA GUERRE

Depuis le mois de novembre 2021, les Américains ne cessent de brandir la menace d'une invasion russe contre l'Ukraine. Pourtant, les Ukrainiens ne semblent pas du même avis. Pourquoi ?

Il faut remonter au 24 mars 2021. Ce jour-là, Volodymyr Zelensky promulgue [un décret](#) pour la [reconquête de la Crimée](#) et commence à déployer ses forces vers le sud du pays. Simultanément, a lieu la conduite de plusieurs exercices de l'OTAN entre la mer Noire et la mer Baltique, accompagnés d'un [accroissement important des vols de reconnaissance](#) le long de la frontière russe. La Russie, mène alors quelques exercices, afin de tester la disponibilité opérationnelle de ses troupes et montrer qu'elle suit l'évolution de la situation.

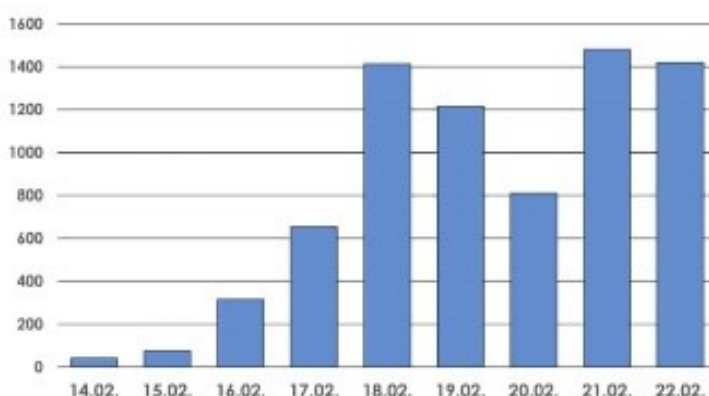
Les choses se calment jusqu'en octobre-novembre avec la fin des exercices ZAPAD 21, dont les mouvements de troupes sont interprétés comme un renforcement en vue d'une offensive contre l'Ukraine. Pourtant, même les autorités ukrainiennes réfutent l'idée de préparatifs russes pour une guerre et Oleksiy Reznikov, ministre de la Défense ukrainien déclare qu'il n'y a [pas de changement](#) à sa frontière depuis le printemps.

En violation des Accords de Minsk, l'Ukraine mène des opérations aériennes au Donbass à l'aide de drones, dont au moins exécute [une frappe contre un dépôt de carburant à Donetsk en octobre 2021](#). La presse américaine le relève, mais pas les Européens et personne ne condamne ces violations.

En février 2022, les événements se précipitent. Le 7 février, lors de sa visite à Moscou, Emmanuel Macron réaffirme à Vladimir Poutine [son attachement aux Accords de Minsk](#), un engagement qu'il répétera à l'issue de son [entrevue avec Volodymyr Zelensky](#), le lendemain. Mais le 11 février, à Berlin, après 9 heures de travail, la réunion des conseillers politiques des dirigeants du « *format Normandie* » s'achève, sans résultat concret : les [Ukrainiens refusent encore et toujours d'appliquer les Accords](#) de Minsk, apparemment sous la pression des États-Unis. Vladimir Poutine constate alors que Macron lui a fait des promesses en l'air et que les Occidentaux ne sont pas prêts à faire appliquer les Accords, comme ils le font depuis huit ans.

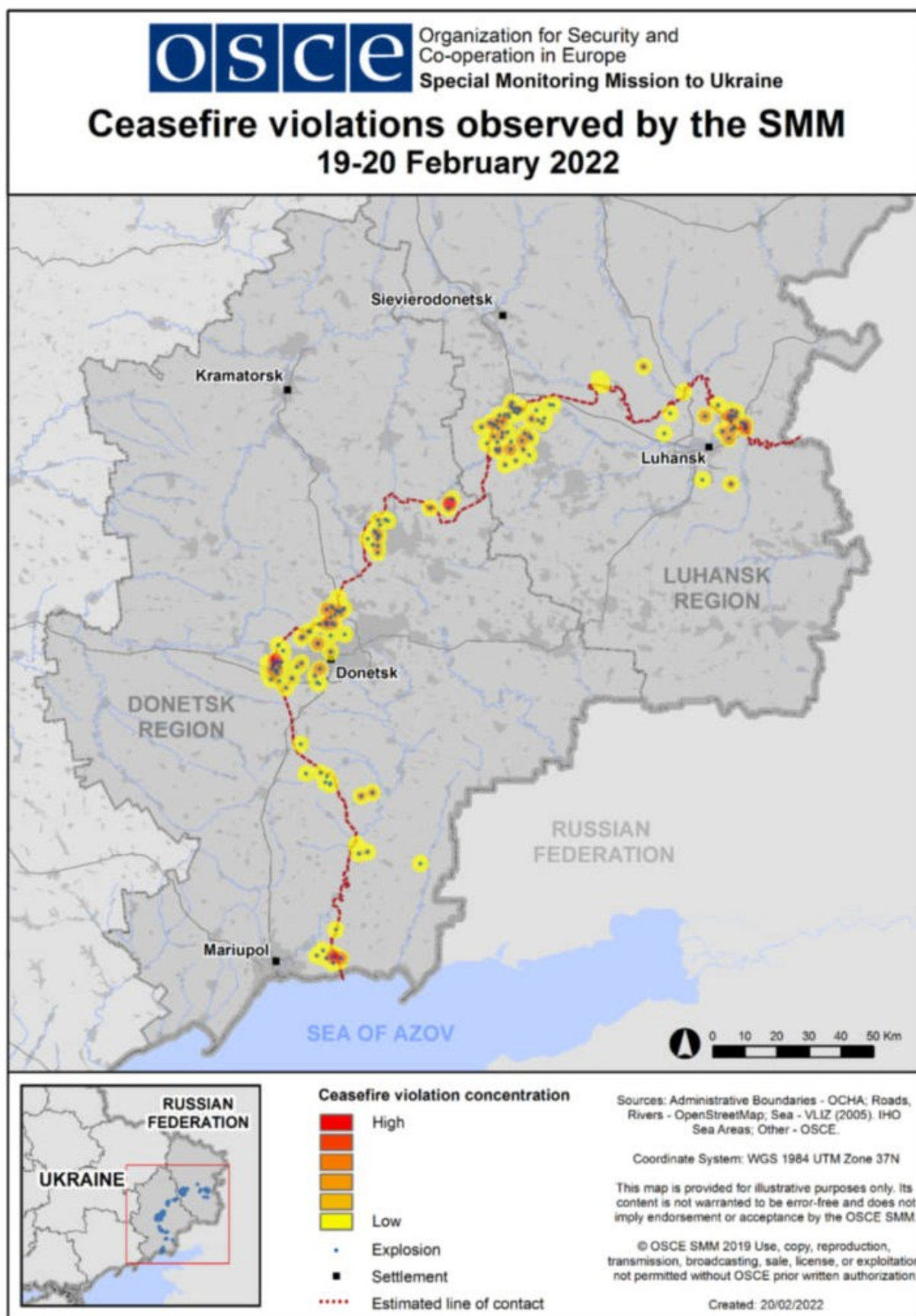
Les préparatifs ukrainiens dans la zone de contact continuent. Le Parlement russe s'alarme et le 15 février demande à Vladimir Poutine de reconnaître l'indépendance des Républiques, ce qu'il refuse.

Number of Explosions in Donbass (19-20 February 2022)



The massive increase in shelling against the population of Donbass on February 16 told the Russians that a major offensive was imminent. This is what led Putin to recognize the independence of the Republics and to consider an intervention under Article 51 of the UN Charter.

(Source: OSCE SMM Daily Reports)



Le 17 février, le président Joe Biden [annonce que la Russie va attaquer l'Ukraine](#) dans les prochains jours. Comment le sait-il ? Mystère... Mais depuis le 16, le pilonnage d'artillerie sur les populations du Donbass augmente de manière dramatique, comme le montrent les

rapports journaliers des observateurs de l'OSCE. Naturellement, ni les médias, ni l'Union européenne, ni l'OTAN, ni aucun gouvernement occidental ne réagit et n'intervient. On dira plus tard, qu'il s'agit de désinformation russe. En fait, il semble que l'Union européenne et certains pays ont à *dessein* passé sous silence le massacre des populations du Donbass, sachant que cela provoquerait une intervention russe.

Simultanément, on signale des actes de sabotages dans le Donbass. Le 18 janvier, les combattants du Donbass interceptent des saboteurs équipés de matériel occidental et parlant polonais cherchant à créer des incidents chimiques à [Gorlivka](#). Il pourrait s'agir [de mercenaires de la CIA](#), conduits ou « conseillés » par des Américains et composés de combattants ukrainiens ou européens, pour mener des actions de sabotage dans les Républiques du Donbass.

En fait, dès le 16 février, Joe Biden sait que les Ukrainiens ont commencé à pilonner les populations civiles du Donbass, mettant Vladimir Poutine devant un choix difficile : aider le Donbass militairement et créer un problème international ou rester sans rien faire et regarder les russophones du Donbass se faire écraser.

S'il décide d'intervenir, Vladimir Poutine peut invoquer l'obligation internationale de « *Responsibility To Protect* » (R2P). Mais il sait que quelle que soit sa nature ou son ampleur, l'intervention déclenchera une pluie de sanctions. Dès lors, que son intervention soit limitée au Donbass ou qu'elle aille plus loin pour faire pression sur les Occidentaux pour le statut de l'Ukraine, le prix à payer sera le même. C'est d'ailleurs ce qu'il explique lors de son allocution du 21 février.

Ce jour-là, il accède à la demande de la Douma et reconnaît l'indépendance des deux Républiques du Donbass et, dans la foulée, il signe avec elles des traités d'amitié et d'assistance.

Les bombardements de l'artillerie ukrainienne sur les populations du Donbass se poursuivent et, le 23 février, les deux Républiques demandent l'aide militaire de la Russie. Le 24, Vladimir Poutine invoque l'article 51 de la Charte des Nations Unies qui prévoit l'entraide militaire dans le cadre d'une alliance défensive.

Afin de rendre l'intervention russe totalement illégale aux yeux du public nous occultons *délibérément* le fait que la guerre a effectivement commencé le 16 février. L'armée ukrainienne s'apprêtait à attaquer le Donbass dès 2021, comme le savaient pertinemment certains services de renseignement russes et européens... Les juristes jugeront.

Dans son allocution du 24 février, Vladimir Poutine a énoncé les deux objectifs de son opération : « démilitariser » et « dénazifier » l'Ukraine. Il ne s'agit donc pas de s'emparer de l'Ukraine, ni même, vraisemblablement de l'occuper et certainement pas de la détruire.

À partir de là, notre visibilité sur le déroulement de l'opération est limitée : les Russes ont une excellente sécurité des opérations (OPSEC) et le détail de leur planification n'est pas connue. Mais assez rapidement, le déroulement des opérations permet de comprendre comment les objectifs stratégiques se sont traduits sur le plan opératif.

– *Démilitarisation* :

. destruction au sol de l'aviation, des systèmes de défense aérienne et des moyens de reconnaissance ukrainiens ;

. neutralisation des structures de commandement et de renseignement (C3I), ainsi que des principales voies logistiques dans la profondeur du territoire ;

. encerclement du gros de l'armée ukrainienne massée dans le sud-est du pays.

– *Dénazification* :

. destruction ou neutralisation des bataillons de volontaires qui opèrent dans les villes d'Odessa, Kharkov et Marioupol, ainsi que dans diverses installations sur le territoire.

LA « DÉMILITARISATION »

L'offensive russe se déroule de manière très « classique ». Dans un premier temps – comme l'avaient fait les Israéliens en 1967 – avec la destruction au sol des forces aériennes dans les toutes premières heures. Puis, on assiste à une progression simultanée sur plusieurs axes selon le principe de « l'eau qui coule » : on avance partout où la résistance est faible et on laisse les villes (très voraces en troupes) pour plus tard. Au nord, la centrale de Tchernobyl est occupée immédiatement afin de prévenir des actes de sabotage. Les images de soldats ukrainiens et russes [assurant ensemble la surveillance](#) de la centrale ne sont naturellement pas montrées...

L'idée que la Russie cherche à s'emparer de Kiev, la capitale pour éliminer Zelensky, vient typiquement des Occidentaux : c'est ce qu'ils ont fait en Afghanistan, en Irak, en Libye et ce qu'ils [voulait faire en Syrie avec l'aide de l'État islamique](#). Mais Vladimir Poutine n'a jamais eu l'intention d'abattre ou de renverser Zelensky. La Russie cherche au contraire à le maintenir au pouvoir en le poussant à négocier en encerclant Kiev. Il avait refusé de faire jusque-là pour appliquer les Accords de Minsk, mais maintenant les Russes veulent obtenir la neutralité de l'Ukraine.

Beaucoup de commentateurs occidentaux se sont étonnés que les Russes aient continué à chercher une solution négociée tout en menant des opérations militaires. L'explication est dans la conception stratégique russe, depuis l'époque soviétique. Pour les Occidentaux, la guerre commence lorsque la politique cesse. Or, l'approche russe suit une inspiration clausewitzienne : la guerre est la continuité de la politique et on peut passer de manière fluide de l'une à l'autre, même au cours des combats. Cela permet de créer une pression sur l'adversaire et le pousser à négocier.

Du point de vue opératif, l'offensive russe a été un exemple du genre : en six jours, les Russes se sont emparés d'un territoire aussi vaste que le Royaume-Uni, avec une vitesse de progression plus grande que ce que la Wehrmacht avait réalisé en 1940.

Le gros de l'armée ukrainienne était déployé au sud du pays en vue d'une opération majeure contre le Donbass. C'est pourquoi, les forces russes ont pu l'encercler dès le début mars dans le « chaudron » compris entre Slavyansk, Kramatorsk et Severodonetsk, par une poussée venant de l'est par Kharkov et une autres venant du sud depuis la Crimée. Les troupes des Républiques de Donetsk (RPD) et de Lougansk (RPL) complètent l'action des forces russes par une poussée venant de l'Est.

A ce stade, les forces russes resserrent lentement l'étau, mais ne sont plus sous pression du temps. Leur objectif de démilitarisation est pratiquement atteint et les forces ukrainiennes résiduelles n'ont plus de structure de commandement opératif et stratégique.

Le « ralentissement » que nos « experts » attribuent à une mauvaise logistique, n'est que la conséquence d'avoir atteint les objectifs fixés. La Russie ne semble pas vouloir

s'engager dans une occupation de l'ensemble du territoire ukrainien. En fait, il semble plutôt que la Russie cherche à limiter son avance à la frontière linguistique du pays.

Nos médias parlent de bombardements indiscriminés contre les populations civiles, notamment à Kharkov et des images dantesques sont diffusées en boucle. Pourtant, Gonzalo Lira, un latino-américain qui y vit, nous présente une ville calme le [10 mars](#), et le [11 mars](#). Certes c'est une grande ville et on ne voit pas tout, mais cela semble indiquer que l'on n'est pas dans la guerre totale qu'on nous sert en continu sur nos écrans.

Quant aux Républiques du Donbass, elles ont « libéré » leurs propres territoires et combattent dans la ville de Marioupol.

LA « DÉNAZIFICATION »

Dans les villes comme Kharkov, Marioupol et Odessa, la défense est assurée par les milices paramilitaires. Elles savent que l'objectif de « dénazification » les vise au premier chef.

Pour un attaquant en zone urbanisée, les civils sont un problème. C'est pourquoi la Russie cherche à créer des couloirs humanitaires pour vider les villes des civils et ne laisser que les milices afin de les combattre plus facilement.

À l'inverse, ces milices cherchent à garder les civils dans les villes afin de dissuader l'armée russe de venir y combattre. C'est pourquoi elles sont réticentes à mettre en œuvre ces couloirs et font tout pour que les efforts russes soient vains : ils peuvent ainsi utiliser la population civile comme « boucliers humains ». Les vidéos montrant des civils cherchant à quitter Marioupol et tabassés par les combattants du régiment Azov sont naturellement soigneusement censurées chez nous.

Sur Facebook, le groupe Azov était considéré dans la même catégorie que l'État islamique et soumis à la « *politique sur les individus et organisations dangereuses* » de la plateforme. Il était donc interdit de le glorifier, et les « posts » qui lui étaient favorables étaient systématiquement bannis. Mais le 24 février, Facebook modifie sa politique et [autorise les posts favorables](#) à la milice. Dans le même esprit, en mars, la plate-forme autorise, dans les ex-pays de l'Est, les [appels au meurtre de militaires et de dirigeants russes](#). Voilà pour les valeurs qui inspirent nos dirigeants, comme nous le verrons.

Nos médias propagent une image romanesque de la résistance populaire. C'est cette image qui a conduit l'Union européenne à financer la distribution d'armes à la population civile. C'est un acte criminel. Dans mes fonctions de chef de la doctrine des opérations de maintien de la paix à l'ONU, j'ai travaillé sur la question de la protection des civils. Nous avons alors constaté que les violences contre les civils avaient lieu dans des contextes très précis. En particulier lorsque les armes foisonnent et qu'il n'y pas de structures de commandement.

Or, ces structures de conduite sont l'essence des armées : elles ont pour fonction de canaliser l'emploi de la force en fonction d'un objectif. En armant des citoyens de manière désordonnée comme c'est le cas actuellement, l'UE les transforme en combattants, avec les conséquences qui en découlent : des cibles potentielles. En outre, sans commandement, sans buts opératifs, la distribution d'armes conduit inéluctablement à des règlements de compte, du banditisme et à des actions plus meurtrières qu'efficaces. La guerre devient une affaire d'émotions. La force devient violence. C'est ce qui s'est passé

à Tawarga (Libye) du 11 au 13 août 2011, où 30 000 africains noirs ont été massacrés avec des armes parachutées (illégalement) par la France. D'ailleurs, [l'Institut royal d'étude stratégique britannique](#) (RUSI) ne voit pas de valeur ajoutée à ces livraisons d'armes.

De plus, en livrant des armes à un pays en guerre, on s'expose à être considéré comme un belligérant. Les frappes russes du 13 mars 2022, contre la base aérienne de Mykolaïv suivent les [avertissements russes](#) que les transports d'armes seraient traités comme des cibles hostiles.

L'UE répète la désastreuse expérience du IIIe Reich dans les dernières heures de la bataille de Berlin. La guerre doit être laissée aux militaires et lorsqu'un camp a perdu, il faut l'admettre. Et s'il doit y avoir une résistance, elle doit impérativement être conduite et structurée. Or, nous faisons exactement l'inverse : on pousse des citoyens à aller se battre et simultanément, Facebook autorise les [appels au meurtre de militaires et de dirigeants russes](#). Voilà pour les valeurs qui nous inspirent.

Dans certains services de renseignement, on voit cette décision irresponsable comme une manière d'utiliser la population ukrainienne comme chair à canon pour combattre la Russie de Vladimir Poutine. Il fallait laisser ce genre de décision meurtrière aux collègues du grand-père de d'Ursula von der Leyen. Il aurait été plus judicieux d'engager des négociations et ainsi obtenir des garanties pour les populations civiles que d'ajouter de l'huile sur le feu. Il est facile d'être combatif avec le sang des autres...

LA MATERNITÉ DE MARIOUPOL

Il est important de comprendre au préalable que ce n'est pas l'armée ukrainienne qui assure la défense de Marioupol, mais la milice Azov, composée de mercenaires étrangers. Dans son résumé de la situation du 7 mars 2022, [la mission russe de l'ONU](#) à New York déclare que « *Les habitants rapportent que les forces armées ukrainiennes ont expulsé le personnel de l'hôpital natal n°1 de la ville de Marioupol et ont installé un poste de tir à l'intérieur de l'établissement.* »

Le 8 mars, le [média indépendant russe Lenta.ru](#), publie le témoignage de civils de Marioupol qui racontent que la maternité a été prise par les milices du régiment Azov, et en ont chassé les occupants civils en les menaçant de leurs armes. Ils confirment ainsi les déclarations de l'ambassadeur russe quelques heures plus tôt.

L'hôpital de Marioupol occupe une position dominante, parfaitement adéquate pour y installer des armes antichars et pour l'observation. Le 9 mars, les forces russes frappent le bâtiment. [Selon CNN](#), il y aurait 17 blessés, mais les images ne montrent aucune victime dans les locaux et rien ne montre que les victimes dont on parle sont liées à cette frappe. On parle d'enfants, mais en réalité, on ne voit rien. C'est peut-être vrai, mais c'est peut-être faux... Ce qui n'empêche pas les [dirigeants de l'UE d'y voir un crime de guerre](#)... Ce qui permet, juste après, à Zelensky de réclamer une zone d'interdiction de vol au-dessus de l'Ukraine...

En réalité, on ne sait pas exactement ce qui s'est passé. Mais la séquence des événements tend à confirmer que les forces russes ont frappé une position du régiment Azov et que la maternité était alors libre de tout civils.

Le problème est que les milices paramilitaires qui assurent la défense des villes sont encouragées par la communauté internationale à ne pas respecter les usages de la

guerre. Il semble que les Ukrainiens ont rejoué le scénario de la [maternité de Koweït City en 1990](#), qui avait été totalement mise en scène par la firme Hill & Knowlton pour un montant de 10,7 millions de dollars afin de convaincre le Conseil de Sécurité des Nations Unies d'intervenir en Irak pour l'opération *Desert Shield/Storm*.

Les politiciens occidentaux ont d'ailleurs accepté les frappes contre civils du Donbass pendant huit ans, sans adopter aucune sanction contre le gouvernement ukrainien. Nous sommes depuis longtemps entrés dans une dynamique où les politiques occidentaux ont accepté de sacrifier le droit international à leur objectif [d'affaiblir à la Russie](#).

TROISIÈME PARTIE : CONCLUSIONS

En tant qu'ex-professionnel du renseignement, la première chose qui me frappe est l'absence totale des services de renseignement occidentaux dans la représentation de la situation depuis une année. En Suisse, [on a reproché](#) aux services de ne pas avoir fourni une image correcte de la situation. En fait, il semble que dans tout le monde occidental, les services aient été débordés par les politiques. Le problème est que ce sont les politiques qui décident : le meilleur service de renseignement du monde est inutile si le décideur ne l'écoute pas. C'est ce qui s'est passé lors de cette crise.

Cela étant, si certains services de renseignement avaient une image très précise et rationnelle de la situation, d'autres avaient manifestement la même image que celle propagée par nos médias. Dans cette crise, les services des pays de la « nouvelle Europe » ont joué un rôle important. Le problème est que, par expérience, j'ai constaté qu'ils étaient extrêmement mauvais sur le plan analytique : doctrinaires, ils n'ont pas l'indépendance intellectuelle et politique nécessaire pour apprécier une situation avec une « qualité » militaire. Il vaut mieux les avoir comme ennemis que comme amis.

Ensuite, il semble que dans certains pays européens, les politiques ont délibérément ignoré leurs services pour répondre de manière idéologique à la situation. C'est pourquoi, cette crise a été irrationnelle dès le début. On observera, que tous les documents qui ont été présentés au public lors de cette crise l'ont été par des politiques sur la base de sources commerciales...

Certains politiciens occidentaux voulaient manifestement qu'il y ait un conflit. Aux États-Unis, les scénarios d'attaque présentés par Anthony Blinken au Conseil de Sécurité n'étaient que le fruit de l'imagination d'un [Tiger Team travaillant pour lui](#) : il a fait exactement comme Donald Rumsfeld en 2002, qui avait ainsi « contourné » la CIA et les autres services de renseignement qui étaient beaucoup moins affirmatifs sur les armes chimiques irakiennes.

Les développements dramatiques dont nous sommes les témoins aujourd'hui ont des causes que nous connaissions, mais que nous avons refusés de voir :

- sur le plan stratégique, l'expansion de l'OTAN (que nous n'avons pas traité ici) ;
- sur le plan politique, le refus occidental de mettre en œuvre les Accords de Minsk ;
- et sur le plan opératif, les attaques continues et répétées des populations civiles du Donbass depuis ans et la dramatique augmentation de la fin février 2022.

En d'autres termes, nous pouvons naturellement déplorer et condamner l'attaque russe. Mais NOUS (c'est-à-dire : les États-Unis, la France et l'Union européenne en tête)

avons *créé* les conditions pour qu'un conflit éclate. Nous témoignons de la compassion pour le peuple ukrainien et les [deux millions de réfugiés](#). C'est bien. Mais si nous avons eu un minimum de compassion pour le même nombre de [réfugiés des populations ukrainiennes du Donbass](#) massacrées par leur propre gouvernement et qui se sont accumulés en Russie durant huit ans, rien de cela ne serait probablement passé.

Victimes civiles dans le Donbass (2018-2021)					
	Sur le territoire des Républiques auto-proclamées	Sur le territoire contrôlé par le gouvernement	Dans le « no man's land »	Total	Evolution par rapport à l'année précédente
2018	128	27	7	162	-41.9%
2019	85	18	2	105	-35.2%
2020	61	9	0	70	-33.3%
2021	36	8	0	44	-37.1%
Total	310	62	9	381	
%	81.4	16.3	2.3	100.0	

Comme on le constate, plus 80% des victimes du Donbass proviennent des tirs de l'armée ukrainienne. Durant des années, les Occidentaux sont restés silencieux devant le massacre d'ukrainiens russophones par le gouvernement de Kiev, sans jamais tenter de prendre influence sur Kiev. C'est ce silence qui a contraint la Russie à agir.

[Source : « Conflict-related civilian casualties in Ukraine », United Nations Human Rights Monitoring Mission in Ukraine, Haut-commissariat aux Droits de l'Homme, 31 décembre 2021 (mis à jour 27 janvier 2022)]

Que le terme de « génocide » s'applique aux exactions subies par les populations du Donbass est une question ouverte. On réserve généralement ce terme à des cas de plus grande ampleur (Holocauste, etc.), néanmoins, la définition qu'en donne la [Convention sur le génocide](#), est probablement suffisamment large pour s'y appliquer. Les juristes apprécieront.

Clairement, ce conflit nous a conduit dans l'hystérie. Les sanctions semblent être devenues l'outil privilégié de nos politiques étrangères. Si nous avons insisté pour que l'Ukraine respecte les Accords de Minsk, que nous avons négocié et cautionné, tout cela ne serait pas arrivé. La condamnation de Vladimir Poutine est aussi la nôtre. Rien ne sert de pleurnicher après coup, il fallait agir avant. Or, ni Emmanuel Macron (comme garant et comme membre du Conseil de Sécurité de l'ONU), ni Olaf Scholz, ni Volodymyr Zelensky n'ont respecté leurs engagements. En définitive, la vraie défaite est celle de ceux qui n'ont pas de parole.

L'Union européenne a été incapable de promouvoir la mise en œuvre des accords de Minsk, au contraire, elle n'a pas réagi lorsque l'Ukraine bombardait sa propre population dans le Donbass. L'eût-elle fait, Vladimir Poutine n'aurait pas eu besoin de réagir. Absente de la phase diplomatique, l'UE s'est distinguée en alimentant le conflit. Le 27 février, le gouvernement ukrainien est [d'accord d'entamer des négociations](#) avec la Russie. Mais quelques heures plus tard, l'Union européenne vote un budget de [450 millions d'euros pour fournir des armes](#) à l'Ukraine, remettant de l'huile sur le feu. A partir de là, les

Ukrainiens sentent qu'ils n'auront pas besoin d'arriver à un accord. La résistance des milices Azov à Marioupol provoquera même [une relance de 500 millions d'euros pour des armes](#).

En Ukraine, avec la bénédiction des pays occidentaux, ceux qui sont en faveur d'une négociation sont éliminés. C'est le cas de Denis Kireyev, un des négociateurs ukrainiens, [assassiné le 5 mars](#) par le service secret ukrainien (SBU) car il est trop favorable à la Russie et est considéré comme traître. Le même sort est réservé à Dmitry Demyanenko, ex-chef adjoint de la direction principale du SBU pour Kiev et sa région, [assassiné le 10 mars](#), car trop favorable à un accord avec la Russie : il est abattu par la milice *Mirotvorets* (« *Pacificateur* »). Cette milice est associée au site web *Mirotvorets* qui liste les « *ennemis de l'Ukraine* », avec leurs données personnelles, leur adresse et numéros de téléphone, afin qu'ils [puissent être harcelés, voire éliminés](#) ; une pratique punissable dans de nombreux pays, mais [pas en Ukraine](#). L'ONU et quelques pays européens en ont exigé la fermeture... refusée par la Rada.

Finalement, le prix sera élevé, mais Vladimir Poutine atteindra vraisemblablement les objectifs qu'il s'était fixés. Ses liens avec Pékin se sont solidifiés. La Chine émerge comme médiatrice du conflit, tandis que la Suisse fait son entrée dans la liste des ennemis de la Russie. Les Américains doivent demander du pétrole au Venezuela et à l'Iran pour se sortir de l'impasse énergétique dans laquelle ils se sont mis : Juan Guaido quitte définitivement la scène et les Etats-Unis doivent revenir piteusement sur les sanctions imposées à leurs ennemis.

Des ministres occidentaux qui cherchent à faire [s'effondrer l'économie russe](#) et faire en sorte que le [peuple russe](#) en [souffre](#), voire appellent à [assassiner](#) Poutine, montrent (même s'ils sont partiellement revenus sur la forme de leurs propos, mais pas sur le fond !) que nos dirigeants ne valent pas mieux que ceux que nous détestons. Car, sanctionner des athlètes russes des jeux para-olympiques ou des artistes russes n'a strictement rien à voir avec une lutte contre Poutine.

Ainsi, nous reconnaissons donc que la Russie est une démocratie puisque nous considérons que le peuple russe est responsable de la guerre. Si ce n'est pas le cas, alors pourquoi cherchons-nous à punir toute une population pour la faute d'un seul ? Rappelons que la punition collective est interdite par les Conventions de Genève...

La leçon à tirer de ce conflit est notre sens de l'humanité géométrie variable. Si nous tenions tellement à la paix et à l'Ukraine, pourquoi ne l'avons-nous pas plus encouragée à respecter les accords qu'elle avait signés et que les membres du Conseil de Sécurité avaient approuvés ?

L'intégrité de médias se mesure à leur volonté à travailler selon les termes de la Charte de Munich. Ils avaient réussi à propager la [haine des Chinois](#) lors de la crise de la Covid et leur message polarisé conduit aux [mêmes effets contre les Russes](#). Le journalisme se dépouille de plus en plus du professionnalisme pour devenir militant...

Comme disait Goethe : « *Plus grande est la lumière, plus noire est l'ombre* ». Plus les sanctions contre la Russie sont démesurées, plus les cas où nous n'avons rien fait mettent en évidence notre racisme et notre servilité. Pourquoi aucun politicien occidental n'a-t-il réagi aux frappes contre les populations civiles du Donbass durant huit ans ?

Car finalement, qu'est-ce qui rend le conflit en Ukraine plus blâmable que la guerre en Irak, en Afghanistan ou en Libye ? Quelles sanctions avons-nous adopté contre ceux qui ont délibérément menti devant la communauté internationale pour mener des guerres injustes, injustifiées, injustifiables et meurtrières ? A-t-on cherché à « faire souffrir » le peuple américain qui nous avait menti (car c'est une démocratie !) avant la guerre en Irak ? Avons-nous seulement adopté une seule sanction contre les pays, les entreprises ou les politiciens qui alimentent en armes le conflit du Yémen, considéré comme la « [pire catastrophe humanitaire au monde](#) » ? Avons-nous sanctionné les pays de l'Union européenne qui pratiquent la torture la plus abjecte sur leur territoire au profit des États-Unis ?

Poser la question c'est y répondre... et la réponse n'est pas glorieuse. ●

* * *

*Jacques Baud est un ancien colonel d'État-major général, ex-membre du renseignement stratégique suisse, spécialiste des pays de l'Est. Il a été formé dans les services de renseignement américain et britannique. Il a été chef de la doctrine des opérations de la paix des Nations Unies. Expert des Nations Unies pour l'État de droit et les institutions de sécurité, il a conçu et dirigé le premier service de renseignement multidimensionnel des Nations Unies au Soudan. Il a travaillé pour l'Union africaine et a été durant 5 ans responsable de la lutte contre la prolifération des armes légères à l'OTAN. Il a été engagé dans des discussions avec les plus hauts responsables militaires et du renseignement russes juste après la chute de l'URSS. Au sein de l'OTAN, il a suivi la crise ukrainienne de 2014, puis a participé à des programmes d'assistance à l'Ukraine. Il est l'auteur de plusieurs livres sur le renseignement, la guerre et le terrorisme, et en particulier *Le Détournement* aux éditions SIGEST, *Gouverner par les fake news*, *L'affaire Navalny*, et *Poutine, maître du jeu ?* aux éditions Max Milo.*

* * *

Aktuelle Information zur militärischen Lage in der Ukraine vom 25. März 2022



Centre Français de Recherche sur le Renseignement

LE POINT SUR LA SITUATION MILITAIRE EN UKRAINE AU 25 MARS 2022

BULLETIN DE DOCUMENTATION N°28 / MARS 2022
JACQUES BAUD

Ancien colonel d'État-major général, ex-membre du renseignement stratégique suisse, spécialiste des pays de l'Est.

Télécharger le document



LA SITUATION OPÉRATIVE

Au 25 mars 2022, l'analyse que nous faisons de la situation confirme les observations et les conclusions effectuées à la mi-mars.

L'offensive déclenchée le 24 février s'articule en deux lignes d'effort, conformément à la doctrine opérative russe :

– un effort principal dirigé vers le sud du pays dans la région du Donbass et le long de la côte de la mer d'Azov. Comme le prévoit la doctrine, les principaux objectifs sont sur cette ligne : la neutralisation des forces armées ukrainiennes (objectif de « démilitarisation ») et la neutralisation des milices paramilitaires ultra-nationalistes dans les villes de Kharkov et de Marioupol (objectif de « dénazification »). Cette poussée principale est menée par une coalition de forces : des forces russes venant du District Militaire Sud par Kharkov et de Crimée, avec – au centre – les forces de milice des républiques de Donetsk et de Lougansk, ainsi qu'un apport de la garde nationale tchéchène pour les combats dans la zone urbaine de Marioupol ;

– un effort secondaire sur Kiev, dont l'objectif est de « fixer » les forces ukrainiennes (et les Occidentaux), de sorte à l'empêcher de mener des opérations contre la poussée principale, voire prendre les forces de la coalition russe à revers.

Cette offensive suit à la lettre les objectifs définis par Vladimir Poutine le 24 février. Mais, n'écouter que leurs préjugés, les « experts » et politiciens occidentaux se sont mis en tête que l'objectif de la Russie était de s'emparer de l'Ukraine et de renverser son gouvernement.

²² Quelle: [French Intelligence Research CenterPoint zur militärischen Situation in der Ukraine vom 25. März 2022](https://cf2r.org/documentation/le-point-sur-la-situation-militaire-en-ukraine-au-25-mars-2022/) » [Französisches Nachrichtendienst-Forschungszentrum \(cf2r.org\)](https://cf2r.org/) Abruf 13.04.2022.
<https://cf2r.org/documentation/le-point-sur-la-situation-militaire-en-ukraine-au-25-mars-2022/>

En appliquant une logique très occidentale, ils ont vu Kiev comme le « centre de gravité » (*Schwerpunkt*) des forces ukrainiennes. Selon Clausewitz, le « centre de gravité » est l'élément duquel un belligérant tire sa force et sa capacité d'action, c'est donc l'objectif prioritaire de la stratégie d'un adversaire. C'est pourquoi, les Occidentaux ont systématiquement tenté de prendre le contrôle des capitales dans les guerres qu'ils ont mené. Formé et conseillé par des experts de l'OTAN, l'état-major ukrainien a, de manière assez prévisible, appliqué la même logique s'est attaché à renforcer la défense de Kiev et de ses environs, laissant ses troupes démunies dans le Donbass, le long de l'axe d'effort principal russe.

Si l'on avait bien écouté Vladimir Poutine, on aurait réalisé que l'objectif stratégique de la coalition russe n'est pas de s'emparer de l'Ukraine, mais de retirer toute menace sur les populations russophones du Donbass. En fonction de cet objectif général, le centre de gravité « réel » que la coalition russe tente de viser est le gros des forces armées ukrainiennes massées dans le sud-sud-est du pays depuis la fin 2021, et non Kiev.

ECHEC OU SUCCÈS RUSSE ?

Convaincus que l'offensive russe vise Kiev, les experts occidentaux en ont assez logiquement conclu que 1) les Russes piétinent et que 2) leur offensive est vouée à l'échec car ils ne pourront pas tenir le pays sur le long terme. Les généraux qui se sont suivis sur les plateaux de télévision en France semblent avoir oublié ce qu'un sous-lieutenant devrait savoir : « Connais ton ennemi ! »... et pas comme on voudrait qu'il soit, mais comme il est ! Avec des généraux comme ça, on n'a plus besoin d'ennemi !

Cela étant dit, le discours occidental sur une offensive russe qui s'enlise et dont les succès sont maigres fait également partie de la guerre de la propagande que se livrent les deux camps. Ainsi, la séquence des cartes des opérations publiées par Libération depuis la fin février ne montre pratiquement aucune différence d'un jour à l'autre jusqu'au 18 mars (date à laquelle le média a cessé ses mises à jour). Ainsi, le 23 février, sur France 5, la journaliste Élise Vincent évalue le territoire pris par la coalition russe comme l'équivalent de la Suisse ou des Pays-Bas. En réalité on est davantage sur la superficie de la Grande-Bretagne.

A titre d'exemple, observons la différence entre la carte de situation au 25 mars 2022 publiée par *Ouest-France* :



...et celle publiée par le ministère des Armées:



Situation Ukraine au 25 mars - © Ministère des armées

Par ailleurs, on notera que les forces ukrainiennes n'apparaissent sur *aucune* carte de situation présentée dans nos médias. Ainsi, si la carte du ministère des Armées donne une image un peu plus honnête de la réalité, elle évite soigneusement de mentionner les forces ukrainiennes encerclées dans le chaudron de Kramatorsk.

En fait, la carte de situation au 25 mars devrait plutôt ressembler à ceci :



Situation au 25 mars 2022. La ligne rouge représente l'avancée maximale des forces de la coalition russe et la poche bleue indique l'emplacement du gros de l'armée ukrainienne. En réalité cette poche est fractionnée en plusieurs chaudrons plus petits, que l'armée russe tente de réduire.

En fait, les forces ukrainiennes ne sont jamais représentées sur nos cartes, car cela montrerait qu'elles n'étaient pas déployées à la frontière russe en février 2022, mais qu'elles étaient regroupées au sud du pays en vue de l'offensive dont la phase préparatoire a débuté le 16 février. Ce qui confirme que la Russie n'a fait que réagir à une situation initiée par les Occidentaux, par l'Ukraine interposée, comme nous le verrons. Aujourd'hui, ce sont ces forces qui sont encerclées dans le chaudron de Kramatorsk et méthodiquement fragmentées et neutralisées petit-à-petit de manière incrémentale par la coalition russe.

Le flou entretenu sur la situation des forces ukrainiennes en Occident a d'autres effets. Tout d'abord, il entretient l'illusion d'une possible victoire ukrainienne. Ainsi, au lieu d'encourager un processus de négociation, les Occidentaux cherchent à prolonger la guerre. C'est pourquoi, l'Union européenne et certains de ses pays-membres ont envoyé des armes et encouragent ainsi la population civile et les volontaires de tout poil d'aller combattre, souvent sans formation et sans réelle structure de commandement, avec des conséquences meurtrières.

Nous savons que dans un conflit, chaque partie tend à informer de sorte à donner une image favorable de son action. Or, l'image que nous avons de la situation et des forces ukrainiennes est exclusivement basée sur des données fournies par Kiev. Elle masque les profondes déficiences de la conduite ukrainienne, pourtant formée et conseillée par des militaires de l'OTAN.

Ainsi, la logique militaire aurait voulu que les forces prises dans le chaudron de Kramatorsk se soient retirées sur une ligne à la hauteur du Dniepr, par exemple, afin de se regrouper et mener une contre-offensive ; mais elles ont reçu l'interdiction de se replier par le président Zelensky. Déjà en 2014 et en 2015, un examen attentif des opérations montrait que les Ukrainiens appliquaient des schémas « à l'occidentale », totalement inadaptés aux circonstances, face à un adversaire plus imaginatif, plus flexible et aux structures de conduite plus légères. C'est le même phénomène aujourd'hui.

Finalement, la vision partielle du champ de bataille que nous donnent nos médias nous a rendu incapables d'aider l'état-major ukrainien à prendre les bonnes décisions. Elle nous a conduit à penser que l'objectif stratégique évident était Kiev, que la « démilitarisation » visait l'adhésion de l'Ukraine à l'OTAN, et que la « dénazification » visait à renverser Zelensky. Cette légende a été alimentée par l'appel à la désobéissance adressé par Vladimir Poutine aux militaires ukrainiens, que l'on a interprété (avec beaucoup d'imagination et de préjugés) comme un appel à renverser le gouvernement. Or, cet appel visait les forces ukrainiennes déployées dans le Donbass afin qu'elles se rendent sans combattre. L'interprétation occidentale a poussé le gouvernement ukrainien à mal juger les objectifs russes et à mal utiliser son potentiel pour gagner.

On ne gagne pas une guerre avec des préjugés : on la perd, et c'est ce qui est en train de se passer. Ainsi, la coalition russe n'a jamais été « aux abois » ou « stoppée » par une résistance héroïque : elle n'a tout simplement pas attaqué là où on l'attendait ! Nous n'avons pas voulu écouter ce que Vladimir Poutine nous a pourtant très clairement expliqué. C'est pourquoi nous sommes ainsi devenus – volens nolens – les principaux artisans de la défaite ukrainienne qui se dessine. Paradoxalement, c'est probablement à cause de nos « experts » auto-proclamés et stratèges occasionnels de nos plateaux de télévision que l'Ukraine se trouve aujourd'hui dans cette situation !

LA CONDUITE DU COMBAT

Quant au déroulé des opérations, les analyses présentées dans nos médias viennent le plus souvent de politiques ou de soi-disant experts militaires, qui relaient la propagande ukrainienne.

Soyons clairs : une guerre, quelle qu'elle soit est un drame. Le problème ici est que nos stratèges en cravate cherchent clairement à surdramatiser la situation afin d'exclure toute solution négociée. Cette évolution pousse cependant certains militaires occidentaux à parler et à apporter un jugement plus nuancé. Ainsi, dans Newsweek, un analyste de la Defense Intelligence Agency (DIA), l'équivalent américain de la Direction du Renseignement Militaire (DRM) en France, constate qu'« *en 24 jours de conflit, la Russie a effectué quelque 1 400 frappes et lancé près de 1 000 missiles (à titre de comparaison, les États-Unis ont effectué plus de frappes et lancé plus de missiles le premier jour de la guerre d'Irak en 2003)* ».

Alors que les Occidentaux « préparent » le champ de bataille par des frappes intensives et prolongées avant d'envoyer leurs troupes sur le terrain, les Russes préfèrent une approche moins destructrice, mais plus intensive en troupes. Sur France 5, la journaliste Mélanie Tarvant présente la mort de généraux sur le champ de bataille comme preuve d'une déstabilisation de l'armée russe. Mais c'est une profonde méconnaissance des traditions et des modes de fonctionnement de celle-ci. Alors qu'en Occident, les commandants ont tendance à diriger depuis l'arrière, leurs homologues russes tendent à conduire en étant à la tête de leurs hommes : en Occident on dit « En avant ! », en Russie on dit « Suivez-moi ! ». C'est ce qui explique des pertes élevées dans les échelons supérieurs de commandement, déjà observées en Afghanistan, mais aussi une sélection des cadres beaucoup plus rigoureuse qu'en Occident.

Par ailleurs, l'analyste de la DIA note que « *la grande majorité des frappes aériennes ont lieu au-dessus du champ de bataille, les avions russes fournissant un « appui aérien rapproché » aux forces terrestres. Le reste – moins de 20 %, selon les experts américains – vise des aérodromes militaires, des casernes et des dépôts de soutien* ». Ainsi, la phrase « *bombardements indiscriminés [qui] dévastent la ville et tuent tout le monde* » reprise en chœur par les médias occidentaux semble contredire l'expert du renseignement américain qui déclare « *si nous nous contentons de nous convaincre que la Russie bombarde sans discernement, ou qu'elle ne parvient pas à infliger plus de dommages parce que son personnel n'est pas à la hauteur ou parce qu'il est techniquement inepte, alors nous ne voyons pas le conflit tel qu'il est* ».

En fait, les opérations russes diffèrent fondamentalement du concept occidental. L'obsession des Occidentaux de n'avoir aucun mort dans leurs propres forces les conduit à des opérations se traduisant essentiellement par des frappes aériennes très meurtrières. Les troupes terrestres n'interviennent que lorsque tout a été détruit. C'est pourquoi, en Afghanistan ou au Sahel, les Occidentaux tuent plus de civils que ne le font les terroristes. C'est pourquoi, les pays occidentaux engagés en Afghanistan, au Moyen-Orient et en Afrique du Nord ne publient plus le bilan des pertes civiles causées par leurs frappes. Car en fait, les Européens engagés dans des régions qui n'affectent que très marginalement leur sécurité nationale, comme les Estoniens au Sahel, y vont pour « se faire la main ».

En Ukraine, la situation est très différente. Il suffit de regarder une carte des zones linguistiques pour constater que la coalition russe opère presque exclusivement dans la zone russophone, donc au milieu de populations qui lui sont globalement favorables. Ce qui

explique également les déclarations d'un officier de l'US Air Force : « *Je sais que les médias ne cessent de répéter que Poutine cible les civils, mais rien ne prouve que la Russie le fasse intentionnellement* ».

À l'inverse, c'est pour la même raison – mais en creux – que l'Ukraine a déployé, ses combattants paramilitaires ultra-nationalistes dans les grandes villes comme Marioupol ou Kharkov: sans liens émotionnels ou culturels avec les populations locales, ces milices peuvent se battre même au prix de lourdes pertes civiles. Les atrocités que l'on est en train de découvrir actuellement, restent encore occultées par les médias francophones, de peur de perdre le soutien à l'Ukraine, comme le relèvent des médias proches des Républicains aux États-Unis.

Après des frappes de « décapitation » dans les premières minutes de l'offensive, la stratégie opérative russe a été de contourner les centres urbains pour envelopper l'armée ukrainienne « fixée » par les forces des républiques du Donbass. Il est important de rappeler que la « décapitation » n'a pas pour objectif d'anéantir les états-majors ou le gouvernement (comme nos « experts » tendent à le comprendre), mais à couper les structures de conduite de sorte à empêcher la manœuvre coordonnée des forces. On cherche, au contraire, à préserver les organes de conduite afin de pouvoir négocier une sortie de crise.

Le 25 mars 2022, après avoir verrouillé le chaudron de Kramatorsk, fermé toute possibilité de retraite aux Ukrainiens et pris la plus grande partie des villes de Kharkov et de Marioupol, la Russie a pratiquement rempli ses objectifs : il ne lui reste qu'à concentrer ses efforts sur la réduction des poches de résistance. Ainsi, contrairement à ce que la presse occidentale a affirmé, il ne s'agit pas d'une réorientation ou d'un redimensionnement de son offensive, mais de la mise en œuvre méthodique des objectifs annoncés le 24 février.

LE RÔLE DES VOLONTAIRES

Un aspect particulièrement inquiétant de ce conflit est l'attitude de gouvernements européens qui permettent ou encouragent l'engagement de leurs citoyens à aller se battre en Ukraine. L'appel de Volodymyr Zelensky à rejoindre la Légion internationale pour la défense territoriale de l'Ukraine qu'il vient de créer a été salué avec enthousiasme par les pays européens.

Encouragés par des médias qui présentent une armée russe en déroute, beaucoup de ces jeunes partent en s'imaginant aller – littéralement – à une partie de chasse. Or, une fois sur place la désillusion est grande. Les témoignages montrent que ces « amateurs » finissent souvent comme « chair à canon » sans avoir d'impact réel sur l'issue du conflit. L'expérience des conflits récents montre que l'arrivée de combattants étrangers n'apporte rien à un conflit si ce n'est que d'accroître sa durée et sa létalité.

Par ailleurs, l'arrivée de plusieurs centaines de combattants islamistes en provenance de la région d'Idlib, une région sous contrôle et sous protection de la coalition occidentale en Syrie (et dans laquelle deux chefs de l'État islamique ont été tués par les Américains) devrait éveiller notre inquiétude. En effet, les armes que nous fournissons très libéralement à l'Ukraine sont déjà en partie aux mains de personnes et d'organisations criminelles et commencent déjà à poser un problème de sécurité pour les autorités de Kiev elles-mêmes. Sans compter que les armes dont on vante l'efficacité contre les avions russes pourraient menacer à terme nos avions militaires et civils...

Le volontaire présenté fièrement par la RTBF au journal de 19h30 du 8 mars 2022 était un admirateur du « Corps Franc Wallonie » des volontaires belges engagés auprès du IIIe Reich,

et illustre le type de public attiré par l'Ukraine. En fin de compte, il faudra se demander qui a gagné le plus de la Belgique ou de l'Ukraine...

Distribuer des armes sans discernement pourrait fort bien faire – volens nolens – de l'UE un soutien de l'extrémisme, voire du terrorisme international. Résultat : nous ajoutons du malheur au malheur, afin de satisfaire davantage les élites européennes que l'Ukraine elle-même.

Trois points méritent d'être mis en lumière en guise de conclusion.

– *Le renseignement occidental ignoré des décideurs politiques*

Les documents militaires retrouvés auprès des états-majors ukrainiens au sud du pays confirment que l'Ukraine s'apprêtait à attaquer le Donbass et que les tirs observés par les observateurs de l'OSCE dès le 16 février annonçaient un déclenchement imminent dans les jours où les semaines.

Ici, une réflexion s'impose pour les Occidentaux : soit leurs services de renseignement n'ont pas vu ce qui se passait et ils sont très mauvais, soit les décideurs politiques ont choisi de ne pas les écouter. Nous savons que les services de renseignement russes ont des capacités analytiques bien supérieures aux services occidentaux. Nous savons également que les services de renseignement américains et allemands avaient très bien compris la situation depuis la fin 2021, et savaient que l'Ukraine s'apprêtait à attaquer le Donbass.

Ce qui nous permet de déduire que les dirigeants politiques américains et européens ont délibérément poussé l'Ukraine dans un conflit qu'ils savaient perdu d'avance, à seule fin de porter un coup politique à la Russie.

La raison pour laquelle Zelensky n'a pas déployé ses forces à la frontière russe et a affirmé à plusieurs reprises que son grand voisin ne l'attaquerait pas était vraisemblablement qu'il pensait s'appuyer sur la dissuasion occidentale. C'est ce qu'il a confié à CNN le 20 mars : on lui a clairement dit que l'Ukraine ne ferait pas partie de l'OTAN, mais que publiquement on dirait l'inverse ! On a donc instrumentalisé l'Ukraine pour toucher la Russie. L'objectif étant la fermeture du gazoduc North Stream 2, annoncée le 8 février par Joe Biden lors de la visite d'Olaf Scholz et qui a été suivie d'une pluie de sanctions.

– *Une diplomatie en panne*

Manifestement, depuis la fin 2021, aucun effort n'a été effectué par les Occidentaux pour réactiver les accords de Minsk, comme en témoignent les comptes-rendus des visites et des conversations téléphoniques, notamment entre Emmanuel Macron et Vladimir Poutine. Or, la France, comme garante des Accords de Minsk et comme membre permanent du Conseil de Sécurité des Nations Unies, n'a pas respecté ses engagements, ce qui a conduit ainsi à la situation que l'Ukraine vit aujourd'hui. On a même le sentiment que les Occidentaux ont cherché à jeter de l'huile sur le feu depuis 2014.

Ainsi, la mise en état d'alerte des forces nucléaires par Vladimir Poutine le 27 février a été présentée par nos médias et nos politiciens comme un acte irrationnel ou de chantage. Ce que l'on oublie est qu'elle a suivi la menace à peine voilée lancée par Jean-Yves Le Drian, trois jours plus tôt, qui a indiqué que l'OTAN pouvait utiliser l'arme nucléaire. Il est très probable que Poutine n'a pas pris cette « menace » au sérieux, mais voulait pousser les pays occidentaux – et la France en particulier – à abandonner un langage excessif.

– La vulnérabilité des Européens à la manipulation s'accroît

Aujourd'hui, la perception propagée par nos médias que l'offensive russe est en panne, que Vladimir Poutine est fou, irrationnel et donc prêt à tout pour sortir de l'impasse dans laquelle il serait. Dans ce contexte totalement émotionnel, la question pour le moins étrange posée par le sénateur républicain Marco Rubio lors de l'audition de Victoria Nuland devant le Congrès : « *S'il y a un incident ou une attaque en Ukraine avec des armes biologiques ou chimiques, y-a-t'il le moindre doute dans votre esprit qu'il a 100% de chances pour que les Russes en soient responsables ?* » Naturellement elle répond qu'il n'y a aucun doute. Pourtant il n'y a rigoureusement aucune indication que les Russes utilisent de telles armes. D'ailleurs, les Russes ont terminé de détruire leurs stocks en 2017, alors que les Américains ne les ont pas encore détruits...

Peut-être que cela ne signifie rien. Mais dans l'ambiance actuelle, toutes les conditions sont réunies pour qu'un incident arrive, de nature à pousser les Occidentaux à s'engager davantage, sous une forme ou une autre, dans le conflit ukrainien (incident « sous fausse bannière »). ●

* * *

Ein durchdachter 'Plan B' für den Ukraine-Krieg

Redaktioneller Meinungsbeitrag

30.03.2022. <https://most.report/hitryj-plan-b-dlya-voyny-na-ukraine/> (Abruf 2. April 2022)

ХИТРЫЙ «ПЛАН Б» ДЛЯ ВОЙНЫ НА УКРАИНЕ



Межконтинентальная организация совместного творчества

РЕДАКЦИЯ

03.30.2022 г.

Итак, прошли 33 дня и 33 ночи «специальной военной операции» России на Украине. Самое время проанализировать прошедшее. Но не в духе обычных диванных стратегов в стиле «Все дураки, а я д'Артаньян», а всё же исходя из аксиомы, что операцию готовили умные люди.

Редакция МОСТ может критически относиться к товарищу Путину, но не считает действующего президента России ни легкомысленным, ни тем более глупым. Соответственно, не сочтём дураками и военное командование, планировавшее операцию.

Итак, что мы видим с 24 февраля удивительного и необычного в ходе военной операции? Самое удивительное и необычное, что операция начата относительно малыми силами, но с огромным территориальным размахом и почти на всех возможных направлениях.

²³ МОСТ – межконтинентальная организация совместного творчества – журнал о культуре и искусстве. Свидетельство о регистрации ЭЛ № ФС 77-79440.

"VK is the largest social network in Russia and the CIS. Our mission is to connect people, services and companies by creating simple and convenient communication tools.

The VK Social Network Team is based in three cities: Saint Petersburg, Moscow and Sochi. We also have [regional representative offices](#) in Yekaterinburg, Kazan, Nizhny Novgorod, Kazakhstan, as well as Turkey and Germany.

Our headquarters are located in the Singer House, a historical landmark in the center of Saint Petersburg. Among ourselves, we call the building "Zinger" and "Zee". To let other people know where we are, we say it's the "House of Books". The Singer House is where we meet to make the most important decisions." Ссылки: <https://vk.com/mostportal>

Это необычно и удивительно. Предвидим сходу возражение, мол, это потому, что готовились к «крымскому сценарию» и 2014 году ... Но тут уж возразим – Путин, кто угодно, но не идиот. Он мог сколько угодно рассчитывать и надеяться на «крымский сценарий», однако, ни за что не поверим, что он начал эту огромную операцию, имея лишь «план А», и не имея «плана Б»... Ну, граждане в натуре без бэ – без Б тут обойтись не могло в принципе.

То есть помимо «крымского сценария», очевидно (см. выше: мы никого не считаем глупцами), в Кремле и Генштабе ВС РФ заранее был рассмотрен и вариант, когда «крымского сценария» не будет, а будет реальная военная операция с реальными боями.

И каким же был этот русский «план Б»? Попробуем понять его, опираясь на объективные факторы и общеизвестные факты.

Факт первый – русская военная операция началась весьма отлично от всех крупных, сопоставимых по масштабам боевых операций за последнюю треть века. Главное отличие – наземное наступление начато без предварительной авиационной подготовки. К примеру, американская «Буря в пустыне» 1991 года началась с 37 суток авиационных и ракетных бомбардировок.

Войну с Ираком 2003 года тоже надо рассматривать в контексте многолетней (именно многолетней!) ракетно-бомбовой подготовки наземного наступления. У нас просто забыли, что США ввели «бесполётную зону» для Ирака с 1991 года и держали её аж 12 лет, до полной оккупации Ирака в 2003 году. При этом с 1991 по начало 2003 года США регулярно наносили ракетно-бомбовые удары по территории Ирака. Чувствуете масштаб? – аж 12 лет периодических авиаударов ...

При этом Ирак по площади на треть меньше Украины. Но Ирак это на 57% вообще пустыня, где нет ничего, так что по реальной площади, где расположены главные военные объекты и вся критическая инфраструктура, Ирак почти в три раза меньше Украины. А у США и союзников в 1991 году на эту площадь нацелили порядка 2000 самолетов – почти в три раза больше, чем сегодня число авиамашин русских ВВС, работающих по Украине.

И повторим – в этих условиях коалиция США более месяца, целых 37 суток предварительно «размягчала» Ирак, в том числе ковравыми

бомбардировками. Россия так не сделала. Почему? Скажут, что, мол, из гуманизма и просто потому, что рассчитывали на «крымский сценарий». Возразим – мы ведь не считаем руководство РФ идиотами и помним про обязательный «план Б» на случай, если «крымского сценария» не получается...

Могла ли Россия по «плану Б» начать войну с ракетно-бомбового «размягчения» Украины до наземного наступления, как это США делали в Ираке? Ответ прост – не могла.

Просто представьте себе, что РФ с 24 февраля начинает ракетные пуски и авианалёты по ВСУ, но наземное наступление не начинается. Что будет в таких условиях? В таких условиях (напомню, Украина больше Ирака, а ВВС России куда меньше авиации США и их союзников) военные силы киевского режима будут «размягчены» с воздуха далеко не сразу. Но в отсутствии наземного наступления, артиллерийские и, главное, довольно серьёзные ракетные части ВСУ получают свободу действий ... Свободу действий наносить ответные удары по территории России. А протяженность только сухопутной российско-украинской границы, напомню, это аж 1.926 км. Почти две тысячи километров! Ну хорошо, несколько сот из них прикрыты ДНР и ЛНР, но остаётся более тысячи км вполне открытой границы.

Вот смотрите – где у России главный и самый масштабный успех сухопутного наступления? Правильно – в Северной Таврии. Всего за 2–3 суток русская армия отодвинула возможную зону действия ракет и артиллерии ВСУ на 100–190 км от Крыма. А теперь представим, что Россия начала военную операцию с длительной воздушной бомбардировки, без наступления на земле. Но, как мы уже поняли, всю Украину за несколько дней – и даже недель, и даже месяцев! – не выбомбить. То есть ВСУ получают возможность стрелять по российской территории со своих прежних мест расположения.

Например из района Генчеська под Крымом ракеты «Точка-У» добьют не только до Симферополя, но и с немалым шансом до того самого Крымского моста. А с северных и восточных районов Сумской области «Точки-У» легко накроют Брянск, Курск, Белгород... Ну а с севера Житомирской, Киевской и Черниговской областей «Точки-У», например,

спокойно накрывают белорусские Мозырь и Гомель, которые сегодня являются главными базами наступления на Киев и Чернигов.

Добавим к этому, что север Крыма вообще накрывается артиллерией и РСЗО. Собственно новая украинская РСЗО «Ольха», созданная в 2018 году, вполне способна достать от Перекопа до Симферополя. И повторю – все ракеты и РСЗО воздушными ударами за первые сутки не стереть. И за первую неделю не стереть. И даже за первый месяц одних воздушных ударов не уничтожить их полностью.

Реальная возможность обезопасить от обстрелов всю огромную дугу сухопутной границы – от Мозыря до Симферополя – это именно неожиданное и стремительное сухопутное наступление, чтобы сразу и сходу сдвинуть линию, с которой ВСУ может стрелять. Что и было сделано в конце минувшего февраля ...

Вот почему «специальную военную операцию» начали вообще без предварительного «размягчения» ВСУ с воздуха. При этом, как в любом разумном плане, решался сразу комплекс задач.

Во-первых, достигалась оперативная внезапность удара (не стратегическая, а именно оперативная).

Во-вторых, неожиданный бросок вглубь Украины позволил занять ряд выгодных рубежей – одно стремительное форсирование Днепра у Каховки и Херсона это реально подвиг и большой военный успех.

В-третьих, такой масштаб повсеместного наступления – от Киева до Крыма – фактически сковал все силы и резервы ВСУ по всей Украине, сколь-либо крупный маневр организованными армейскими резервами с запада страны на восток, к Донбассу и Таврии, фактически, стал невозможен в первые дни войны.

И в-четвертых, как мы уже поняли – стремительное, неожиданное наступление без предварительной подготовки с воздуха дало возможность сдвинуть линию ракетно-артиллерийской стрельбы на многие десятки, а то и сотню с лишним километров. В итоге Крым и пограничные с Украиной области России и Белоруссии сходу стали на порядок безопаснее от потенциальных ракетных ударов и обстрелов РСЗО. Отдельные налёты прокравшихся машин возможны и сейчас, но сколь-либо массовые обстрелы уже невозможны.

И разъясним ещё один важный момент стремительного и неожиданного наступления первых дней. В нашем разумном «плане Б» столицу Украины, мегаполис Киев, брать штурмом и не собирались – силами в 20 и даже 30 тыс. солдат его можно взять только в фантазиях или при реально «крымском сценарии».

Прорыв из Белоруссии западнее Киева на Гостомель и Васильков, с дерзкими десантами – это не столько захват столицы Украины, это другое и даже более важное. Это в сущности разрезает пополам всю транспортную и железнодорожную сеть Украины. Поскольку основные и самые лучшие пропускные пути (ж/д и авто) идут именно через Киев. Все артерии через Днепр южнее Киева куда скоромнее и могут быть при необходимости куда легче перекрыты авиацией, ибо там и ПВО куда скромнее, чем вокруг столицы Украины... Словом, главная цель броска на Киев совсем иная – не захватить Киев, а ликвидировать Киев как самый важный логистический центр целой страны. И это было сделано в первые несколько суток.

Но продолжим наши рассуждения о разумном «плане Б». Итак, за первые несколько суток оперативной неожиданности русские войска продвинулись на всех направлениях, критических для безопасности собственно территории РФ. Что дальше? А дальше мы видим, что сколько-либо активное наступление русской армии практически прекращено и началось то самое воздушное «размягчение» ВСУ и методичное уничтожение военной инфраструктуры Украины, а так же стратегических запасов бензина и прочих запасов ГСМ.

Почему прекращено активное наступление? Потому что ВСУ и прочие силы киевского режима оправились от неожиданности первых дней. В таких условиях продолжать рьяное наступление на противника, ещё не «размягченного» с воздуха, конечно можно, но это будут уже серьёзно возросшие потери. А руководство РФ, явно, стремится избежать высоких потерь.

Но тут есть и ещё один не вполне явный для поверхностного восприятия резон. Какой?

А такой – надо понять, что Россия начала эту войну, в сущности, армией мирного времени. Да, сколько бы ни было у офицеров «сирийского» и «чеченского» опыта, но ВС РФ до 24.02.2022 г. это именно армия

мирного времени с некоторым опытом локальной войны против противника повстанческого уровня, т.е. не имеющего серьёзных артиллерийских, а так же бронетанковых сил и средств.

Но как раз ВСУ это армия с массой артиллерии и бронетехники. При том это армия с масштабным и многолетним опытом артиллерийской войны 2014-22 годов. Вдобавок ВСУ это армия, в которой последние 8 лет активнейше велась пропаганда военного времени и военного стиля. Не будем говорить о содержании этой пропаганды, но с технической точки зрения она велась крайне активно и серьёзно. Словом, русская армия мирного времени начала войну с армией пусть и более технически слабой, но которая пребывает на войне последние 8 лет.

Инерцию мирного времени никогда и нигде не победят только приказы и опыт отдельных ветеранов. Инерцию мирного времени целиком и полностью преодолевает только и исключительно война! Вот потому с первой декады марта и приостановлено активное наступление русских почти на всех направлениях – армия России, заняв стратегически выгодные рубежи, ждёт итогов воздушного «размягчения», сковывает и потихоньку перемалывает противника, при этом по возможности сохраняя людей и с каждым новым днём изживая инерцию мирного времени.

При этом у России, благодаря господству в воздухе и первоначальному «растаскиванию» сил и резервов ВСУ по всем концам Украины, есть такая возможность – снизив активность, готовить вышеуказанные цели. Господство в воздухе позволяет не только с каждым новым днём «размягчать» ВСУ, но и не позволяет украинским войскам провести сколь-либо серьёзное контрнаступление выше тактического уровня. На тактические удары ВСУ способно и их активно проводит – но на что-то большее даже против остановившихся ВС РФ у них возможности нет. Потому-то русская армия и «притормозила» и на выгодных рубежах «ждёт» итогов воздушного «размягчения» и деятельно готовит дальнейшее развитие событий ...

И дальнейшее в обозримые недели, скорее всего, будет таким – продолжится частичная блокада Киева, без каких-либо попыток его штурма, на фоне ударов по ВСУ с других направлений, прежде всего на Донбассе и, возможно, на правом берегу Днепра.

Вот такой вот «план Б», выведенный из общеизвестных фактов объективной реальности и из одной аксиомы, заключающейся в том, что в Кремле и Генштабе ВС РФ сидят не идиоты.

...Ну а всякие политические манёвры и переговоры? В том числе вчерашние на Босфоре? Это всё ритуальное. Президент Зеленский и вообще любой официальный Киев в текущем состоянии не могут себе позволить признать Крым российским и суверенитет Донецких республик. И, соответственно, президент Путин и любая официальная Россия не могут сегодня позволить себе отступить от этих требований. Так что таких «переговоров» на фоне идущей войны ещё будет много... Просто вчера Путин сделал аванс «коллеге» Эрдогану, позволив ему набрать очки геополитика и миротворца внутри страны – ведь через год у Эрдогана президентские и парламентские выборы в весьма расколотой Турции.

Но это мы уже перешли от военного анализа к политическому. Так что закончим на этом сеанс диванной аналитики. Лишь подчеркнём, что наша диванная аналитика имела всего один, но весомый плюс – мы не считаем акторов текущей войны глупее себя. ●

Категория: Аналитика

Страна: Россия, Украина

<https://vk.com/mostportal>

ERLASS
des Präsidenten der Ukraine № 117/2021

Ukrainisches Original: Online-Portal der Präsidialverwaltung der Ukraine 24. März 2021

Quelle: (bearb., Abruf 23.03.2022) <https://president.gov.ua/documents/1172021-37533>

УКАЗ ПРЕЗИДЕНТА УКРАЇНИ №117/2021

Про рішення Ради національної безпеки і оборони України
від 11 березня 2021 року

«Про Стратегію деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої
території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя»

Відповідно до статті 107 Конституції України **постановляю:**

1. Увести в дію рішення Ради національної безпеки і оборони України від 11 березня 2021 року «Про Стратегію деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя» (додається).
2. Затвердити Стратегію деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя (додається).
3. Контроль за виконанням рішення Ради національної безпеки і оборони України, введеного в дію цим Указом, покласти на Секретаря Ради національної безпеки і оборони України.
4. Цей Указ набирає чинності з дня його опублікування.

Президент України **В.ЗЕЛЕНСЬКИЙ**

24 березня 2021 року

BESCHLUSS vom 11. März 2021

des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine

Ukrainisches Original: Online-Portal der Präsidialverwaltung der Ukraine 24. März 2021

Quelle: (bearb., Abruf 23.03.2022) <https://president.gov.ua/documents/1172021-37533>

Введено в дію
Указом Президента України
від 24 березня 2021 року № 117/2021

РІШЕННЯ

Ради національної безпеки і оборони України

від 11 березня 2021 року

Про Стратегію деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя

Відповідно до положень статті 4 Закону України «Про Раду національної безпеки і оборони України» Рада національної безпеки і оборони України, розглянувши проект Стратегії деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя,

вирішила:

1. Схвалити проект Стратегії деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя.
2. Запропонувати Президентові України затвердити Стратегію деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя.
3. Кабінету Міністрів України у тримісячний строк розробити та затвердити план заходів з реалізації Стратегії деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя.

Секретар Ради національної безпеки і оборони України [О.ДАНІЛОВ](#)

STRATEGIE

zur Beendigung des Besatzungsregimes und Wiedereingliederung
der vorübergehend besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der
Stadt Sewastopol

Ukrainisches Original: Online-Portal der Präsidialverwaltung der Ukraine 24. März 2021

Quelle: (bearb., Abruf 23.03.2022) <https://president.gov.ua/documents/1172021-37533>

ЗАТВЕРДЖЕНО

Указом Президента України
від 24 березня 2021 року № 117/2021

СТРАТЕГІЯ

**деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території
Автономної Республіки Крим та міста Севастополя**

Преамбула

Збройна агресія Російської Федерації проти України, розпочата у 2014 році, призвела до тимчасової окупації Російською Федерацією невід'ємних частин території України – Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, окремих районів у Донецькій та Луганській областях, створивши перший у Європі після Другої світової війни прецедент спроби анексії частини території однієї держави іншою.

Російська Федерація як одна зі сторін Меморандуму про гарантії безпеки у зв'язку з приєднанням України до Договору про нерозповсюдження ядерної зброї 1994 року грубо знехтувала своїми міжнародними зобов'язаннями за цим міжнародним договором, порушила один з основних принципів міжнародного права щодо непорушності кордонів, піддала ревізії архітектуру європейської системи безпеки.

Реалізуючи агресивні зовнішньополітичні стратегії, Російська Федерація проводить активну мілітаризацію тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, створює військово-стратегічний плацдарм поширення зони збройного конфлікту з Кримського півострова на Середземноморський регіон, Близький Схід та Африку.

Кримський півострів поступово перетворюється Російською Федерацією на військову базу, стає джерелом небезпеки і загрози для стабільності Європи і всього світу. А в разі розміщення на території Кримського півострова тактичної ядерної зброї і засобів її доставки Російська Федерація руйнує міжнародний режим нерозповсюдження зброї масового ураження, перетворює тимчасово окуповану територію Автономної Республіки Крим та міста Севастополя на потенційну військову мішень, ставить під загрозу безпеку та життя громадян України.

На тимчасово окупованій території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя Російською Федерацією та її окупаційною адміністрацією системно порушуються права людини і основоположні свободи, зокрема право на свободу слова, мирних зібрань, свободу світогляду та віросповідання, вчиняються злочини проти людяності, воєнні злочини та інші порушення норм міжнародного гуманітарного та міжнародного кримінального права, здійснюються політично вмотивовані кримінальні переслідування, систематичне переслідування осіб, які засуджують окупацію Російською Федерацією території України, проводиться призов місцевого населення на військову службу держави-окупанта, застосований масовий примус місцевого населення до набуття громадянства Російської Федерації, здійснюються незаконні позбавлення волі, обшуки, застосовуються катування, порушується право на справедливий суд.

Від початку тимчасової окупації Російською Федерацією на території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя здійснюється системне та масове блокування доступу до українських інформаційних ресурсів, зокрема засобів масової інформації, офіційних вебсайтів органів державної влади України та органів місцевого самоврядування, інших суб'єктів владних повноважень, сайтів окремих громадських об'єднань у мережі Інтернет, що робить російські пропагандистські інформаційні ресурси іноді єдиними доступними джерелами отримання інформації громадянами України на тимчасово окупованій території України.

Російською Федерацією та її окупаційною адміністрацією на тимчасово окупованій території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя

порушуються права корінних народів і національних меншин України, зокрема право на етнічну ідентичність, культурну і мовну самобутність, свободу світогляду і віросповідання, свободу об'єднань, право на освіту, спостерігаються утиски та системні прояви дискримінації за етнічною та релігійною ознаками, впроваджується цілеспрямована політика щодо зміни демографічного складу населення. З тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя здійснюється витискання українців, представників корінних народів, знищення ознак їх національної ідентичності.

Російською Федерацією, окупаційною адміністрацією Російської Федерації вчиняються дії щодо протиправного заволодіння, користування та розпорядження майном, у тому числі земельними ділянками, що знаходяться на тимчасово окупованій території України і належить державі Україна, Автономній Республіці Крим, територіальним громадам, у тому числі територіальній громаді міста Севастополя, а також громадянам і юридичним особам України.

З метою створення умов для деокупації та безпечної реінтеграції тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, нейтралізації загроз національній та міжнародній безпеці, гарантування прав людини і основоположних свобод на основі Декларації про державний суверенітет України та Конституції України, керуючись Статутом Організації Об'єднаних Націй та Декларацією про принципи міжнародного права, що стосуються дружніх відносин та співробітництва між державами відповідно до Статуту Організації Об'єднаних Націй від 24 жовтня 1970 року, Заключного акта Наради з безпеки та співробітництва в Європі від 1 серпня 1975 року, Резолюцією Генеральної Асамблеї Організації Об'єднаних Націй «Про територіальну цілісність України» від 27 березня 2014 року № 68/262, положеннями актів інших міжнародних організацій, членом яких є Україна, з урахуванням Закону України «Про забезпечення прав і свобод громадян та правовий режим на тимчасово окупованій території України», Стратегії національної безпеки України, затвердженої Указом Президента України від 14 вересня 2020 року № 392, Постанови Верховної Ради України від 22 вересня 2016 року № 1602–VIII «Про Рекомендації парламентських слухань на тему: «Стратегія реінтеграції в Україну тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та

міста Севастополь: проблемні питання, шляхи, методи та способи»
Україна визначає Стратегію деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя.

Загальні положення

1. Наскрізним елементом політики деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя (далі – тимчасово окупована територія) є реалізація комплексу заходів дипломатичного, військового, економічного, інформаційного, гуманітарного та іншого характеру.
2. Одним із найважливіших елементів політики реінтеграції тимчасово окупованої території є застосування інклюзивного суспільного діалогу за участю інститутів громадянського суспільства, залучення їх до процесу підготовки та реалізації політики і механізмів установа та підтримання миру.
3. Формування в Україні політики деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території поєднується із заходами щодо розбудови миру, посилення обороноздатності держави, забезпечення подальшого суспільно-політичного і соціально-економічного розвитку України на засадах європейської та євроатлантичної інтеграції.
4. Цілями державної політики щодо забезпечення деокупації тимчасово окупованої території та її безпечної реінтеграції є:
 - відновлення територіальної цілісності України у межах її міжнародно визнаного державного кордону, забезпечення державного суверенітету України;
 - забезпечення національної єдності, стійкості та згуртованості українського суспільства і держави Україна;
 - припинення використання тимчасово окупованої території для діяльності, яка загрожуює національній безпеці України та/або спрямована на підірив міжнародної безпеки і миру;
 - визначення правових засад перехідного правосуддя;
 - формування та реалізація політики у правовій, соціальній, освітній, інформаційній, гуманітарній та інших сферах щодо зростання та зміцнення рівня довіри, гарантування прав та законних інтересів громадян України, які постраждали внаслідок тимчасової окупації;

забезпечення сталого суспільно-політичного, гуманітарного та економічного розвитку України відповідно до визначених засад внутрішньої і зовнішньої політики, стратегічного курсу держави на набуття повноправного членства України в Європейському Союзі та Організації Північноатлантичного договору.

Керівні принципи

5. Територія Автономної Республіки Крим та міста Севастополя є невід'ємною складовою частиною території України.
6. Україна послідовно всіма засобами протидіє легітимізації Російською Федерацією спроби анексії тимчасово окупованої території та інтеграції цієї території у правовий, політичний, соціально-економічний, гуманітарний, інформаційний простір Російської Федерації.
7. Україна не визнає і не визнаватиме результатів так званих «референдумів і виборів», проведених на тимчасово окупованій території з порушенням законодавства України та міжнародного права.
8. Україна наголошує на пріоритетності політико-дипломатичних засобів із вирішення збройного конфлікту, розв'язаного Російською Федерацією, відновлення та розбудови миру.
9. Україна залишає за собою право застосування всіх передбачених міжнародним правом і національним законодавством засобів захисту прав і свобод людини, національних інтересів, відновлення територіальної цілісності України у межах її міжнародно визнаного державного кордону та забезпечення державного суверенітету.
10. Україна визнає недійсними будь-які правочини, вчинені фізичними і юридичними особами на тимчасово окупованій території з порушенням вимог законодавства України.
11. Україна не визнає примусового або автоматичного набуття громадянами України, які проживають на тимчасово окупованій території, громадянства Російської Федерації, розцінюючи це як акт примусу щодо громадян України та порушення міжнародного гуманітарного права.
12. Україна запроваджує заходи у сфері перехідного правосуддя, зокрема щодо відшкодування шкоди, завданої у зв'язку зі збройною агресією Російської Федерації, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією

території України, захисту та відновлення порушених прав, притягнення до відповідальності винних осіб, забезпечення права на правду про збройний конфлікт, недопущення виникнення збройного конфлікту в майбутньому.

13. Україна відстоює принцип денуклеаризації і демілітаризації Кримського півострова, перетворення Чорноморського регіону на територію миру і безпеки.

14. Україна формує доказову базу щодо міжнародних злочинів, які вчиняє Російська Федерація та її окупаційна адміністрація на тимчасово окупованій території, зокрема порушень прав людини, воєнних злочинів та злочинів проти людяності, норм міжнародного гуманітарного права та міжнародного кримінального права, а також забезпечує збір інформації про моральну і матеріальну шкоду та збитки, заподіяні державі Україна, її громадянам і юридичним особам у зв'язку зі збройною агресією Російської Федерації, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією території України.

15. Україна формує правові засади та вживає заходів із надання допомоги громадянам України, які постраждали внаслідок збройної агресії Російської Федерації, збройного конфлікту, тимчасової окупації території України, відшкодування завданої їм шкоди, встановлює з урахуванням норм міжнародного права правові підстави притягнення до відповідальності осіб, причетних до здійснення збройної агресії Російської Федерації проти України, встановлення режимів тимчасової окупації та контролю щодо частини території України з боку Російської Федерації, зокрема визначає підстави для застосування амністії, люстрації.

16. Україна відстоює позицію щодо недопущення послаблення (зменшення кількості, обсягу та форм контролю за фактичним станом) персональних спеціальних економічних та інших обмежувальних заходів (санкцій), запроваджених Україною, іноземними державами, міжнародними (міждержавними) організаціями (об'єднаннями) до Російської Федерації, її фізичних та юридичних осіб, до досягнення мети їх запровадження, а також щодо необхідності посилення санкційного тиску на Російську Федерацію, у тому числі запровадження

нових санкцій, з метою забезпечення деокупації території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя.

17. Україна застосовує особливий режим в'їзду на тимчасово окуповану територію та виїзду з неї з метою гарантування безпеки громадян, захищення критично важливих об'єктів інфраструктури, недопущення поширення з тимчасово окупованої території терористичних та інших загроз.

18. Україна здійснює постійний моніторинг перетину її державного кордону та перетину адміністративної межі з тимчасово окупованою територією, вживає відповідно до законодавства України заходів щодо притягнення до відповідальності фізичних осіб, які незаконно перебувають на тимчасово окуповану територію.

19. Україна вживає усіх необхідних соціальних, гуманітарних, освітніх, комунікаційних, правових, медичних та інших заходів для забезпечення можливості реалізації громадянами України, які проживають на тимчасово окупованій території, їхніх прав та законних інтересів на підконтрольній Україні території.

20. Україна створює умови для зростання та зміцнення рівня довіри громадян України, які проживають на тимчасово окупованій території, до органів державної влади України, інших суб'єктів владних повноважень.

21. Україна розробляє заходи із підтримки в соціальній, гуманітарній, економічній, освітній, медичній сферах, спрямовані на відновлення прав та законних інтересів громадян України, які постраждали внаслідок збройної агресії Російської Федерації, збройного конфлікту, тимчасової окупації території України, у тому числі тих, які проживають на тимчасово окупованій території.

22. Україна визнає незаконним будь-яке ввезення/вивезення товарів військового призначення та подвійного використання на/із тимчасово окупованої території, що здійснюється з порушенням законодавства України у сфері експортного контролю.

Пріоритетні напрями

23. Передумовами реінтеграції тимчасово окупованої території є:

розвиток демократичних інститутів, механізмів забезпечення захисту прав, свобод людини і громадянина;

розвиток економіки України, що має забезпечити поступове наближення якості життя в Україні до європейських стандартів;

підвищення ефективності державного управління, зміцнення обороноздатності держави, поліпшення спроможностей та розвиток Збройних Сил України, інших утворених відповідно до законів України військових формувань, правоохоронних органів, розбудова оборонно-промислового комплексу;

підвищення рівня національної стійкості, запобігання потенційним конфліктам;

вирішення проблем внутрішньо переміщених осіб, які постраждали внаслідок збройної агресії Російської Федерації, збройного конфлікту, тимчасової окупації території України;

постійна підтримка та розвиток контактів соціально-гуманітарного, культурного, інформаційного характеру з громадянами України, які проживають на тимчасово окупованій території;

сприяння консолідації українського суспільства, формування патріотичного, державницького світогляду, збереження та розвиток духовно-моральних цінностей Українського народу;

консолідація міжнародних зусиль з метою сприяння процесу деокупації тимчасово окупованої території, вирішення проблемних питань, пов'язаних із тимчасовою окупацією Російською Федерацією частини території України, зокрема щодо посередництва під час переговорів у різних міжнародних форматах, здійснення моніторингу, надання допомоги Україні у військово-технічній, економічній, гуманітарній та інших сферах;

забезпечення реалізації громадянами України, які проживають на тимчасово окупованій території, гарантованого Конституцією України права на освіту.

Захист прав і свобод людини

24. Державна політика щодо тимчасово окупованої території виходить з пріоритетності гарантій безпеки людини, ужиття усіх необхідних заходів із забезпечення її прав і основоположних свобод, доступу до

освіти та медичного обслуговування, реалізації права на свободу світогляду і віросповідання, а також прав у соціально-економічній, культурній, інформаційній та інших сферах.

25. Україна фіксує всі факти порушень Російською Федерацією, окупаційною адміністрацією Російської Федерації прав і свобод та законних інтересів громадян України на тимчасово окупованій території, вживає заходів для надання їм відповідної правової оцінки, захисту та відновлення прав, свобод і законних інтересів.

26. Україна визначає одним із пріоритетних завдань своєї політики щодо тимчасово окупованої території ужиття усіх необхідних заходів із захисту прав і законних інтересів громадян України, а також іноземців та осіб без громадянства, які перебувають на цій території на законних підставах.

27. Україна наполягає на необхідності звільнення всіх заручників і незаконно утримуваних осіб, які перебувають на тимчасово окупованій території або території Російської Федерації, всіх громадян України, що незаконно переслідуються владою Російської Федерації, окупаційною адміністрацією Російської Федерації за політичними мотивами, а також об'єктивного розслідування із залученням експертів міжнародних організацій усіх випадків зникнення громадян України на тимчасово окупованій території.

28. Україна здійснює постійний моніторинг рішень і дій Російської Федерації, окупаційної адміністрації Російської Федерації щодо тимчасово окупованої території, які порушують права та законні інтереси юридичних осіб та громадян України, а також іноземців, осіб без громадянства, які на законних підставах перебувають на тимчасово окупованій території, та надає правову оцінку таким рішенням і діям.

29. Україна підтримує ініціативи, спрямовані на захист прав і свобод людини на тимчасово окупованій території, здійснення моніторингу додержання Російською Федерацією, окупаційною адміністрацією Російської Федерації норм міжнародного права, насамперед у сфері прав і свобод людини та міжнародного гуманітарного права.

30. Україна виходить із необхідності широкого залучення і всебічного сприяння діяльності на постійній основі міжнародних організацій та

громадських правозахисних організацій щодо захисту прав і свобод людини на тимчасово окупованій території.

31. Україна продовжує співробітництво в рамках міжнародних організацій з метою підготовки і прийняття рішень щодо міжнародного засудження порушень прав людини і основоположних свобод на тимчасово окупованій території, та застосування до Російської Федерації, її окупаційної адміністрації відповідних заходів впливу, домагатиметься виконання таких рішень.

Правовий захист громадян України і юридичних осіб України, права і законні інтереси яких порушені внаслідок збройної агресії Російської Федерації та тимчасової окупації території України

32. Україна надає сприяння у здійсненні правового захисту і представленні прав і законних інтересів громадян і юридичних осіб України, які порушені внаслідок збройної агресії Російської Федерації, збройного конфлікту, тимчасової окупації території України, у судах України і міжнародних судових установах.

33. Україна надає правову оцінку діям або бездіяльності посадових і службових осіб державних органів, органів місцевого самоврядування, військових формувань та правоохоронних органів України, що порушили присягу і вчинили державну зраду під час здійснення Російською Федерацією збройної агресії проти України та тимчасової окупації Автономної Республіки Крим і міста Севастополя.

34. Україна вживає заходів, передбачених Законом України «Про санкції», та інших законних заходів щодо так званих «посадових і службових осіб» органів окупаційної адміністрації Російської Федерації і збройних формувань Російської Федерації, посадових і службових осіб Російської Федерації, безпосередньо причетних до тимчасової окупації території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, юридичних осіб Російської Федерації та інших держав, які здійснюють незаконну діяльність на тимчасово окупованій території.

35. Україна використовує всі доступні міжнародно-правові механізми для захисту майнових прав та інтересів держави Україна, її громадян і юридичних осіб, порушує в установленому порядку в судах України і міжнародних судових установах питання щодо відшкодування шкоди, завданої внаслідок обмеження у здійсненні права власності на майно, що

знаходиться на тимчасово окупованій території, знищення або пошкодження такого майна у зв'язку зі збройною агресією Російської Федерації, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією території України.

36. Україна вживає всіх законних заходів для повернення майна держави Україна, її громадян і юридичних осіб, яке незаконно захоплене у зв'язку зі збройною агресією Російської Федерації, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією території України, чи компенсації вартості такого майна та втраченої вигоди внаслідок його незаконного відчуження.

37. Україна забезпечує населення тимчасово окупованої території адміністративними послугами шляхом створення відповідних центрів біля адміністративної межі з тимчасово окупованою територією, доступ до яких здійснюватиметься за документами, що посвідчують особу відповідно до законодавства України, розвиває у пріоритетному порядку онлайн-сервіси для забезпечення відповідними послугами.

38. Україна здійснює заходи із визначення засад перехідного правосуддя, зокрема запровадження механізмів відшкодування шкоди у зв'язку зі збройною агресією Російської Федерації, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією території України, захисту та відновлення порушених прав, притягнення винних у кримінальних правопорушеннях за злочини проти миру, безпеки людства та міжнародного правопорядку до відповідальності.

39. Україна запроваджує програму підготовки кадрів для забезпечення процесу деокупації та реінтеграції, управління деокупованою територією.

Економічна політика

40. Україна застосовує персональні спеціальні економічні та інші обмежувальні заходи (санкції) щодо громадян і юридичних осіб Російської Федерації, інших іноземних суб'єктів, які незаконно здійснюють діяльність на тимчасово окупованій території.

41. Україна наполягатиме на продовженні існуючих та застосуванні нових міжнародних санкцій щодо Російської Федерації, її фізичних і юридичних осіб на період до повної деокупації тимчасово окупованої території і забезпечення державного суверенітету України, а також відшкодуванні шкоди, завданої державі Україна, її громадянам та

юридичним особам у зв'язку зі збройною агресією Російської Федерації, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією території України.

42. Україна за участю міжнародних аудиторських компаній, експертів визначає та підтверджує збитки, завдані державі Україна, її громадянам та юридичним особам у зв'язку зі збройною агресією Російської Федерації, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією та незаконною діяльністю Російської Федерації на тимчасово окупованій території та в Азово-Чорноморській акваторії.

43. Україна вживає заходів щодо протидії Російській Федерації у веденні нею геологічної розвідки надр на тимчасово окупованій території, у тому числі на прилеглий ділянці континентального шельфу України.

44. Україна провадить активну позовну діяльність проти держави-агресора Російської Федерації, її представників у міжнародних судових установах, сприяє громадянам і юридичним особам України у поданні позовів про захист порушених, невизнаних або оспорюваних прав, свобод чи законних інтересів у зв'язку зі збройною агресією Російської Федерації, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією та супроводженні таких позовів.

45. Україна впроваджує стратегію випереджального розвитку, орієнтовану на зміцнення потенціалу територіальних громад, створення робочих місць, подолання негативних демографічних тенденцій.

46. Україна здійснює постійний моніторинг фактів протиправного заволодіння, користування та розпоряджання Російською Федерацією, її окупаційною адміністрацією майном, у тому числі земельними ділянками, різних форм власності на тимчасово окупованій території та формує доказову базу з метою захисту порушених прав та законних інтересів у судовому порядку, посилення санкцій.

47. Україна забезпечує соціально-економічний розвиток територій, прилеглих до тимчасово окупованої території, на яких органи державної влади та органи місцевого самоврядування України здійснюють свої повноваження.

48. Україна забезпечує заходи з подолання наслідків тимчасової окупації, формує перспективну політику та моделі економічного розвитку регіонів з урахуванням потреби підтримки соціальних інновацій, залучення

ресурсів держав-партнерів для відновлення тимчасово окупованої території.

49. Україна формує перспективні заходи із відновлення і налагодження економічних зв'язків, які будуть реалізовані після відновлення територіальної цілісності України у межах її міжнародно визнаного державного кордону та забезпечення державного суверенітету України на тимчасово окупованій території.

50. Україна створює реєстр заподіяної шкоди державі Україна, її громадянам і юридичним особам у зв'язку зі збройною агресією Російської Федерації, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією території України.

Соціальна і гуманітарна політика

51. Україна гарантує забезпечення прав, свобод і законних інтересів внутрішньо переміщених осіб відповідно до Конституції України, Закону України «Про забезпечення прав і свобод внутрішньо переміщених осіб» та інших законів України.

52. Україна сприяє доступу до закладів освіти громадянам України, які проживають на тимчасово окупованій території, для забезпечення реалізації ними права на освіту, зокрема впроваджує механізм спрощеного здобуття освіти для осіб, які проживають на тимчасово окупованій території, а також заохочення осіб, які здобували освіту на тимчасово окупованій території, до продовження здобуття освітнього рівня на підконтрольній Україні території.

53. Україна сприяє залученню спортсменів з тимчасово окупованої території до участі у фізкультурно-оздоровчих та спортивних заходах, включених до Єдиного календарного плану фізкультурно-оздоровчих та спортивних заходів України.

54. Україна здійснює моніторинг дотримання норм міжнародного права і законодавства України щодо збереження на тимчасово окупованій території культурної спадщини, у тому числі спадщини кримськотатарського народу, і у разі їх порушення вживає необхідних заходів реагування, насамперед шляхом подання позовів у міжнародні судові установи.

55. Україна сприяє та надає необхідну підтримку реалізації гуманітарних ініціатив і програм для громадян, які проживають на тимчасово

окупованій території, залучає до впровадження таких ініціатив інститути громадянського суспільства.

56. Україна сприяє збереженню етнічної та релігійної самобутності громадян України, які проживають на тимчасово окупованій території, створює умови, зокрема інституційні, для розвитку культури кримськотатарського та інших корінних народів, національних меншин.

57. Україна вживає додаткових заходів у сфері соціального забезпечення громадян України, які проживають на тимчасово окупованій території, для задоволення їхніх законних інтересів.

58. Україна створює необхідні умови для отримання населенням тимчасово окупованої території гуманітарної допомоги, у тому числі міжнародної.

59. Україна впроваджує проведення медичної, освітньої реформ з рахуванням потреб громадян України, які проживають на тимчасово окупованій території.

60. Україна вживає заходів щодо збереження культурної спадщини на тимчасово окупованій території, зокрема формує реєстр культурних цінностей та музейних колекцій України на тимчасово окупованій території та реєстр втрачених культурних цінностей.

61. Україна створює на контрольних пунктах в'їзду-виїзду на тимчасово окуповану територію сучасні сервісні зони для надання адміністративних та інших послуг громадянам України, які проживають на тимчасово окупованій території, зокрема щодо отримання кваліфікованого електронного підпису, можливості укладення договорів із сімейними лікарями та використання державних програм щодо доступу до лікарських препаратів.

Екологічна політика

62. Україна вживає заходів для продовження здійснення моніторингу навколишнього природного середовища на тимчасово окупованій території, зокрема земель, надр, поверхневих і підземних вод, атмосферного повітря, лісів та іншої рослинності, тваринного світу, морського середовища та природних ресурсів територіальних вод, континентального шельфу та виключної (морської) економічної зони України, природних територій та об'єктів, що підлягають особливій

охороні, стану навколишнього природного середовища, та фіксування фактів екологічних правопорушень і злочинів.

63. Україна застосовує усі можливі механізми міжнародного співробітництва у сфері охорони навколишнього природного середовища, зокрема в рамках природоохоронної діяльності ООН та організацій, що входять в її систему, інших урядових і неурядових міжнародних організацій, для захисту, аналізу та контролю за станом навколишнього природного середовища на тимчасово окупованій території.

64. Україна створює реєстр шкоди, заподіяної державі Україна, її громадянам і юридичним особам внаслідок дій Російської Федерації, її окупаційної адміністрації, що призвели до забруднення та іншого негативного впливу на навколишнє природне середовище на тимчасово окупованій території, організовує та здійснює відповідну позовну діяльність у міжнародних судових установах і арбітражах питання щодо відшкодування таких збитків і втрат.

65. Україна, дотримуючись своїх міжнародних зобов'язань, вживає заходів щодо забезпечення виконання на тимчасово окупованій території міжнародних договорів у сфері охорони навколишнього природного середовища, зокрема шляхом участі у розробці та реалізації відповідних міждержавних проектів (програм), проведенні інспекційної діяльності, у тому числі з питань, що стосуються збереження довкілля Чорного та Азовського морів, знищення залишків хімічної та інших видів зброї в акваторії Чорного моря.

66. Україна забезпечує створення умов для організації водопостачання Кримського півострова після звільнення тимчасово окупованої території та відновлення на цій території конституційного ладу України.

Інформаційна політика

67. Україна вживає всіх можливих заходів для забезпечення права громадян України, які проживають на тимчасово окупованій території, на доступ до повної, об'єктивної, неупередженої й оперативної інформації про події, які відбуваються в Україні та світі.

68. Україна реалізує інформаційну політику, спрямовану на об'єктивне і достовірне висвітлення ситуації на тимчасово окупованій території у засобах масової інформації, зокрема закордонних.

69. Україна впроваджує комплекс дій, спрямованих на створення постійно діючих каналів інформування громадян України, які проживають на тимчасово окупованій території, про актуальні суспільно-політичні події в Україні та світі, організовує з цією метою виготовлення та поширення на тимчасово окуповану територію контенту адаптивного характеру, зокрема через розвиток новітніх цифрових засобів комунікації, теле- і радіомовлення.

70. Україна налагоджує та підтримує зворотний зв'язок із громадянами України, які проживають на тимчасово окупованій території, зокрема з використанням сучасних інформаційних технологій.

71. Україна протидіє поширенню дезінформації щодо тимчасово окупованої території на світовій арені на основі активної співпраці органів державної влади України та органів місцевого самоврядування, інших суб'єктів владних повноважень з громадянським суспільством у межах національного, регіонального чи міжнародного форматів, зокрема шляхом поширення українського медіаконтенту за межами України.

72. Україна забезпечує відновлення радіомовлення на середніх хвилях, у тому числі для забезпечення поширення українських радіопрограм на тимчасово окупованій території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя.

73. Україна забезпечує системну підтримку засобів масової інформації, які вимушено були переміщені на підконтрольну Україні територію у зв'язку з тимчасовою окупацією і продовжують діяльність, а також засобів масової інформації, організацій, інших суб'єктів інформаційної діяльності, у тому числі соціальних медіа, що на постійній основі об'єктивно та достовірно висвітлюють кримську тематику.

74. Україна сприяє формуванню національних механізмів констатації правди про факти щодо збройної агресії Російської Федерації та тимчасової окупації Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, вживає заходів для забезпечення об'єктивної та достовірної документальної реконструкції відповідних подій, оприлюднення встановлених випадків щодо найбільш резонансних фактів або грубих порушень прав і основоположних свобод людини, норм міжнародного гуманітарного та кримінального права задля запобігання маніпуляціям історією в політичних, освітніх та інших інтересах.

Зміцнення національної стійкості

75. Україна впроваджує реформи у сфері децентралізації, розвитку та забезпечення спроможності територіальних громад, зміцнення національної стійкості, розробляє заходи з відновлення роботи органів влади Автономної Республіки Крим, органів місцевого самоврядування на території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя після звільнення тимчасово окупованої території та відновлення на цій території конституційного ладу України.

76. Україна впроваджує гуманітарні, соціальні проекти, спрямовані на підвищення рівня соціальної взаємодії та партнерства, посилення національної стійкості, громадської безпеки та цивільного захисту.

77. Україна підтримує проекти та програми міжрегіональної взаємодії територіальних громад на засадах інклюзивного суспільного діалогу, розвитку інститутів громадянського суспільства, суспільних ініціатив, спрямованих на зростання та зміцнення рівня соціальної довіри, соціального капіталу.

78. Україна протидіє спробам використання етнічного та релігійного чинників для легітимізації окупаційної діяльності Російської Федерації, її окупаційної адміністрації на тимчасово окупованій території чи штучного створення розколів в українському суспільстві.

79. Україна забезпечує спеціальну підготовку Збройних Сил України та інших передбачених законом України військових формувань, правоохоронних органів для виконання покладених на них завдань з урахуванням особливостей процесів деокупації та реінтеграції, а також з використанням досвіду громадян України, які брали участь у міжнародних операціях із підтримання миру і безпеки.

80. Україна сприяє науковому процесу з питань дослідження постконфліктного врегулювання, реінтеграції, внутрішньої та зовнішньої політики Російської Федерації.

Міжнародне співробітництво

81. Україна засновує і розвиває Кримську платформу як ключовий зовнішньополітичний інструмент консолідації міжнародних зусиль, спрямованих на деокупацію та відновлення територіальної цілісності України, подолання наслідків, спричинених тимчасовою окупацією

Російською Федерацією Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, а також захисту прав та інтересів громадян України.

82. Україна вживає заходів для підтримання актуальності питання тимчасової окупації та спроби анексії Російською Федерацією Автономної Республіки Крим та міста Севастополя у європейській і світовій політиці, порушення Російською Федерацією одного з основних принципів міжнародного права щодо непорушності кордонів держав.

83. Україна активно застосовує міжнародні безпекові механізми з метою посилення тиску на Російську Федерацію для забезпечення деокупації тимчасово окупованої території, зокрема механізм Меморандуму про гарантії безпеки у зв'язку з приєднанням України до Договору про ерозповсюдження ядерної зброї.

84. Україна вживає усіх можливих зовнішньополітичних заходів з метою запобігання і протидії випадкам порушення міжнародної політики невизнання спроби анексії Російською Федерацією території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, зафіксованої у відповідних актах Організації Об'єднаних Націй, Європейського Союзу, НАТО, Ради Європи, ЮНЕСКО, інших міжнародних організацій, рішеннях дружніх до України держав. Спільно з міжнародними партнерами Україна розробляє і здійснює заходи з метою нейтралізації діяльності Російської Федерації, спрямованої на міжнародну легітимізацію спроби анексії Російською Федерацією Автономної Республіки Крим та міста Севастополя.

85. Україна застосовує персональні спеціальні економічні та інші обмежувальні заходи (санкції) щодо Російської Федерації, її громадян і юридичних осіб, інших іноземних суб'єктів, причетних до здійснення збройної агресії Російської Федерації проти України та тимчасової окупації території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, співпрацює з міжнародними партнерами щодо посилення міжнародного санкційного тиску на Російську Федерацію для відновлення територіальної цілісності України.

86. Україна у рамках міжнародних режимів експортного контролю, нерозповсюдження зброї масового знищення та засобів її доставки вживає заходів з метою протидії незаконним переміщенням товарів

військового призначення та подвійного використання з/на тимчасово окуповану територію.

87. Україна використовує можливості міжнародного співробітництва і міжнародні судові інструменти з метою мінімізації негативного впливу тимчасової окупації Російською Федерацією території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя та її мілітаризації на регіональну і міжнародну безпеку та свободу судноплавства в акваторіях Чорного і Азовського морів.

88. Україна бере активну участь у міжнародному співробітництві для запобігання порушенням та захисту прав і свобод людини, прав корінних народів і національних меншин на тимчасово окупованій території, зокрема шляхом взаємодії в рамках міжнародних моніторингових механізмів, надання сприяння відповідній діяльності міжнародних правозахисних і гуманітарних організацій, гуманітарних місій іноземних держав.

89. Україна у співпраці з міжнародними партнерами вживає заходів для забезпечення ефективного моніторингу і документування порушень Російською Федерацією норм міжнародного права та притягнення її до міжнародно-правової відповідальності за здійснення збройної агресії проти України, тимчасової окупації території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя.

Оборонна та безпекова політика

90. Україна забезпечує реформування та розвиток сектору безпеки і оборони відповідно до Закону України «Про національну безпеку України», Стратегії національної безпеки України, інших актів законодавства України.

91. Україна відповідно до статті 51 Статуту Організації Об'єднаних Націй залишає за собою право застосування всіх передбачених міжнародним правом і законодавством України засобів захисту прав і свобод людини і громадянина, незалежності, державного суверенітету, територіальної цілісності.

Особливості державної політики щодо забезпечення деокупації території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя

92. Україна ініціює міжнародний переговорний процес щодо визначення модальностей звільнення тимчасово окупованої території та відновлення

на цій території конституційного ладу України, ґрунтуючись, зокрема, на положеннях Меморандуму про гарантії безпеки у зв'язку з приєднанням України до Договору про нерозповсюдження ядерної зброї, а також на результатах діяльності Кримської платформи.

93. Україна гарантує і забезпечує захист прав, свобод і законних інтересів громадян України, іноземців та осіб без громадянства, які на законних підставах перебуватимуть на території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя після деокупації.

94. Україна забезпечить проведення виборів на території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя відповідно до стандартів Організації з безпеки і співробітництва в Європі та законодавства України після звільнення та повного відновлення конституційного ладу України на тимчасово окупованій території, повної і остаточної реінтеграції Кримського півострова в політико-правове, культурне та інформаційне поле України.

95. Процедура повернення тимчасово окупованої території під загальну юрисдикцію України відбуватиметься відповідно до Конституції та законів України.

Механізм реалізації

96. Кабінет Міністрів України розробляє та затверджує план заходів з реалізації Стратегії деокупації та реінтеграції тимчасово окупованої території Автономної Республіки Крим та міста Севастополя, на основі якого відповідні державні органи розробляють і реалізують плани заходів щодо забезпечення деокупації тимчасово окупованої території.

Очікувані результати

97. Очікуваними результатами реалізації Стратегії є:

відновлення територіальної цілісності України у межах її міжнародно визнаного державного кордону, забезпечення державного суверенітету України та розбудова миру й безпеки;

повна безпекова, правова, політична, економічна, екологічна, інформаційна, гуманітарна і соціальна реінтеграція тимчасово окупованої території;

відбудова та розвиток економіки, соціальної і гуманітарної сфер деокупованої території;

зростання рівня соціальної стійкості та згуртованості українського суспільства;

формування правових засад перехідного правосуддя, зокрема впровадження механізмів відшкодування шкоди у зв'язку зі збройною агресією Російської Федерації, збройним конфліктом, тимчасовою окупацією території України, захисту та відновлення порушених прав, притягнення винних у кримінальних правопорушеннях за злочини проти миру, безпеки людства та міжнародного правопорядку до відповідальності, забезпечення права на правду про збройний конфлікт, недопущення виникнення збройного конфлікту в майбутньому; відновлення та забезпечення прав представників кримськотатарського народу та інших корінних народів, національних меншин; зміцнення національної стійкості України; посилення спроможностей органів сектору безпеки і оборони України; запровадження моделі соціально-економічного розвитку деокупованої території; сталий розвиток територій, які стали об'єктом збройної агресії Російської Федерації проти України. ●

Керівник Офісу Президента України А.ЄРМАК

* * *

dgksp-diskussionspapiere, 2022, April

Übersetzung und Redaktion: 21. April 2022

Rainer Böhme

Oberst a. D., Dr. rer. mil.

Mitglied des wissenschaftlichen Beirats

von *WeltTrends – das außenpolitische Journal*